

Konstruktionen des Anderen. Historische und kulturelle Bezüge in österreichischen Mediendebatten über einen EU-Beitritt der Türkei

Endbericht

Projektträger	Demokratiezentrum Wien
Projektförderer	Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank
Projektleiter	Em.o.Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan
Projektteam	Mag.a Stefanie Mayer, Dr.in Elisabeth Röhrlich

Verfasserinnen des Endberichts:

Dr.in Elisabeth Röhrlich (Gesamtbericht)
Mag.a. Stefanie Mayer (Exkurs: Türkische „Gastarbeiter“ im politischen
Diskurs der 1960er und 1970er Jahre)



Titel der Projekteinreichung: „Kulturelles Gedächtnis und Bedeutung:
Der türkische EU-Beitritt in österreichischen Medien“

Impressum

Endbericht, Dezember 2009
Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank

<http://www.demokratiezentrum.org>

Demokratiezentrum Wien
Hegelgasse 6/5
A-1010 Wien
Tel.: +43/1/512 37 37
Fax: +43/1/512 37 37-20
office@demokratiezentrum.org

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	3
II. Methodisch-theoretische Vorüberlegungen.....	10
III. Bilder von der Türkei und von TürkInnen in der österreichischen Medienberichterstattung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei (2004-2008) ..	23
III.1. Diskursverlauf	23
III.1.1. Europäische Debatten über die Türkei und „die Türken“	23
III.1.2. Fokus: Österreichische Mediendebatten 2004-2008	37
III.2. Thematische Bezüge und dominierende Argumentationsmuster.....	55
III.2.1. Kultur – Geschlecht – Religion	56
III.2.1.a Abendland und Morgenland.....	62
III.2.1.b Visuelle Darstellungen von Männern und Frauen	72
III.2.2. Migration und Integration.....	78
3.2.2.a Exkurs. Türkische „Gastarbeiter“ im politischen Diskurs der 1960er und 1970er Jahre (Stefanie Mayer)	85
III.2.2.b Gemeinsamkeiten und Unterschiede: Von den 1960er Jahren in die Gegenwart	112
III.2.3. Zwischen Nationalstaatlichkeit und europäischer Integration: Österreichische Identität und türkischer Nationalismus.....	113
IV. Schlussbemerkungen	121
V. Hinweise zur Dissemination	123
VI. Literaturverzeichnis	125

I. Einleitung

Im August des Jahres 2002 gab der damalige St. Pöltener Bischof Kurt Krenn der *Oberösterreichischen Rundschau* ein Interview, in dem er den Islam als eine „aggressive Religion“ bezeichnete. Mit Bezug auf die österreichische Geschichte ergänzte er: „Zwei Türkenbelagerungen waren schon, die dritte haben wir jetzt. Jetzt geht es halt auf einem anderen Weg.“¹ Die Äußerungen Krenns lösten eine Debatte über das Verhältnis von Islam und Christentum, kulturelle Werte und Migration aus, die seitdem immer wieder in der österreichischen Politik und Öffentlichkeit aufflammte. Auch in anderen europäischen Ländern nahm die Bedeutung dieser Themen in den öffentlichen Debatten zu und verband sich dabei immer stärker mit der konkreten Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei. So sprachen sich die renommierten deutschen Historiker Hans-Ulrich Wehler und Heinrich-August Winckler in den Feuilletons wichtiger Tageszeitungen gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus, da diese historisch und kulturell nicht zu Europa gehöre.² Der ehemalige französische Staats- und Regierungschef und Präsident des EU-Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, lehnte einen Beitritt ebenfalls mit der Begründung ab, die Türkei habe „eine andere Kultur“.³ Immer wieder zeigte sich, dass diese Argumente nicht nur die mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei im Blick hatten, sondern auch die türkischen MigrantInnen in Westeuropa. Debatten über kulturelle Werte verbanden sich mit der Thematisierung türkischer Zuwanderung. So ergänzte Wehler seine Stellungnahme gegen einen türkischen EU-Beitritt mit der Frage: „Warum sollte, da nach europäischen Kriterien rund 30 Prozent des türkischen Arbeitskräftepotenzials als arbeitslos gelten, einem anatolischen Millionenheer die Freizügigkeit in die EU eröffnet werden?“⁴

¹ „Die Dritte Türkenbelagerung“. Interview mit Kurt Krenn, in: *Oberösterreichische Rundschau*, 18.08.2002.

² Vgl. die Zusammenfassung von Hans-Ulrich Wehlers Argumenten in: Ders., *Verblendetes Harakiri. Der Türkei-Beitritt zerstört die EU*, in: *APuZ* (33-34/2004), S. 6-8.

³ Vgl. zur französischen Debatte: Claire Demesmay/Eddy Fougier, *Die französische Malaise im Spiegel der Türkei-Debatte*, in: Angelos Giannakopoulos/Konstadinos Maras (Hrsg.), *Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich*, Wiesbaden 2005, S. 49-62.

⁴ Hans-Ulrich Wehler, *Das Türkenproblem*, in: *Die Zeit* (38/2002), wiederabgedruckt als: Ders., *Die Selbstzerstörung der EU durch den Beitritt der Türkei*, in: *Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Essays*, München 2003, S. 41-51 (S. 48).

Neben diesen gemeinsamen Entwicklungen sind in den unterschiedlichen nationalen Debatten über die EU-Mitgliedschaft der Türkei jedoch auch deutliche Unterschiede zu erkennen. Im österreichischen Diskurs stellt der Gedächtnisort⁵ „Wiener Türkenbelagerungen“ einen wichtigen Bezugspunkt dar, dessen sich – wie das Beispiel Kurt Krenns zeigt - in der Rhetorik immer wieder bedient wird. Zwar wurde der Vergleich oft zurückgewiesen, doch blieb er auch durch diese Kritik in der österreichischen Debatte präsent.⁶ Im März des Jahres 2005 reagierte der deutsch-türkische Schriftsteller und Künstler Feridun Zaimoglu darauf mit einer Installation im Wiener Museumsquartier. Unter dem provokanten Titel „KanakAttack. Die dritte Wiener Türkenbelagerung?“ verhüllte er die Fassade der Kunsthalle mit hunderten türkischen Fahnen. Während ein ähnliches Kunstprojekt in Zaimoglus deutscher Heimatstadt Kiel wenige Jahre zuvor kaum Debatten ausgelöst hatte, entzündeten sich an der Wiener Installation teils heftige Kontroversen. Die rechtspopulistische Partei FPÖ forderte sogar einen Abbruch der Aktion und verkündete im Wiener Wahlkampf desselben Jahres: „Wien darf nicht Istanbul werden!“⁷

Zaimoglus Installation und die Aussage Krenns sind nur zwei prominente Beispiele für die österreichischen Debatten, die sich auf die Türkei und die TürkinInnen beziehen und durch den Verweis auf die im kulturellen Gedächtnis⁸ verankerten Türkenbelagerungen eine Besonderheit erhalten. Die Geschichte der osmanischen Belagerungen Wiens wird im Schulunterricht vermittelt, klingt in Straßennamen an und ist in Bildern festgehalten. Türkenkugeln an alten Gemäuern, das Marco d'Aviano-Denkmal⁹ vor der Wiener Kapuzinerkirche und prächtige Ölgemälde in den Sammlungen der Museen überliefern bis in die Gegenwart ein wirkungsmächtiges Bild dieser Zeit.¹⁰ Weit über hundert kleinerer und größerer Monumente finden sich al-

⁵ Zum Begriff „Gedächtnisort“ vgl.: Pierre Nora (Hrsg.), *Les lieux de mémoire*, Paris 1984ff.

⁶ So etwa: Maria Vassilakou, *Es ist nicht die III. Türkenbelagerung*, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2005, S. 337-344.

⁷ Zur Installation Feridun Zaimoglus vgl. auch die Beschreibung auf der Homepage der Wiener Kunsthalle: <http://www.kunsthallewien.at/cgi-bin/event/event.pl?id=1075> (zuletzt abgerufen am 8.10.2009).

⁸ Zum Begriff des „kulturellen Gedächtnisses“ siehe: Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999.

⁹ Der Kapuziner Marco d'Aviano wird wegen seines – kirchlichen und politischen – Einsatzes während des zweiten Türkenkrieges auch „Retter Wiens“ genannt.

¹⁰ Johann Heiss/Johannes Feichtinger, *Wiener „Türkengedächtnis“ im Wandel. Historische und anthropologische Perspektiven*, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politikwissenschaft* 38 (2/2009), S.

lein im öffentlichen Raum Wiens. Oft sind die Bilder und Denkmäler von klischeehaften Darstellungen des „Türkischen“ durchzogen. Die osmanischen Soldaten werden als „Drohende“ oder „Besiegte“ dargestellt und mit Attributen wie Turban, Halbmond oder Krummsäbel versehen.¹¹ Im Wiener Türkenschanzpark, dessen Name bereits auf die Zeit der Türkenkriege verweist, erinnert etwa das 2003 enthüllte Denkmal für die ukrainischen Kosaken an deren Unterstützung beim Sieg gegen die Türken.

Insbesondere österreichischen Schulbüchern wurde mehrfach vorgeworfen, sie seien in ihrer Darstellung zu stereotyp: Die „türkische Gefahr“ dominiere die historische Vermittlung, die fruchtbaren Kultur- und Handelsbeziehungen zwischen dem Habsburgerreich und dem Osmanischen Reich dagegen würden vernachlässigt.¹² Als „Heldenzeitalter“ Österreichs ist der Abwehrkampf gegen die Türken in den österreichischen Geschichtsunterricht eingegangen.¹³

Was den konkreten Bezug auf die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei betrifft, fällt außerdem auf, dass die Debatte in der österreichischen Öffentlichkeit im europäischen Vergleich erst relativ spät, dafür aber umso intensiver, einsetzte. Während in Deutschland und Frankreich schon seit 2002 heftig über die Frage debattiert wurde, entwickelte sie sich in Österreich erst im Zuge der großen EU-Erweiterungsrunde von 2004 zu einem zentralen Thema der öffentlichen Diskussionen. Bis dahin hatte sich auch die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei nicht deutlich von derjenigen gegenüber

249-263 (S. 255). Vgl. dazu auch den Ausstellungsband des Historischen Museums der Stadt Wien: Robert Waissenberger (Hrsg.), Die Türken vor Wien. Europa und die Entscheidung an der Donau 1683, Wien 1983; Kerstin Tomenendal, Das türkische Gesicht Wiens. Auf den Spuren der Türken in Wien, Wien/Köln/Weimar 2000.

¹¹ Tomenendal, Das türkische Gesicht Wiens, 2000, S. 46-48.

¹² Sylvia Kritzinger/Franz Steinbauer, Österreich und die Türkei. Im Minenfeld zwischen rationalen Argumenten und historisch-kulturellen Vorbehalten, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 107-122 (S. 109). Vgl. dazu auch: Susanne Heine (Hrsg.), Islam zwischen Selbstbild und Klischee – eine Religion im österreichischen Schulbuch, Wien/Köln 1995. Siehe hierzu außerdem: Christa Markom/Heidi Weinhäupl, Die Anderen im Schulbuch. Rassismen, Exotismen, Sexismen und Antisemitismus in österreichischen Schulbüchern, Wien 2007.

¹³ Michael Mitterauer, Politischer Katholizismus. Österreichbewußtsein und Türkenfeindbild. Zur Aktualisierung von Geschichte bei Jubiläen, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 12 (4/1982), S. 111-120 (S. 117).

anderen EU-Beitrittskandidaten unterschieden.¹⁴ In einer speziellen Eurobarometer-Umfrage des Jahres 2005 hatte sich das Bild jedoch geändert: Nicht nur nahm der mögliche Beitritt der Türkei jetzt eine Sonderrolle ein, er wurde auch von 81 Prozent der österreichischen Bevölkerung abgelehnt – im europäischen Vergleich hielt Österreich damit die Spitzenposition in der Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei. Dies ging mit einer ebenfalls den öffentlichen Diskurs immer stärker dominierenden allgemeinen EU-Skepsis einher.

Fragestellung

Die skizzierte Entwicklung motivierte eine genauere Untersuchung der österreichischen Debatten über die Frage eines EU-Beitritts der Türkei. Dabei ging es nicht darum, die im öffentlichen und politischen Diskurs vorhandenen Pro- und Contra-Argumente zu sammeln und zu analysieren. Stattdessen zielte die Fragestellung darauf, die Bilder von der Türkei und den TürkInnen, welche die aktuellen Debatten bestimmen, herauszuarbeiten. Anhand der öffentlichen Diskussionen über die EU-Beitrittsfrage konnte auf diese Weise analysiert werden, wie ganz unterschiedliche Diskursstränge miteinander verwoben sind. Vor allem die Themen Kultur, Religion und Geschlechterverhältnisse bestimmen die Perspektiven auf die Türkei und die TürkInnen und verbinden die Frage der möglichen EU-Mitgliedschaft mit innenpolitischen Themen wie der türkischen Migration nach Österreich und der Frage nach gelungener Integration.

Die Argumente für, besonders aber diejenigen gegen einen EU-Beitritt der Türkei, beziehen sich auf bestimmte „Türkenbilder“, die im Projekt herausgearbeitet werden sollten: Welche Bezeichnungspraktiken, Metaphern und Topoi werden in der Medienberichterstattung verwendet, um die Türkei und die TürkInnen zu beschreiben? Wie sind diese Bilder historisch und kulturell überformt? Ein historisch gewachsenes Repertoire an Bildern, Narrativen, Geschichten und Mythen über die Türkei und „die Türken“ spielt immer wieder in die aktuellen Debatten hinein. Sie reichen von

¹⁴ Vgl. dazu: European Stability Initiative, Der unbekannte Türke und eine künftige Volksabstimmung. Anatomie einer österreichischen Debatte, Berlin/Istanbul 2008, S.1.

der Erinnerung an die Türkenbelagerungen bis hin zur Bewertung der Atatürkschen Reformen. Auf welche Weise und in welchen Zusammenhängen werden solche historischen Referenzen verwendet? Wie und in welchen Kontexten werden vermeintlich kulturelle Unterschiede zwischen Europa und der Türkei essentialisiert?

Die Fragestellung wurde anhand einer Analyse der österreichischen Medienberichterstattung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei in den Jahren 2004 bis 2008 untersucht. Dabei stand die Auswertung der Berichterstattung von drei Printmedien im Mittelpunkt: des wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazins *NEWS* sowie der Tageszeitungen *Kronen Zeitung* und *Kleine Zeitung*. Mit der Auswahl dieser Massenmedien wurde der Fokus auf den Bereich des Boulevards gerichtet. Während die Diskussionen der politischen und intellektuellen Eliten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei schon früh in den Blick der Forschung gerieten¹⁵, ist die Untersuchung des populären Diskurses weniger weit fortgeschritten.¹⁶ Insbesondere was die öffentliche Wahrnehmung der Türkei und der TürkInnen in Europa betrifft, wurde jedoch wiederholt darauf hingewiesen, welche große Rolle die Massenmedien hierbei einnehmen. So hat bereits eine Studie aus dem Jahr 2003 deutlich machen können, wie sehr etwa die Wahrnehmung von Jugendlichen durch die in deutschen Fernsehsendungen wie Gerichtsschows und Daily-Talk-Formaten verbreiteten Stereotype des „türkischen Machos“ und „krimineller Ausländer“ beeinflusst ist.¹⁷ Auch die am Braunschweiger Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung arbeitende Gerdien Jonker hat darauf hingewiesen, welche Wirkung von Fernsehbildern, die „wütende[.] Protestmärsche“ in der arabischen Welt zeigen, auf die europäische Wahrnehmung von MuslimInnen ausgeht.¹⁸ Diese Beobachtungen zeigen zudem die große gesellschaftliche Relevanz des Themas auf.

¹⁵ Hier beispielhaft der Sammelband Claus Leggewies: *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a. M. 2004.

¹⁶ Vgl. dazu auch den Befund Harald Schoens: *Die Deutschen und die Türkeifrage: eine Analyse der Einstellungen zum Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 49 (2008), S. 68-91.

¹⁷ Bernd Schorb/Katrin Echtermeyer/Achim Lauber/Susanne Egert, *Was guckst du, was denkst du? Der Einfluss des Fernsehens auf das Ausländerbild von Kindern und Jugendlichen*, hrsg. v. der unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR), Kiel 2003.

¹⁸ Gerdien Jonker/Pierre Hecker/Cornelia Schnoy (Hrsg.), *Muslimische Gesellschaften in der Moderne. Ideen – Geschichten – Materialien*, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, darin: Gerdien Jonker, Einleitung, S. 9-14.

Im vorgestellten Projekt wurden sowohl verbale als auch visuelle Manifestationen dessen, was als vermeintlich typisch türkisch wahrgenommen wird, untersucht. In sprachlichen Metaphern werden, ebenso wie in visuellen Darstellungen (vor allem Fotos und Karikaturen) bestimmte Vorstellungen von dem, was die Türkei und die TürInnen ausmache, transportiert und im Diskurs etabliert. Sie stützen Inklusions- und Exklusionsstrategien, die häufig auf der dichotomen Wahrnehmung von einem „Wir“ und einem als fremd empfundenen „Anderen“ basieren. Dem Projekt lag die Annahme zugrunde, dass die im Diskurs zu findenden „Türkenbilder“ an bereits historisch-kulturell geformte Vorstellungen anknüpfen und diese Bilder bestätigen, konstruieren oder verwerfen können und somit den Diskurs bestimmen.

Die öffentlich breit diskutierte Frage, ob die Türkei ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union werden solle oder nicht, hängt eng mit der Frage nach der europäischen Identität zusammen. Ein türkischer EU-Beitritt wird dabei oft als Gefahr, zumindest aber als Herausforderung für die europäische Identität bewertet. Doch die Inhalte dieser kollektiven europäischen Identität stehen nicht fest, sie sind nicht statisch, sondern unterliegen einem permanenten Formierungsprozess, in welchem sie geändert, verhandelt und umformuliert werden.¹⁹ Die europäische Identität wird dabei nicht nur durch Zugehörigkeit, sondern auch durch Abgrenzung bestimmt: Die Türkei und die TürInnen werden Europa als ein „Anderes“ gegenübergestellt, was sich in der Formierung von Fremdbildern – und manchmal sogar Feindbildern – niederschlägt. Die letzteren sind „ein besonderer Ausdruck eines überzeichneten, eines kulturell und politisch nicht relativierten und kontrollierten Bedürfnisses nach Identität.“²⁰

In der Analyse der österreichischen Debatten zeigte sich, dass es bei diesem Bedürfnis nach Identität nicht allein um die europäische Identität geht, sondern auch um die österreichische Identität und die nationale Rolle in Europa. Der in den Türkenbelagerungen seinen historischen Ausgangspunkt nehmende Abwehrmythos

¹⁹ Bo Stråth, Introduction. Europe as a Discourse, in: Ders. (Hrsg.), Europe and the Other and Europe as the Other, Brüssel 2004, S. 13-44 (S. 24).

²⁰ Ulla Wischermann/Tanja Thomas, Medien – Diversität – Ungleichheit: Ausgangspunkte, in: Ulla Wischermann (Hrsg.), Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Diversität, Wiesbaden 2008, S. 7-20 (S. 9).

setzt sich somit in der österreichischen Abwehrhaltung gegen einen EU-Beitritt der Türkei anscheinend fort. Insbesondere die Medien erweisen sich in diesem Zusammenhang als wichtige „Identitätsräume“.²¹ Selbstbilder und Fremdbilder werden in ihnen diskursiv erzeugt, verworfen oder gefestigt und in sprachlichen und visuellen Bildern ausgedrückt.

²¹ Ebd. S. 11.

II. Methodisch-theoretische Vorüberlegungen

Forschungsstand und methodische Zugänge zum Thema

Mit der oben skizzierten Fragestellung knüpfte das Projekt an unterschiedliche Forschungsfelder an. Es bezog sich sowohl auf neuere Forschungen zu den Themenkomplexen „Europäische Identität“ und „Türkei und Europa“ als auch auf diskurs- und bildanalytische Studien zur Konstruktion von Fremd- und Feindbildern. Im Folgenden sollen die zentralen Entwicklungen in den jeweiligen Forschungsbereichen kurz zusammengefasst werden.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass die Menge an Neuerscheinungen, die in den letzten Jahren zu Türkei-bezogenen Themen erschienen ist, kaum mehr überschaut werden kann. Es ist nicht zu übersehen, dass die „Konjunktur der europäischen Aufmerksamkeit für die Türkei in den letzten Jahren vermehrt an den Verlauf der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union gekoppelt“ war.²² Die europaweit viel und kontrovers diskutierte Frage, ob die Türkei einen Anspruch auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union habe oder nicht, führte zu einem merklichen Anstieg an Publikationen zu dem Thema, darunter sowohl populär- als auch fachwissenschaftliche Bände. 2004 veröffentlichte der Politikwissenschaftler Claus Leggewie einen Sammelband, in dem er die diversen Argumentationsmuster für und gegen einen EU-Beitritt der Türkei zusammentrug. Der international tätige syrische Professor für Internationale Beziehungen, Bassam Tibi, fragte 2007 provokant: „Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union.“²³

Besonders der Zusammenhang zwischen einem möglichen EU-Beitritt der Türkei und europäischen Identitätsbildungsprozessen geriet verstärkt in den Fokus der Forschung. Im Rahmen einer wissenssoziologischen Untersuchung widmete sich etwa Ellen Madeker dem Themenkomplex „Türkei und europäische Identität“ und

²² Ilker Ataç/Bülent Küçük/Ulaş Şener (Hrsg.), Perspektiven auf die Türkei – Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung, Münster 2008, S. 8.

²³ Bassam Tibi, Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, 2. Aufl. Darmstadt 2007.

untersuchte die öffentlichen Debatten um einen EU-Beitritt der Türkei.²⁴ Jochen Walter bezog in seine Studie auch die historische Genese der aktuellen Mediendebatten über die Beitrittsfrage mit ein, indem er mehr als 40 Jahre deutscher und britischer Presseberichterstattung mit einem diskursanalytischen Ansatz auswerte-
te.²⁵ Doch nicht nur von sozialwissenschaftlicher, sondern auch von historischer Seite wurde der Zusammenhang von europäischer Identität und der aktuellen Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei untersucht. Einen Einblick in die unterschiedlichen Positionen bekannter HistorikerInnen gibt ein Sammelband Helmut Königs und Manfred Sickings.²⁶

In der österreichischen Forschung sind in den letzten Jahren vor allem auch die historisch-kulturellen Aspekte der Türkei-Debatten eingehender untersucht worden. So beschäftigte sich ein seit kurzem abgeschlossenes interdisziplinäres Forschungsprojekt unter dem Titel „*der Türkische Säbel ist vor der Thür...* Zur Neubewertung von Türkenbildern in Wien“ mit den komplexen „Entstehungs-, Deutungs- und Wertungszusammenhängen sowie mit den Kontexten der Abschaffung oder Entfernung von Denkmälern, die im öffentlichen Raum Wiens Belagerungen durch die Osmanen bezeugen“.²⁷ Im Rahmen dieser Studie geriet auch der Zusammenhang von kulturellem Gedächtnis, Denkmälern im öffentlichen Raum und deren Bedeutung für Identitätsbildungsprozesse in den Blick.²⁸

²⁴ Ellen Madeker, *Türkei und europäische Identität. Eine wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt*, Wiesbaden 2008.

²⁵ Jochen Walter, *Die Türkei – „Das Ding auf der Schwelle“*. (De-)Konstruktionen der Grenzen Europas, Wiesbaden 2008.

²⁶ Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.), *Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg*, Bielefeld 2005.

²⁷ Gleichnamiges interdisziplinäres Forschungsprojekt der Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte und der Forschungsstelle Sozialanthropologie, Österreichische Akademie der Wissenschaften:
http://www.oeaw.ac.at/sozant/index.php?option=com_content&task=view&id=118&Itemid=65 (zuletzt abgerufen am 27.10.2009).

²⁸ Vgl. dazu auch: Silvia Dallinger/Johanna Witzeling, *Die „Helden von 1683“ – Türkengedenken im 19. und 20. Jahrhundert. Die Maske*. Zeitschrift für Kultur- und Sozialanthropologie. Wien 2008, S. 15-17.

Nicht nur Individuen, sondern auch die Gesellschaft als Kollektiv besitzt ein Gedächtnis: das kulturelle Gedächtnis.²⁹ Es basiert auf Erzählungen und rituellen Praktiken (Funktionsgedächtnis), manifestiert sich in historischen Orten und Denkmälern und wird in Büchern, Archiven und Museen tradiert (Speichergedächtnis). Dabei wird es in der jeweiligen Gegenwart von aktuellen Bedürfnissen und Ansprüchen beeinflusst:

Die entkörpernten und zeitlich entfristeten Inhalte des kulturellen Gedächtnisses müssen [...] immer wieder neu mit lebendigen Gedächtnissen verkoppelt und von diesen angeeignet werden.³⁰

Ausgewählte vergangene Ereignisse oder Epochen geraten in den Vordergrund, andere werden vernachlässigt oder vergessen. Im kulturellen Gedächtnis wird aus konkreten historischen Ereignissen eine „zeitenthobene“ Geschichte, die in ritualisierten Erzählungen und kanonisierten Bildern überliefert wird.³¹ Auch die österreichischen „Türkenbilder“ sind auf diese Weise von der Geschichte geformt. Die historischen Bezüge haben auch in den aktuellen Debatten ihre Relevanz nicht verloren.

In der Forschung, die sich mit europäischen Identitätsbildungsprozessen beschäftigt, wird zunehmend auf die Rolle der Geschichte verwiesen. Bestimmte Positionen und Debattenverläufe ergeben sich nicht zwangsläufig aus der Erinnerung an konkrete historische Ereignisse und Epochen, sondern in aktuellen Debatten wird Geschichte auf eine bestimmte Weise gedeutet und Bilder von der Vergangenheit auf diese Weise konstruiert. Bo Stråth erklärt dazu:

When a community is identified, this is less through history per se, in the sense that history carries within itself a certain direction, and more through the communication of this merging. This communication has two dimensions: it is both a translation of the past to our time, and a retrospective “projection” from our time, of images of concord and dissent in the past.³²

²⁹ Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006, S. 52-58.

³⁰ Ebd. S. 34.

³¹ Ebd. S. 40.

³² Bo Stråth, Introduction. Europe as a Discourse, in: Ders. (Hrsg.), *Europe and the Other and Europe as the Other*, Brüssel u.a. 2004, S. 13-44 (S. 18).

Harald Schoen resümiert angesichts der historischen Dimensionen der deutschen Türkei-Debatten: „historische und kulturelle Traditionen sind keine fixen Daten, sondern sozial konstruiert und damit wandelbar“.³³

Das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft steht in einem inneren Zusammenhang mit ihrer Identität. Die überlieferte Geschichte dient einer Gesellschaft dazu, sich in der Gegenwart zu verorten. Kollektive Identitäten schaffen einen *sense of belonging*, ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das auf gemeinsamer Sprache, Kultur und Geschichte gründet. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl wird in sozialen, kulturellen und medialen Kontexten erzeugt.³⁴ Kollektive Identitäten werden jedoch nicht ausschließlich über Zugehörigkeit konstruiert, sondern richten sich auch am „Anderen“ aus und formen Gegenidentitäten.³⁵ Insbesondere diese durch Fremd- und Feindbilder beherrschten Wahrnehmungsmuster sind in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Forschung geraten. Neben der Funktion in Identitätsbildungsprozessen können sie dabei auch eine soziale Orientierungsfunktion einnehmen, wie Anton Pelinka erklärt:

Sie helfen, komplexe Verhältnisse so zu vereinfachen, dass eindeutige Parteinahmen ermöglicht werden. Feindbilder sind ein Mittel, um ein schwer überschaubares Feld von Grautönen in eindeutig voneinander getrennte Schwarz-Weiß-Bilder zu teilen.³⁶

In den jüngsten Studien, die sich mit dem Zusammenhang zwischen dem möglichen EU-Beitritt der Türkei und europäischen Identitätsbildungsprozessen beschäftigten, wurde häufig ein diskursanalytischer Ansatz gewählt.³⁷ Dies ist, so Bülent Küçük in einer Studie über „Die Türkei und das andere Europa“, damit begründet, dass „kollektive Identitäten sich erst in öffentlichen Kommunikationsräumen entlang narrativer Formen dialogisch formieren.“³⁸ Ruth Wodak hat in diesem Sinn von der

³³ Schoen, Türkeifrage, 2008, S. 69.

³⁴ Heidemarie Uhl, Zwischen Pathosformel und Baustelle. Kultur und europäische Identität, in: Moritz Csáky/Monika Sommer (Hrsg.), Kulturerbe als soziokulturelle Praxis, Innsbruck/Wien/Bozen 2005 (Gedächtnis, Erinnerung, Identität; 6), S. 129-145 (S. 134).

³⁵ Bülent Küçük, Die Türkei und das andere Europa. Phantasmen der Identität im Beitrittsdiskurs, Bielefeld 2008, S. 18.

³⁶ Anton Pelinka, Feindbilder – Einführung in das Thema, in: Feindbilder in Europa. Analysen und Perspektiven, hrsg. v. Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.), Wien 2008 (Studienreihe Konfliktforschung; 23), S. 1-11 (S. 1).

³⁷ So etwa: Karin Bischof/Florian Oberhuber/Karin Stögner, Säkularisierung und geschlechtsspezifische Konstruktion der „anderen“ Religion. Endbericht des IKF, Wien 2008.

³⁸ Küçük, Türkei und das andere Europa, 2008, S. 21.

„diskursiven Konstruktion nationaler Identität“ gesprochen.³⁹ Auch der Rückgriff auf die Geschichte erfolgt dabei in dialogischer Form, wie Bülent Küçük betont:

Die passiven vergangenen Erfahrungen werden vielmehr in der aktiven Gegenwart in bestimmten ambivalenten Momenten in der Öffentlichkeit kommuniziert und beständig rekonstruiert. Sie sind zwar historisch gewachsene symbolische Konstrukte, die aber erst als Folge dialogisch-diskursiver Artikulation in der Gegenwart beständig rekonstruiert werden.⁴⁰

Auch das hier vorgestellte Projekt über österreichische „Türkenbilder“ in der EU-Erweiterungsdebatte ging in Form einer Medienanalyse vor. Dabei galt es sowohl sprachliche als auch visuelle „Türkenbilder“ in die Analyse mit einzubeziehen und die linguistische wie die visuelle Realisierung und Konstruktion dieser Bilder im Diskurs nachzuvollziehen.

Im Gegensatz zu linguistischen Darstellungsformen können Bilder stärker die kritische Wahrnehmung der LeserInnen unterlaufen: Fotos wirken – selbst wenn sie stark inszeniert sind – meist dokumentarisch und suggerieren „realistisch“ und „echt“ zu sein.⁴¹ In Bildern können bestimmte Vorstellungen gepflegt oder verworfen werden; bildliche Darstellungen vereinfachen häufig und können zudem stärker emotionalisieren. Auf diese Weise werden Bilder zu „politisch hochrelevante[n] Medien“,⁴² deren Relevanz für die kulturwissenschaftliche und historische Forschung spätestens seit dem *Iconic Turn* unbestritten ist.⁴³ Dennoch sind bildanalytische Verfahrensweisen immer noch wenig mit etablierten diskursanalytischen Ansätzen systematisch verbunden worden. Das vorgestellte Projekt hat sich daher zum Ziel gesetzt, sowohl Bilder als auch Texte gleichberechtigt in die Analyse mit einzubeziehen. Auf diese Weise geraten auch die Text-Bild-Interdependenzen in die Perspektive.

³⁹ Ruth Wodak u.a., Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt a. M. 1998.

⁴⁰ Küçük, Türkei und das andere Europa, 2008, S. 21.

⁴¹ Doris Graber, Say it with Pictures, in: The Annals of The American Academy of Political and Social Science, 8/1996, S. 85-96 (S. 86).

⁴² Benjamin Drechsel, Die Macht der Bilder als Ohnmacht der Politikwissenschaft: Ein Plädoyer für die transdisziplinäre Erforschung visueller politischer Kommunikation“, in: Image 2: Kunstgeschichtliche Interpretation und bildwissenschaftliche Systematik.

⁴³ Christa Maar/Hubert Burda (Hrsg.), Iconic Turn. Die neue Macht der Bilder, Köln 2004.

Wie auch verbale Bilder – Symbole, Narrative, Metaphern und Topoi – können visuelle Bilder Vorstellungen vom „Selbst“ und vom „Anderen“ transportieren und verfestigen. Sprachliche und visuelle Bilder können daher Ausdruck kollektiver Orientierungsmuster sein und somit im Sinne Susan Geidecks und Wolf-Andreas Lieberts als „Sinnformeln“ dienen.⁴⁴ Dieser Begriff wurde in die Forschungsdebatte als Sammelbegriff für unterschiedliche symbolische Formenkomplexe eingeführt, die eine komprimierte Antwort auf die existenziellen Grundfragen, d.h. nach der Identität, der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft, zu geben versuchen.⁴⁵ Im Zusammenhang mit den Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei beziehen sie sich häufig auf Kultur und Geschichte, auf Geschlechterverhältnisse und Religion.

Das vorgestellte Projekt knüpfte an diese bild- und diskursanalytischen Studien und die in ihnen etablierten Methoden der Auswertung an. Die Analyse der Texte orientierte sich an erprobten Verfahrensweisen, die in mehreren Schritten vorgehen: Zunächst wurde der Inhalt der Texte in den Blick genommen, dann diskursive Strategien herausgearbeitet und schließlich – angelehnt an die Wiener diskursanalytische Schule um Ruth Wodak – deren linguistische Realisierung analysiert. Die einzelnen Texte wurden dabei an ihren medialen, historischen und politischen Kontext zurückgebunden. Analog dazu wurde bei der Analyse der Bilder nach dem von Marion G. Müller vorgeschlagenen Verfahren vorgegangen: Zunächst erfolgte eine Beschreibung des Bildes (Phänomenebene), dann eine Bedeutungsanalyse (Bedeutungsebene) und schließlich die Interpretation und Kontextualisierung (Dokumente Ebene).⁴⁶

Ein spezifisches Kennzeichen der österreichischen Mediendebatten über die EU-Beitrittsfrage besteht darin, dass sie von einem starken Europaskeptizismus im populären Diskurs beeinflusst ist. Diese Europaskepsis äußert sich in zunehmender Kritik an der EU-Politik, in allgemeiner Erweiterungsmüdigkeit und speziell in der

⁴⁴ Susan Geideck/Wolf-Andreas (Hrsg.), Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern, Berlin/New York 2003.

⁴⁵ Ebd. S. 3.

⁴⁶ Marion G. Müller, Grundlagen der visuellen Kommunikation. Theorieansätze und Analysemethoden, Konstanz 2003, S. 281f.

Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Erweiterungsängste, so scheint es, werden auf die Auseinandersetzung um den Beitrittskandidaten übertragen. Die offene Frage, was Europa und die europäische Identität ausmache, wird in Abgrenzung von der Türkei und den TürklInnen versucht zu beantworten, wie erste Studien zum Thema zeigen konnten. Bülent Küçük erläutert den identitätspolitischen Gehalt der europäischen Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei:

Die Debatte über den türkischen Beitritt zeigt uns [...] die Formierung einer issuespezifischen und populären europäischen Öffentlichkeit, in der die gesuchten identifikatorischen Motive und Grenzen eines vorgestellten Europas sichtbar werden.⁴⁷

Diese europäische Selbstvergewisserung in Abgrenzung von der als „anders“ wahrgenommenen Türkei schlägt sich in stereotypen Darstellungen von den TürklInnen ebenso nieder wie in Klischee-beladenen Bildern von der Türkei. Die Beitrittsdebatte wird zu einer Debatte über die europäische Identität, die in Abgrenzung von der Türkei und ihren BewohnerInnen - und auch in Abgrenzung von den türkischen MigrantInnen in Europa - geführt wird.

Anhand der österreichischen Debatte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei konnte dabei auch der Zusammenhang von kulturellem Gedächtnis und nationalen bzw. europäischen Identitäten im Rahmen der vorliegenden empirischen Studie untersucht werden. Der öffentliche Diskurs wird nicht nur vom kulturellen Gedächtnis beeinflusst, sondern der Diskurs wirkt umgekehrt auch auf das kulturelle Gedächtnis – und somit auch den Prozess der kollektiven Identitätsbildung - zurück. Damit übereinstimmend betrachtet die Kritische Diskursanalyse den Diskurs als Form sozialer Praxis, der von einem gesellschaftlichen Kontext bestimmt wird, auf diesen aber auch zurückwirkt. Ruth Wodak fasst in diesem Sinne zusammen, dass der Diskurs „sowohl sozial konstitutiv als auch sozial bestimmt“ sei.⁴⁸

Es geht also um die diskursive Konstruktion nationaler und europäischer Identitäten. Diese basiert nicht zuletzt auf der Konstruktion von Fremdheit und Andersartigkeit, die in der Türkei-Debatte vor allem auf dem Geschlechterverhältnis, Religion,

⁴⁷ Küçük, Türkei und das andere Europa, 2008, S. 11f.

⁴⁸ Wodak, Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, 1998, S. 42.

kulturellen Werten und als anders wahrgenommenen Lebensgewohnheiten aufbaut. Durch die im kulturellen Gedächtnis verankerten „Türkenbilder“, die von den Türkenbelagerungen geprägt sind, fällt in der aktuellen Beitritts-Debatte zudem „die diskursive Konstruktion von Gefahr und Bedrohung auf fruchtbaren Boden.“⁴⁹ Durch die traditionelle Denkmalskultur im öffentlichen Raum hat sich jedoch nicht nur ein türkisches Bedrohungsszenario erhalten, sondern auch ein österreichischer Abwehrmythos.

Zur Auswahl der Medien

Die österreichischen „Türkenbilder“ in aktuellen Mediendebatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei wurden anhand dreier Printmedien untersucht: Der *Kronen Zeitung*, der *Kleinen Zeitung* und des Nachrichtenmagazins *NEWS*. Die Auswahl dieser drei Medien lag in ihrer Breitenwirkung begründet sowie in ihrer Nähe zum Boulevard. Nicht die Elitendiskussion über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei stand im Mittelpunkt der Untersuchung, sondern der breite öffentliche Diskurs. Es wurden sowohl berichtende als auch meinungsorientierte Textformen in die Analyse miteinbezogen, ebenso wie Bilder (Fotografien und Karikaturen). Vergleichend wurden auch Texte und Bilder aus den österreichischen Qualitätszeitungen *Der Standard* und *Die Presse* hinzugezogen.⁵⁰ Um den Kontext, in dem die ausgewählten Texte und Bilder erschienen sind, zu präzisieren, folgen an dieser Stelle einige zusammenfassende Bemerkungen zu den spezifischen Merkmalen der untersuchten Medien.

Das Magazin *NEWS* bezeichnet sich in seinem Untertitel als „Österreichs größtes Nachrichtenmagazin“. Die erste Ausgabe erschien am 14. Oktober 1992, seitdem gibt es wöchentlich eine neue Ausgabe. Die Zeitschrift wurde als Medienprodukt der Brüder Helmuth und Wolfgang Fellner gegründet; die Redaktion sitzt in Wien. Die Verlagsgruppe *NEWS* dominierte seit 2001 den österreichischen Zeitschriften-

⁴⁹ Ebd. S. 148.

⁵⁰ Aufgrund der vorgenommenen Kürzung des Projektbudgets konnte keine systematische Auswertung der Qualitätszeitungen durchgeführt werden.

markt, in den letzten Jahren sind die Abonnement- und Auflagenzahlen des Magazins *NEWS* jedoch rückläufig.⁵¹ Neben politischen Themen, die vor allem auf den ersten Seiten der Zeitschrift behandelt werden, widmet sich *NEWS* in seinem hinteren Teil vorwiegend Society- und Lifestyle-Themen. Was das Layout betrifft, fallen die zahlreichen, durchgehend farbigen und oft großformatigen Fotoabdrucke auf, mit denen das Heft ausgestattet ist.

Die *Kronen Zeitung* ist Österreichs größte Tageszeitung und erscheint im Kleinformat. Etwa 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung über 14 lesen sie laut eigener Angabe jeden Tag. Täglich erscheint eine neue Ausgabe, bis auf Vorarlberg gibt es in jedem Bundesland einen eigenen Landesteil (der Auswertung lag die Wiener Ausgabe zugrunde). Der Gründer, Herausgeber und Geschäftsführer der *Kronen Zeitung*, Hans Dichand, hält 50 Prozent der Zeitung, die anderen 50 Prozent gehören der deutschen WAZ-Gruppe.⁵² Die *Kronen Zeitung* beschäftigt sich auffallend stark mit Europathemen, besonders mit der Frage, welche Rolle und Haltung Österreich in der EU einnehmen solle. Seit dem österreichischen EU-Beitrittsansuchen hat sich die Haltung, welche die *Kronen Zeitung* unter ihrem Herausgeber Hans Dichand gegenüber der Europäischen Union einnahm, mehrfach geändert. EU-politische Meinungen verbreitet die *Kronen Zeitung* dabei besonders in Form von Kommentaren (die in einer Vielzahl von regelmäßig erscheinenden Kommentar-Rubriken veröffentlicht werden) sowie in regelmäßigen Kampagnen, in denen sie mit bestimmten politischen Forderungen auftritt. So titelte das Blatt mehrfach mit dem Ruf nach Volksabstimmungen, beispielsweise mit einer „Volksabstimmung über den Eurofighter“ (Oktober 2006). Im April 2008 warb die Zeitung für ein österreichisches Plebiszit über den Vertrag von Lissabon. Die *Kronen Zeitung* nimmt damit eine besondere Rolle in der österreichischen Medienlandschaft ein, deren politische Bedeutung nicht mit anderen Medien verglichen werden kann.

Die *Kleine Zeitung* (wie die *Kronen Zeitung* ein Kleinformat) erscheint in ganz Österreich, hat ihren lokalen Schwerpunkt aber in Südostösterreich. Sie beherrscht

⁵¹ Vgl. hierzu: Harald Fidler, Österreichs Medienwelt von A bis Z. Das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von „Abzockfernsehen“ bis „Zeitungssterben“, Wien 2008, S. 576-579.

⁵² Ebd. S. 210-243.

den Zeitungsmarkt in Kärnten und in der Steiermark, wo sie die bundesweite Dominanz der *Kronen Zeitung* bricht. Auch in den angrenzenden Gebieten Osttirols und des südlichen Burgenlandes ist sie weit verbreitet. Damit ist die *Kleine Zeitung* die zweitgrößte Tageszeitung Österreichs.⁵³ Die beiden Hauptredaktionen sitzen in Klagenfurt (Kärnten) und in Graz (Steiermark); der durchgeführten Analyse lag die Kärntner Ausgabe zugrunde.

Untersuchungszeitraum

Über die konkrete Fragestellung hinaus möchte das vorgestellte Projekt – aufbauend auf einer grundlegenden historischen Kontextualisierung - Aussagen über die gegenwärtige politische Kultur Österreichs und aktuelle Identitätsbildungsprozesse treffen. Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Jahr 2004 und endet 2008. Aus dieser Zeitspanne wurden vier Kernzeiträume ausgewählt und einer grundlegenden Analyse unterzogen. Durch die Fokussierung auf ausgewählte Untersuchungszeiträume, in denen die Berichterstattung in den drei Medien über einen Zeitraum von vier Jahren untersucht wurde, war es möglich, die synchrone und die diachrone Entwicklung der Debatte und ihrer Inhalte nachzuzeichnen. Bei den vier Kernuntersuchungszeiträumen handelt es sich 1.) um Berichte und Kommentare, die im Vorfeld der Europawahl von 2004 in österreichischen Printmedien erschienen. 2.) richtet sich der Blick auf den Oktober des Jahres 2005, an dessen Beginn die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei aufgenommen wurden. Die Untersuchung widmet sich 3.) der medialen Debatte im zeitlichen Umfeld der Nationalratswahl vom Oktober 2006. Und 4.) wird die Vor- und Nachberichterstattung anlässlich der vorgezogenen Neuwahlen vom Herbst 2008 untersucht.

Die Berichterstattung anlässlich der Europawahl des Jahres 2004 wurde innerhalb der letzten sechs Wochen vor der Wahl untersucht, in denen auch die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei erstmals in Österreich öffentlich breit diskutiert wurde. In Österreich, wo traditionell sonntags gewählt wird, fand die Europawahl

⁵³ Ebd. S. 207f.

am 13. Juni des Jahres statt. Der kurze Untersuchungszeitraum ist durch die gute Forschungslage zur Europawahl von 2004 gerechtfertigt.⁵⁴ Zudem erhalten Europawahlkämpfe im Vergleich zu Wahlen auf nationaler Ebene deutlich weniger breitenwirksame Aufmerksamkeit. Das schlägt sich auch in einer meist niedrigen Wahlbeteiligung bei Europawahlen nieder. Die österreichische Wahlbeteiligung lag 2004 bei rund 42%. (Zum Vergleich: Bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl, die im selben Jahr stattfand, gaben fast 72% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab).

Am 3. Oktober des Folgejahres begann die Europäische Union die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen hatte die österreichische Delegation in Luxemburg darauf gedrängt, den EU-Beitritt der Türkei nicht wörtlich in den Text des Verhandlungsmandats aufzunehmen. Letztlich verzichtete man aber auf einen Großteil der Forderungen, nachdem die restlichen EU-Mitgliedsstaaten dem österreichischen Druck nicht nachgegeben hatten. Jedoch gelang es der österreichischen Delegation, die „Aufnahmefähigkeit“ der Union in den Kanon der Beitrittsbedingungen aufnehmen zu lassen. Gleichzeitig wurde Anfang Oktober der Weg für Beitrittsverhandlungen mit Kroatien frei, was die österreichische Regierung deutlich befürwortet hatte. Die „Vergleichsschablone“ Kroatien ermöglichte es, das Spezifische der Türkei-Diskussion herauszuarbeiten.

Um zu untersuchen, wie sich die Debatte während des Nationalratswahlkampfes vom Oktober 2006 und während der folgenden Koalitionsverhandlungen entwickelt hat, war es sinnvoll, einen längeren Untersuchungszeitraum zu wählen. Er reicht von der „heißen“ Phase des Wahlkampfes bis zum Ende des Jahres (September bis Dezember 2006). Auf diese Weise konnte die Debatte um den EU-Beitritt der Türkei in einem heterogenen Zeitraum untersucht werden, ihre Dynamik kam in die Perspektive. Auch bei den Neuwahlen von 2008 war es zweckmäßig, einen längeren Zeitraum zu analysieren. Als Beginn des Untersuchungszeitraums lag die letzte Juniwoche nahe, in welcher Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) und sein Parteivorsitzender Werner Faymann in einem Brief an den *Kronen Zeitung*-

⁵⁴ Vgl. etwa: Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf, Wiesbaden 2005; Jens Tenscher (Hrsg.), Wahl-Kampf um Europa. Analyse aus Anlass der Wahlen der zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden 2005.

Herausgeber Hans Dichand einen Kurswechsel in EU-Fragen ankündigten sowie für zukünftige EU-Vertragsänderungen eine Volksabstimmung forderten. Dieser letzte von vier Kernuntersuchungszeiträumen endet mit dem Wahltag am 28. September 2008. Wurde die Frage eines EU-Beitritts der Türkei im Vorfeld der Nationalratswahlen zum wichtigen Thema?

Die Dynamik der österreichischen Mediendebatte konnte so über einen Zeitraum von vier Jahren verfolgt werden. Die Auswertung unterschiedlicher Printmedien innerhalb desselben Zeitraums machte deutlich, wie Akzente in der Debatte gesetzt wurden, welche Argumentationsmuster in den verschiedenen Zeitungen übereinstimmten und wo sich die einzelnen Blattlinien unterschieden. Anhand ausgewählter Zeiträume konnte dabei gezeigt werden, wie in konkreten politischen und medialen Kontexten „Türkenbilder“ erzeugt oder reproduziert werden. Dabei sollte auch herausgearbeitet werden, was die Inhalte dieser „Türkenbilder“ sind und auf welche Weise sie zu Bildern vom „Anderen“ werden.

Gliederung und Form der Darstellung

Die Ergebnisse der Studie werden in zwei Schritten präsentiert. Zunächst wird der Verlauf der Debatte nachgezeichnet und dabei auch in den europäischen Kontext gestellt (III.1). Auf diese Weise soll ein erster Überblick über die Entwicklung der Debatte, ihre thematischen Schwerpunkte sowie die Diskursverschränkungen gegeben werden. Wie haben sich die öffentlichen Diskussionen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei in den letzten Jahren entwickelt und wie unterscheiden sich die einzelnen nationalen Positionen? Welche Türkei-bezogenen Themen dominieren zu welcher Zeit die internationale, vor allem aber die österreichische Medienberichterstattung?

In einem zweiten Schritt werden thematische Bezüge und dominierende Argumentationsmuster anhand dreier Schwerpunkte nachgezeichnet, die sich nach der ersten Auswertung des Materials als zentral erwiesen: Kultur, Geschlecht, Religion (III.2.1.), Migration und Integration (III.2.2.) und der Zusammenhang von national-

staatlichen und gesamteuropäischen Bezügen (III.2.3.). Durch diese Fokussierung geraten sowohl die Verkettungen zwischen der (außenpolitischen) EU-Beitrittsfrage und innenpolitischen Themen in den Blick wie auch die in diesem Kontext verhandelten europäischen und nationalen Identitäten. In den thematischen Kapiteln werden dominierende Topoi, Metaphern und Bezeichnungspraktiken sowie visuelle Symbole und Stereotype anhand ausgewählter Beispiele dargestellt. Die Texte, Textfragmente und Bilder wurden ausgewählt, weil sie für einen bestimmten Diskursabschnitt als besonders typisch bezeichnet werden können und in der Debatte häufig wiederkehrende Elemente der Fremd- und Selbstkonstruktion enthalten. Auf diese Weise wurde kein quantitatives Ergebnis erzielt, sondern ein qualitativer Befund angestrebt. In den österreichischen Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei bestätigt sich dabei – wie im Folgenden zu zeigen sein wird - was Siegfried Jäger am Beispiel der öffentlichen Debatten zum Thema Einwanderung festgestellt hat:

Die Argumente und Inhalte, die zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten sozialen Ort etwa zum Thema Einwanderung zu lesen oder zu hören sind, sind [...] erstaunlich beschränkt.⁵⁵

⁵⁵ Siegfried Jäger, *Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse*, 2000. Online: [http://diss-
duisburg.info/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm](http://diss-
duisburg.info/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm) (zuletzt
abgerufen am 10.06.09).

III. Bilder von der Türkei und von TürkInnen in der österreichischen Medienberichterstattung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei (2004-2008)

III.1. Diskursverlauf

III.1.1. Europäische Debatten über die Türkei und „die Türken“

Um die österreichischen Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei in ihrer spezifischen Entwicklung beschreiben zu können, ist es wichtig, sie an den europäischen Kontext zurückzubinden. Wie verliefen im gewählten Untersuchungszeitraum die Debatten in anderen europäischen Ländern? Wo zeichneten sich Gemeinsamkeiten ab, wo Unterschiede?

Meinungsbilder in Europa

Europaweit haben die Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei kontroverse Debatten ausgelöst. Eine spezielle Eurobarometer-Umfrage des Jahres 2006 widmete sich den Einstellungen der EU-Bevölkerung zu künftigen Erweiterungen der Europäischen Union. Auf die Frage, ob sie einen EU-Beitritt der Türkei befürworteten, falls alle Beitrittskriterien erfüllt seien, antworteten 48% der Befragten, sie seien dagegen. Nur 39% sprachen sich für einen Beitritt der Türkei aus.⁵⁶ Zeichnet sich im gesamteuropäischen Trend damit eine eher ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen einen EU-Beitritt der Türkei ab, so findet sich der höchste Prozentsatz in Österreich. In keinem anderen Land der Europäischen Union gibt es eine derart starke Ablehnung gegen einen EU-Beitritt der Türkei: 81% der österreichischen Bevölkerung sprachen sich dagegen aus, selbst dann, wenn die Türkei alle von der Gemeinschaft gestellten Bedingungen erfüllen sollte.⁵⁷ An zweiter Stelle folgten mit Deutschland und Luxemburg (jeweils 69% der

⁵⁶ Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement, 07/2006, S. 71.

⁵⁷ Ebd. S. 72.

Bevölkerung sprachen sich gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus) zwei Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft.⁵⁸

Neben den jeweils auf ein bestimmtes Thema konzentrierten und unregelmäßig erscheinenden speziellen Eurobarometer-Umfragen erfassen auch die zweimal jährlich publizierten regulären Eurobarometer-Studien Einstellungen der europäischen Bevölkerung zur Europäischen Union. Vergleicht man die nationalen Berichte zur Stimmungslage in Österreich, so zeigen sich über den hier untersuchten Zeitraum vom Frühjahr 2004 bis zum Herbst 2008 Kontinuitäten, aber auch Änderungen.

Die beiden Eurobarometer-Umfragen des Jahres 2004 erfragten – anders als in den darauf folgenden Jahren - nicht die spezifischen Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei. Der Bericht vom Herbst 2004 zeigt aber, dass nur 28% der Befragten grundsätzlich zukünftige EU-Erweiterungen unterstützten – mit diesem Wert war Österreich EU-weit das Schlusslicht.⁵⁹ Interessant sind auch die Angaben zu den wichtigsten „Sorgenthemen“ der ÖsterreicherInnen: Dazu zählte auch das Thema „Einwanderung“. 53% der Befragten waren der Überzeugung, dass die Europäische Union in diesem Zusammenhang eine negative Rolle spiele. Dieser Wert hatte sich sogar seit der Umfrage vom Frühjahr um 9 Prozentpunkte erhöht.⁶⁰

Der Österreichbericht der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2005 ging explizit auf das Thema eines EU-Beitritts der Türkei ein, was angesichts der politischen Situation auch naheliegend war: Die Daten wurden im Oktober und November des Jahres erhoben, also in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Beginn der Beitrittsverhandlungen. In ihrem Fragenkatalog reagieren die Eurobarometer-Umfragen grundsätzlich auf aktuelle politische Entwicklungen und nehmen dementsprechend Fragestellungen zu diesen Themen auf. Nur 11% der ÖsterreicherInnen befürworteten im Herbst 2005 einen EU-Beitritt der Türkei, 80% sprachen sich dagegen aus.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Eurobarometer 62: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2004), S.4.

⁶⁰ Ebd. S. 14.

Der Prozentsatz für die ebenfalls im Oktober 2005 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit Kroatien weicht davon deutlich ab: 50% der ÖsterreicherInnen unterstützten einen kroatischen EU-Beitritt.⁶¹ Noch ein weiteres Ergebnis ist hier hervorzuheben: Der kulturelle Gegensatz zwischen der Türkei und Europa wurde stärker wahrgenommen als in früheren Umfragen.⁶² 78% der befragten ÖsterreicherInnen waren im Jahr 2005 hinsichtlich der Frage einer türkischen EU-Mitgliedschaft der Meinung: „Die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und den Mitgliedsstaaten der EU sind zu tiefgreifend.“ Fast ebenso viele (76%) unterstützten zudem die Aussage: „Ein Beitritt der Türkei könnte die Gefahr einer stärkeren Einwanderung in die am weitesten entwickelten EU-Länder mit sich bringen“.⁶³

Im Herbst 2006, parallel zu den Debatten über den Papstbesuch in der Türkei und zur Aussetzung einzelner Verhandlungspunkte in den Beitrittsgesprächen, untersuchte die Eurobarometer-Umfrage erneut die österreichische Haltung zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei. Österreich blieb bei den positiven Stimmen für einen Beitritt weiterhin „Schlusslicht der EU25“. Aber auch hinsichtlich der südosteuropäischen Länder waren die ÖsterreicherInnen laut Umfragewerten sehr negativ eingestellt: Auch hier war es das „erweiterungsfeindlichste Land“.⁶⁴

Zwei Jahre später, im Herbst 2008, spielte die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei in der österreichischen Medienberichterstattung kaum eine Rolle mehr. Auch in der damaligen Eurobarometer-Umfrage ließ sich Ähnliches beobachten: Nach dem EU-Beitritt der Türkei wurde gar nicht mehr explizit gefragt, nur die allgemeine Einstellung zu künftigen Erweiterungen wurde abgefragt: 25% der ÖsterreicherInnen sprachen sich Ende 2008 dagegen aus. Wie in den vorausgegangenen Jahren blieb die durchschnittliche Einstellung in Österreich zur Europäischen Union „überdurchschnittlich kritisch“. Unabhängig von konkreten politischen Ereignissen und Debatten hält sich dieser Wert relativ konstant über den Untersuchungszeitraum von 2004 bis 2008 hinweg.⁶⁵

⁶¹ Eurobarometer 64: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2005), S. 7, S. 42.

⁶² Ebd. S. 46.

⁶³ Ebd. S. 45.

⁶⁴ Eurobarometer 66: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2006), S. 70.

⁶⁵ Eurobarometer 70: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2007), S. 23.

Debatten im europäischen Vergleich: Ausgewählte Beispiele

Trotz der im EU-weiten Vergleich ungewöhnlich hohen Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei innerhalb der österreichischen Bevölkerung hat sich das Thema erst vergleichsweise spät in den politischen und öffentlichen Debatten des Landes niedergeschlagen. In Frankreich und Deutschland, wo es ebenfalls eine starke politische und öffentliche Opposition gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei gibt, setzte die Debatte bereits einige Jahre früher ein. Wie bereits eingangs zitiert, sorgte schon im Jahr 2002 der Präsident des EU-Konvents und ehemalige französische Staats- und Regierungschef, Valéry Giscard d'Estaing, für eine Zuspitzung der französischen Debatte, indem er über die Türkei unter anderem sagte, sie habe „eine andere Kultur, einen anderen Zugang, eine andere Lebensweise.“⁶⁶ Die Türkei sei kein europäisches Land und ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union bedeute deren Ende.

Es ist ein Kennzeichen der europäischen Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei, dass sie sich nicht auf politische und wirtschaftliche Aspekte beschränken, sondern oft von kulturalistischen Argumentationsmustern beeinflusst ist. Giscard d'Estaings Äußerungen sind zwar eine besonders zugespitzte Position, stellen in der Debatte aber keine Ausnahme dar. Wie entwickelten sich die Debatten aber in den einzelnen europäischen Staaten, insbesondere im Zeitraum zwischen 2004 und 2008?

Frankreich

In Frankreich überwogen BeitrittsgegnerInnen deutlich die BeitrittsbefürworterInnen – und dies quer durch die Alters- und Gesellschaftsgruppen. Die BefürworterInnen einer EU-Mitgliedschaft der Türkei fanden sich dabei überwiegend im linken Parteienspektrum. Im französischen Europawahlkampf von 2004 war der Türkei-Beitritt eines der wichtigsten Themen, besonders bei den Rechtsparteien. Religiöse und

⁶⁶ Claire Demesmay/Eddy Fougier, Die französische Malaise im Spiegel der Türkei-Debatte, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 49-62.

kulturelle Argumente spielten und spielen eine wichtige Rolle, was auch daran liegt, dass Frankreich in Europa das Land mit dem größten Anteil an muslimischer Bevölkerung ist. Die Themen Migration und Integration prägten damit auch die öffentliche Bewertung eines möglichen EU-Beitritts der Türkei. Eine Besonderheit ist die Debatte um den Völkermord an den ArmenierInnen, dem in Frankreich eine Schlüsselrolle zukommt.⁶⁷ Im Land leben 80% aller ArmenierInnen in Europa. Als eines der ersten europäischen Länder hat Frankreich den Völkermord anerkannt und fordert seitdem auch von der Türkei die Anerkennung und gründliche Auseinandersetzung mit diesem Teil ihrer Geschichte. Seit 2006 steht die Leugnung des Genozids an den ArmenierInnen in Frankreich unter Strafe. Der amtierende Präsident Nicolas Sarkozy hatte bereits in seinem Wahlkampf von 2007 gefordert, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssten eingestellt werden – bis in die Gegenwart lehnt er eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ab. In der speziellen Eurobarometer-Umfrage von 2006 sprachen sich 39% der Franzosen und Französinnen für einen EU-Beitritt der Türkei aus, 54% waren dagegen.⁶⁸

Deutschland

Wie in Frankreich ging auch in Deutschland ein wichtiger Impuls für die EU-Türkei-Debatte von intellektueller Seite aus. Dort diskutierten ebenfalls bereits im Jahr 2002 die Neuzeithistoriker Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler öffentlich über den EU-Beitritt der Türkei, den sie, wie Giscard d'Estaing, aus kulturellen Gründen ablehnten. Wie es auch für die Debatten in Frankreich, Österreich und anderen Ländern über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei kennzeichnend ist, war die EU-Beitrittsdebatte von Beginn an mit einer über türkische Migration nach Westeuropa und mit Fragen von Migration und Integration verbunden. Deutschland habe ein „Türkenproblem“, so Wehler, und wies auf Integrationsdefizite türkischer MigrantInnen hin.⁶⁹ Ansonsten entwickelte sich die deutsche Debatte sehr hetero-

⁶⁷ Demesmay/Fougier, Die französische Malaise, 2005.

⁶⁸ Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement 2006, S. 71.

⁶⁹ Wehler, Das Türkenproblem, 2002.

gen.⁷⁰ Selbst innerhalb der einzelnen politischen Parteien standen sich BefürworterInnen und GegnerInnen gegenüber. Auf beiden Seiten bediente man sich politischer, wirtschaftlicher und kultureller Argumente, um Vorteile oder Nachteile eines EU-Beitritts der Türkei herauszustellen. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der Türkei und Deutschland unterstützen deutsche Wirtschaftskreise nahezu geschlossen einen EU-Beitritt der Türkei. Die Unionsparteien befürworteten bis in die Gegenwart das Modell einer „privilegierten Partnerschaft“, das als Alternative zu einem Beitritt gesehen wird. Diese soll eine enge Anbindung der Türkei an die EU, nicht aber einen vollständigen Beitritt ermöglichen. Bis zum Regierungswechsel von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zu Angela Merkel (CDU) im Jahr 2005 sprach sich die rot-grüne Regierung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei aus. Zu einem großen Thema in einem der vergangenen Wahlkämpfe ist die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei in Deutschland jedoch nicht geworden. In der speziellen Eurobarometer-Umfrage von 2006 sprachen sich 27% der Deutschen für einen EU-Beitritt der Türkei und 69% dagegen aus.⁷¹

Österreich

Später als in Frankreich und Deutschland setzte die österreichische Debatte über einen EU-Beitritt der Türkei erst im Zuge der sogenannten EU-Osterweiterung des Jahres 2004 ein. Jetzt wurde auch ein möglicher Beitritt der Türkei in den Medien immer stärker diskutiert.⁷² Als die Europäische Union im Jahr 1999 die Türkei offiziell zum Beitrittskandidaten ernannte, wurde das in Österreich öffentlich kaum verfolgt und diskutiert. Nachdem das Thema im Jahr 2004 jedoch Eingang in die medialen Debatten gefunden hatte, verstärkten sich diese 2005 und 2006 noch und flauten erst danach wieder ab. Der Politikwissenschaftler Cengiz Günay erklärt den Rückgang des Themas damit, dass sich in Österreich ein parteiübergreifender Kon-

⁷⁰ Martin Große Hüttmann, „Die Türkei ist anders als Europa“: Die öffentliche Debatte um einen EU-Beitritt der Türkei in Deutschland, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 35-47.

⁷¹ Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement 2006, S. 71.

⁷² Cengiz Günay, Austrian Stakeholders in the EU-Turkey Debate, in: Nathalie Tocci (Hrsg.), Talking Turkey in Europe: Towards a Differentiated Communication Strategy, Rom 2008, S. 59-84 (S. 59).

sens herausgebildet habe, im Falle eines anstehenden EU-Beitritts ein Referendum abzuhalten. In diesem Sinne sei das Verschwinden des Themas aus dem öffentlichen Diskurs damit zu erklären, dass dem Ruf nach einem Volksentscheid nachgegeben wurde:

The government's announcement to hold a referendum on Turkey once the negotiations are completed cooled the overheated debate off and helped to postpone unpleasant decisions.⁷³

Dieser Rückgang der politischen Debatten schlug sich, wie im Rahmen des hier vorgestellten Projektes gezeigt werden konnte, auch im medialen Diskurs nieder. Im Umfeld der Nationalratswahlen des Jahres 2008 spielte das Thema in den untersuchten Printmedien nur noch eine Nebenrolle. Zwar flammte es bis in die Gegenwart immer wieder im politischen Diskurs auf – man denke an die FPÖ-Petition „Rettet Europa – Stoppt den EU-Beitritt der Türkei“ (2009)⁷⁴ – doch hat das Thema offensichtlich aufgrund des breiten Konsenses in dieser Frage an Brisanz verloren.

Wie bereits für den deutschen und französischen Fall angemerkt, lässt sich auch in den österreichischen Debatten die Verbindung von Migrations- und Integrationsdebatten auf der einen Seite und der Frage eines möglichen EU-Beitritts auf der anderen Seite beobachten. Hinzu kommen allgemeine Debatten über Wertesysteme und kulturelle Unterschiede, die sich mit der Vereinbarkeit von Islam und Christentum und unterschiedlichen Geschlechterverhältnissen in der „westlichen“ und der islamisch geprägten Gesellschaft beschäftigen. Anders als etwa in der deutschen Debatte waren es in Österreich jedoch weniger die gesellschaftlichen Eliten, die einen EU-Beitritt der Türkei als kulturelle Herausforderung beschrieben und damit zu einem öffentlichen Thema machten. Stattdessen ist es ein spezifisches Merkmal der österreichischen Debatten, dass sie besonders von den Medien vorangetrieben wurden. Hier nimmt die *Kronen Zeitung* mit ihrem politischen Kampagnenstil eine besondere Rolle ein.⁷⁵

⁷³ Ebd. S. 60.

⁷⁴ Andreas Mölzer/Hans-Christian Strache, Petition an den Nationalrat: „Rettet Europa – Stoppt den EU-Beitritt der Türkei“, 10.03.2009, <http://www.stoppt-den-tuerkei-beitritt.at/images/stories/moelzer-tuerkei-petition-formular.pdf> (abgerufen am: 31.08.2009).

⁷⁵ Vgl. als Überblick über die österreichischen politischen und öffentlichen Debatten auch: Günay, *Austrian Stakeholders in the EU-Turkey-Debate*, 2008.

Schweden

Eines der Länder, in denen ein möglicher EU-Beitritt der Türkei im Untersuchungszeitraum kaum hitzige Debatten ausgelöst hat, ist Schweden. Der mögliche EU-Beitritt der Türkei war zwar ein Thema in der schwedischen Politik, eine emotional aufgeladene öffentliche Debatte gab und gibt es aber nicht. Weder wurde Anspruch auf eine exklusive europäische Identität erhoben, noch religiöse Aspekte in die Debatte eingebracht. Wichtiger ist in der schwedischen Diskussion die Frage, ob die Türkei die Kopenhagener Beitrittskriterien erfüllt. Das öffentliche Interesse gilt besonders der Kurdenfrage – in Schweden gibt es eine starke kurdische Minderheit. Zudem stehen das Geschlechterverhältnis und die Rolle der Frau in der türkischen Gesellschaft im Mittelpunkt des Interesses. Ein EU-Beitritt der Türkei wird weniger als Gewinn für Europa, sondern vielmehr mehr als Gewinn für die Türkei bewertet.⁷⁶ In der speziellen Eurobarometer-Umfrage von 2006 befürworteten 60% der SchwedInnen den EU-Beitritt der Türkei, 33% waren dagegen.⁷⁷

Großbritannien

Einen türkischen EU-Beitritt unterstützt traditionell die britische Regierung.⁷⁸ Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nahm und nimmt Großbritannien eine auffallend positive Haltung zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei ein. Labour Partei und Konservative befürworten die Mitgliedschaft der Türkei, was sich auch in der öffentlichen Debatte niederschlägt. Im Zusammenhang mit der Beitrittsdebatte spielten kulturelle Argumente kaum eine Rolle. Dies hat unterschiedliche Gründe: Großbritannien sieht in der Türkei einen stabilen Partner in der Region des Mittleren Ostens, eine enge Zusammenarbeit erscheint aus strategischen Gründen wichtig. Diese Auffassung teilen auch die USA, der wichtigste außenpolitische Partner Großbritanniens. Zudem strebt Großbritannien ein Europa an, das sich auf wirt-

⁷⁶ Frederik Langdal, Die schwedische Debatte über einen EU-Beitritt der Türkei: Im Kern eine Frage der Konditionalität, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 123-135.

⁷⁷ Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement 2006, S. 71.

⁷⁸ Othon Anastasakis, Großbritannien, ein Verbündeter der Türkei in Europa?, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 149-157.

schaftliche Zusammenarbeit konzentriert. Die EU-Erweiterung erweist sich damit als Möglichkeit, einer Vertiefung nach innen zu entgehen (*intergouvernementales Europakonzept*). In Großbritannien gibt es einen großen Anteil muslimischer EinwohnerInnen, darunter jedoch wenige TürkinInnen. Emotional aufgeladene, kulturelle und religiöse Debatten entzündeten sich daher nicht konkret an der Türkei und den TürkinInnen, sondern am – vor allem politischen - Islam. So gab es in dem Land auch keine „Kopftuch“- , sondern eine „Verschleierungs“-Debatte. Die Türkei wird dagegen häufig als Modell einer auf demokratischen Strukturen aufgebauten islamischen Gesellschaft bewertet. 2006 waren 42% der BritInnen für die EU-Mitgliedschaft der Türkei, 39% dagegen.⁷⁹

Italien

Dass die Position von Regierung und Wirtschaftskreisen auf der einen Seite und derjenigen der breiten Bevölkerung auf der anderen Seite stark voneinander abweichen kann, zeigt das italienische Beispiel.⁸⁰ Ende der 1990er Jahre war das italienisch-türkische Verhältnis infolge der Verurteilung des PKK-Führers Abdullah Öcalan stark belastet, seit Anfang des neuen Jahrtausends aber haben sich die Beziehungen auf Regierungsebene sehr verbessert. Die italienische Regierung – ebenso wie die Opposition – gehörte europaweit zu den stärksten Befürwortern eines EU-Beitritts der Türkei. Vor allem während der EU-Ratspräsidentschaft 2003 nahm sich Italien des türkischen Beitrittsansuchens an. Beide Staaten haben enge wirtschaftliche Verbindungen, nach Deutschland ist Italien der wichtigste Handelspartner der Türkei. Die Befürwortung eines EU-Beitritts der Türkei wird von der italienischen Politik auch mit sicherheitspolitischen Argumenten begründet.

In der öffentlichen Debatte wurde dies differenzierter gesehen. Zwar war die Pro-Europahaltung in der italienischen Bevölkerung sehr stark ausgeprägt und auch der Erweiterungsprozess wurde begrüßt, doch hinsichtlich der Türkei gab es Bedenken.

⁷⁹ Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement 2006, S. 71.

⁸⁰ Francesca Arato, Die Diskussion über einen EU-Beitritt der Türkei in der italienischen Öffentlichkeit und Politik, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 63-75.

Diese bezogen sich überwiegend auf religiöse Argumentationsmuster, vor allem auf die Angst vor islamischem Fundamentalismus. In der speziellen Eurobarometer-Umfrage von 2006 sprachen sich 36% der ItalienerInnen für einen EU-Beitritt der Türkei aus, 49% waren jedoch dagegen.⁸¹

Ungarn

Wenn man sich mit der österreichischen Auseinandersetzung über die Frage eines EU-Beitritts der Türkei beschäftigt, ist ein Vergleich mit der Debatte in Ungarn aufschlussreich. Der Blick auf das Nachbarland eröffnet neue Perspektiven auf die Bedeutung historisch-kulturell geformter Bilder von der Türkei und den TürkinInnen.⁸² Noch unmittelbarer als Österreich war Ungarn während der frühen Neuzeit von der osmanischen Expansion betroffen. In den Eroberungszügen Sultan Süleymans I. fiel das Land an das Osmanische Reich; nach der zweiten Türkenbelagerung Wiens im Jahr 1683 wurde es vom Habsburgerreich zurückerobert. Historische Bezüge nahmen in der ungarischen Debatte um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei eine wichtige Rolle ein; auf Seiten beider Staaten wurde immer wieder auf die lange Geschichte der türkisch-ungarischen Beziehungen verwiesen. Die historische Dimension des bilateralen Verhältnisses wurde besonders auf Regierungsebene thematisiert. Im Oktober 2002 bediente sich der ungarische Präsident Ferenc Mádl während seines Staatsbesuches in der Türkei historischer Rückgriffe, um eine Traditionslinie des Austauschs zu entwerfen: Zwei ehemals verfeindete Völker hätten sich im Laufe der Geschichte schließlich versöhnt und unterhielten nun enge Beziehungen.⁸³ Bis zum Jahr 2004 hat Ungarn einen EU-Beitritt der Türkei massiv unterstützt, in der Folge ließ dieses Engagement etwas nach. Das ungarische Interesse galt seitdem mehr dem Beitritt Kroatiens, Rumäniens und Bulgariens. Die Erfüllung der Kopenhagener Beitrittskriterien rückte argumentativ stärker in den Mittelpunkt. Allgemein handelt es sich dabei eher um eine Diskussion unter Intellektu-

⁸¹ Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement 2006, S. 71.

⁸² Tibor Dömötörfi, „Brücke zwischen Ost und West“? Die Ungarn und der EU-Beitritt der Türkei, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005.

⁸³ Ebd. S. 187.

ellen und PolitikerInnen – für die ungarische Öffentlichkeit ist ein möglicher EU-Beitritt der Türkei kein zentrales Thema. Möglicherweise hängt dies auch damit zusammen, dass es in Ungarn keine intensiv geführte MigrantInnen- oder Einwanderungsdiskussion gibt. Die anfangs deutliche, dann zaghaftere Unterstützung Ungarns für das türkische EU-Beitrittsansuchen hing eng mit der NATO-Partnerschaft der beiden Staaten zusammen. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich die Türkei dafür eingesetzt, dass der ungarische Wunsch nach einer NATO-Mitgliedschaft erfüllt werde. Im Gegenzug erwartete die Türkei von Ungarn eine Unterstützung bei ihrem EU-Beitrittsansuchen. BefürworterInnen und GegnerInnen hielten sich in der speziellen Eurobarometer-Umfrage von 2006 in etwa die Waage: 44% der UngarInnen waren dafür, 46% dagegen.⁸⁴

Die Debatten, welche innerhalb der Europäischen Union über einen möglichen neuen Mitgliedsstaat Türkei geführt werden, werden in der Türkei stark rezipiert und wirken auf die dortigen Debatten unmittelbar zurück. Statt Europabegeisterung ist ein wachsender Nationalismus zu beobachten.⁸⁵ Mit der immer heftiger geführten Debatte in Europa wächst auch die EU-Skepsis innerhalb der Türkei. Cengiz Günay fasst diese Haltung zusammen:

Public discourse is dominated by an emotionally charged feeling which can be best summarized as “If they don’t want us, we don’t want them!”⁸⁶

Thematische Schwerpunkte der medialen Debatten

Trotz der nationalen Unterschiede in den EU-Türkei-Debatten gab und gibt es eine Reihe von Themen, welche in den Jahren zwischen 2004 bis 2008 grenzüberschreitend diskutiert und medial verfolgt wurden und die sich direkt und indirekt auf die Türkei bezogen. Insbesondere die folgenden Ereignisse standen im Fokus der medialen Aufmerksamkeit. Sie sollen an dieser Stelle kurz zusammengefasst wer-

⁸⁴ Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement 2006, S. 71.

⁸⁵ Ruairi Patterson, Rising Nationalism and the EU Accession Process, in: Turkish Policy Quarterly (1/2008), S. 131-138.

⁸⁶ Cengiz Günay, Flags Against Fears and Uncertainties, in: Turkish Policy Quarterly (4/2006), S. 19-30.

den, da die österreichische Medienberichterstattung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei mit diesen Themen oft eng verbunden war:

Im November 2004 wurde der niederländische Filmemacher Theo van Gogh von einem islamischen Fundamentalisten auf offener Straße brutal ermordet. In seinem Kurzfilm „Submission“, den er zusammen mit der Parlamentarierin und Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali erstellt hatte, griff van Gogh frauenfeindliche und fundamentalistische Züge des Islam an. Die Ermordung des Filmemachers löste international große Bestürzung aus sowie Debatten über Fehlentwicklungen der Integrationspolitik.

Im Oktober 2005 erlebte die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei in der politischen und öffentlichen Debatte ihren vorläufigen Höhepunkt. Kurz vor Beginn der EU-Verhandlungen mit der Türkei blockierte Österreich in Luxemburg – vertreten durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) – die Aufnahme von Beitrittsgesprächen. Die österreichische Seite wollte verhindern, dass ein EU-Beitritt der Türkei als Ziel der Verhandlungen festgelegt werde. Gleichzeitig warb die österreichische Regierung für den Beginn von Beitrittsgesprächen mit Kroatien. Schließlich kam es zu einer Einigung – nur wenige Tage nach der österreichischen EU-Blockade begannen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei. In der internationalen Presse wurde der österreichische Alleingang intensiv verfolgt. In diesem Zusammenhang verwiesen ausländische Medien wiederholt auf die Türkenbelagerungen im historischen Bewusstsein Österreichs.⁸⁷

Anfang des Jahres 2006 löste die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung den sogenannten „Karikaturenstreit“ aus – ein Beispiel für die immense Bedeutung, welche Bilder im politischen Diskurs einnehmen können. In der islamischen Welt kam es zu starken Protesten und gewalttätigen Reaktionen. Im Westen wurde der provozierende Charakter der Karikaturen zwar teilweise verurteilt, doch überwog der Hinweis auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Nachdem die Karikaturen bereits im Vorjahr in der dänischen Zeitung *Jyllands Posten* veröffentlicht worden waren, erfuhr die internationale Debatte ihren Höhepunkt erst zu

⁸⁷ Vgl. hierzu auch III.1.2.

Beginn des Jahres 2006. Eine Gruppe dänischer Imame war mit einer eigens erstellten Broschüre in den Nahen Osten gereist, die zusätzlich zu den Karikaturen aus *Jyllands Posten* noch weitere Abbildungen enthielt. Sie wurden als besonders diskriminierend empfunden und ihr Zusammenhang mit der europäischen Berichtserstattung zum Islam war fragwürdig.⁸⁸ Im selben Jahr hielt außerdem Papst Benedikt XVI. während eines mehrtätigen Besuchs in Deutschland (11.-14. September) eine umstrittene Vorlesung an der Universität Regensburg. Die darin enthaltenen Passagen über den Islam lösten in der muslimischen Welt Proteste aus. Die Regensburger Rede des Papstes erfuhr daher auch in der internationalen Presse erhöhte Aufmerksamkeit.

Im Oktober 2006 wurde in Stockholm bekanntgegeben, dass der nächste Literaturnobelpreis an den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk ging. Er war der erste türkische Autor, der diesen Preis erhielt. In der Türkei wurde Pamuk von nationalistischen Kreisen angegriffen, weil er öffentlich an die Ermordung von KurdInnen und ArmenierInnen während des Ersten Weltkriegs erinnerte. Nach einem Interview mit dem Zürcher *Tagesanzeiger*, in dem Pamuk dieses Thema angesprochen hatte, wurde er wegen „Herabwürdigung des Türkentums“ angeklagt. Das Verfahren – welches von EU-Seite heftig kritisiert wurde – wurde Anfang 2006 eingestellt. Pamuk unterstützt einen EU-Beitritt der Türkei.

Im November 2006 reiste Papst Benedikt XVI. für vier Tage in die Türkei. Während dieser Reise besuchte er auch die Blaue Moschee in Istanbul und war damit (nach Johannes Paul II.) der zweite Papst der Kirchengeschichte, der eine Moschee betrat. Auch in EU-politischer Hinsicht gab es eine wichtige Entwicklung im Winter 2006. Da die türkische Regierung das „Ankara-Protokoll“ nicht unterzeichnete (eine Ergänzung zum „Ankara-Abkommen“ anlässlich der EWG-Assoziierung von 1963) wurden acht Verhandlungskapitel ausgesetzt.

⁸⁸ Vgl. zum sogenannten Karikaturenstreit auch das Themendossier des Demokratiezentrum Wien: Stefanie Mayer, „Kampf der Kulturen“?, <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiedebatten.html>.

Am 19. Januar 2007 wurde in Istanbul auf offener Straße der armenische Journalist Hrant Dink erschossen. In der von ihm herausgegebenen Zeitung *Agos* setzte er sich immer wieder für die Rechte der ArmenierInnen ein und prangerte politische Missstände an. Mehrfach stand er wegen „Beleidigung des Türkentums“ vor Gericht. International – aber auch in der Türkei – löste die Ermordung Dinks große Bestürzung aus, sowie die Angst, dass politisch motivierte Morde zunehmen könnten. Seitdem wurde der türkische Nationalismus zunehmend als bedrohlich in der internationalen Presse thematisiert.

Im August 2007 wurden in Ankara Verträge zwischen der türkischen Regierung und dem österreichischen Anlagenbauer Andritz AG beschlossen. Die österreichische Firma wollte sich in großem Umfang am Bau des Ilisu-Staudamms im Südosten der Türkei beteiligen. Auch deutsche und schweizerische Firmen beteiligten sich am Projekt, aus allen drei Ländern kamen Exportgarantien. Das Staudammprojekt ist bis heute heftig umstritten, die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts sowie wichtiger Kulturdenkmäler, besonders aber die Umsiedlung zehntausender AnwohnerInnen lösten auch in der Folgezeit starke Proteste aus. In Österreich kam vor allem von den Grünen Kritik; die Diskussion um mögliche Kredite durch die BA/CA führte zu Demonstrationen vor dem Hauptgebäude. Seit dem Frühjahr 2008 nahm die Kritik auch unter den ursprünglichen BefürworterInnen des Projekts zu. Sie entzündete sich an der nachlässigen Umsetzung der humanitären und ökologischen Auflagen, die der Türkei gestellt worden waren. Im Sommer 2009 zog sich Österreich ganz aus dem Projekt zurück.

Im November des Jahres 2008 berichtete der Erweiterungskommissar der Europäischen Union, der Finne Olli Rehn, über den Stand der EU-Erweiterung. Dabei sprach er sich gegen die verbreitete EU-Erweiterungsmüdigkeit aus und wandte sich damit besonders gegen Frankreich und Deutschland. Die Erweiterung sei „eines der mächtigsten politischen Instrumente der EU“, so der Bericht. An der innenpolitischen Situation des Beitrittskandidaten Türkei wurde allerdings deutliche Kritik

geübt. Die EU-Kommission stellte hier einen „Stillstand bei wichtigen Reformen“ fest.⁸⁹

Besonders die inneren Verhältnisse in der Türkei standen im Jahr 2008 im Mittelpunkt der internationalen Medienberichterstattung: Der türkischen Regierungspartei AKP drohte ein Verbot, da Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya wegen der im Parlament verabschiedeten Aufhebung des Kopftuchverbots an Universitäten Klage am Verfassungsgericht eingereicht hatte (Frühjahr 2008). Ende Juli 2008 erschütterte außerdem ein schwerer Doppelbombenanschlag die Innenstadt Istanbul.

III.1.2. Fokus: Österreichische Mediendebatten 2004-2008

Neben parallelen Entwicklungen, welche die Türkei-Debatten in den einzelnen europäischen Staaten vergleichbar machen, gibt es deutliche nationale Unterschiede. Auch der österreichische Diskurs weist nationale Spezifika auf, die im Folgenden anhand der vier ausgewählten Untersuchungszeiträume herausgestellt werden. Welche Inhalte dominierten zwischen 2004 und 2008 die österreichischen Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei? Wie entwickelte sich die Debatte, welche Konjunkturen hatte sie und mit welchen Themen verband sie sich?

Mai und Juni 2004: Debatten im Zuge der EU-Osterweiterungsrunde

Am 1. Mai des Jahres 2004 wurde die bis heute größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der Europäischen Union und ihrer Vorgängerinstitutionen vollzogen. Durch zehn neue Mitgliedsstaaten vergrößerte sich die Gemeinschaft von 15 auf 25 Mitgliedsländer. Da die meisten der neuen Mitgliedsstaaten im ehemals kommunistischen Osteuropa lagen, setzte sich für diese Erweiterungsrunde schnell die Bezeichnung Osterweiterung durch. Durch die hinzukommenden Staaten Malta und

⁸⁹ Zu den offiziellen Positionen: EU Commission Progress Report Turkey 2008 (4. November 2008) und EU Commission Enlargement Strategy 2008-2009 (4. November 2008).

Zypern war die Erweiterung aber auch eine Süderweiterung. Zwar gab es in der Bevölkerung der EU-15 durchaus Ängste und Zweifel, was die Erweiterungsrunde betraf, politisch wurde der 1. Mai 2004 aber euphorisch als großer Tag in der Geschichte Europas gefeiert.⁹⁰

In den neuen Mitgliedsstaaten wich der anfängliche Europaoptimismus bald einer einsetzenden Ernüchterung, auch die Beteiligung bei den Europawahlen Mitte Juni 2004 war gering. Die negativen Referenden über einen EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden gaben dem Optimismus in den neuen Mitgliedsstaaten einen weiteren Dämpfer.⁹¹ In Österreich machte sich in Folge der Osterweiterung auch die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei in der Debatte bemerkbar. Im Europawahlkampf plakatierte die FPÖ den Slogan: „Türkei in die EU? Mit mir nicht! Hans Kronberger.“⁹²

Die Nachbarstaaten als neue EU-Mitglieder

Zu Beginn des ersten Untersuchungszeitraums vom Mai und Juni des Jahres 2004 ist die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* in EU-Hinsicht von der Osterweiterung bestimmt. Die Ausgabe vom 1. Mai 2005, dem Tag an dem die neuen Beitrittskandidaten offiziell in die Europäische Union aufgenommen wurden, eröffnet die *Kronen Zeitung* auf ihrer ersten Seite mit dem Aufmacher-Slogan: „Im neuen Europa der 25: So kann Österreich profitieren!“ Zusammen mit dem abgedruckten Titelfoto suggeriert die erste Seite dieser Ausgabe auf den ersten Blick europäischen Enthusiasmus. Das Bild zeigt eine Gruppe junger Menschen auf der Prager Karlsbrücke, freudig in die Kamera schauend und gemeinsam die europäische Fahne in Händen haltend.

⁹⁰ Jürgen Dieringer/Kai-Sebastian Melzer/Micha Wirtz, Die Europäische Union nach der Osterweiterung: zur politisch-kulturellen und institutionellen Entwicklung, in: Ellen Bos/Jürgen Dieringer (Hrsg.), Die Geschichte einer Union der 27. Die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden 2008, S. 37-54.

⁹¹ Ebd. S. 37-39.

⁹² Vgl. hierzu auch die online frei zugängliche Plakate-Sammlung des Demokratiezentrum Wien: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/bilder.html?index=1287>.



Jubelnde Jugendliche mit EU-Fahne. Quelle: Kronen Zeitung, 1.05.2004.

Doch die Bildunterschrift liest sich bereits etwas skeptischer. Zwar werden die „Chancen für unseren Kontinent, neue Stärke zu gewinnen, um das Zeitalter der Globalisierung bestehen zu können“ betont, doch heißt es ebenso, es sei „für die alten EU-Mitglieder eher ein Tag der gemischten Gefühle.“ (alle Zitate: *Kronen Zeitung*, 1.05.2004). Auch auf den weiteren Seiten der Ausgabe mischen sich zurückhaltende Klänge unter die optimistische Tonlage, ganz besonders in den LeserInnenbriefen. Doch sind aus Sicht der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* vor allem die „Neuen im Süden“ eine „härtere Nuss“. In den angesprochenen Artikeln geht es besonders um das neue EU-Mitglied Zypern und die Konflikte zwischen dem griechischen und dem türkischen Teil der Insel (*Kronen Zeitung*, 8.05.2004).

Kennzeichnend für einen großen Teil der Artikel, die in der *Kronen Zeitung* zu Europa-Themen veröffentlicht werden, ist, dass der Österreichbezug häufig stark hervorsteicht, wie etwa bei dem oben zitierten Beispiel zur EU-Osterweiterung, wo es heißt: „So kann Österreich profitieren!“ (s.o.). Diese Österreichzentriertheit der Europa-Berichterstattung bleibt auch in den folgenden Jahren vorherrschend. Trotz oft sehr deutlich artikulierter EU-Skepsis wurde und wird Österreich oft eine wichtige – und historisch legitimierte – Rolle in Europa zugewiesen. So widmet sich anlässlich der vollzogenen Erweiterungsrunde ein großer Artikel in der Wochenendbeilage *Krone Bunt* der Wiener Paneuropabewegung („Europa begann in Österreich. Die

heute erfolgreiche Integrationsbewegung entstand im nachkaiserlichen Wien der 20er Jahre“, in: *Kronen Zeitung*, 9.05.04). In dem Artikel wird die Geschichte der Paneuropabewegung beschrieben und auf ein abendländisches Europaverständnis verwiesen: Das Symbol der Paneuropabewegung „war und ist die goldene Sonne Apollons und darin das rote Kreuz Christi. Beides definiert die Herkunft Europas aus dem Geist der griechisch-römischen Kultur und aus christlicher Tradition, womit zugleich aber auch die Grenzen Paneuropas beschrieben sind.“ (ebd.). Im Juni erscheint außerdem ein Interview mit dem Paneuropäer Otto Habsburg, unter dem Titel „Wohin geht Europa?“ (in: *Kronen Zeitung*, 13.06.04).

Auch in der *Kleinen Zeitung* ist das Thema Osterweiterung zu Anfang des Untersuchungszeitraums sehr vorherrschend. Die erste Ausgabe im Mai 2004 steht ganz im Zeichen der jüngsten EU-Erweiterung – die Berichterstattung ist positiv. So macht diese Ausgabe mit dem Titel „Junges Europa“ auf (in: *Kleine Zeitung*, 1.05.04). Besonderes Augenmerk gilt dem Nachbarland Slowenien, dem die *Kleine Zeitung* eine eigene Beilage widmet („Willkommen! Seit heute ist Slowenien EU-Mitglied. Unser Nachbar in Nahaufnahme.“, in: *Kleine Zeitung*, 1.05.04). In Europa habe, so die Berichterstattung im Inneren des Blattes, „ein neues Zeitalter“ begonnen, in ganz Europa werde gefeiert. Auch die abgedruckten Bilder untermauern dies: Auf Fotos zeigt die *Kleine Zeitung* freudig strahlende, junge Menschen mit EU-Fahnen. Für die intensive Berichterstattung der *Kleinen Zeitung* über die neuen Mitgliedsstaaten der EU wird die Zielgruppe der Zeitung ausschlaggebend gewesen sein: Zwar erscheint das Blatt Österreich-weit, hat seine größte Verbreitung aber in der Steiermark und in Kärnten – und damit ein großes Auflagegebiet an der Grenze zu Slowenien. Dementsprechend nimmt Slowenien auch die Hauptrolle in der Berichterstattung über die sogenannte Osterweiterung ein.

Das Nachrichtenmagazin *NEWS* beschäftigt sich anlässlich der Osterweiterung außerdem mit möglichen neuen Mitgliedsländern auf dem westlichen Balkan. In einem langen und mit zahlreichen Bildern ausgestatteten Artikel wird über die kroatischen EU-Ambitionen berichtet, wobei der Kriegsverbrecher Gotovina und die ausbleiben-

de Auslieferung an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag thematisiert werden (Karl Wendl, Der gefallene Held. Akte Gotovina, in: *NEWS*, 19/04).

Ein möglicher EU-Beitritt der Türkei?

Da im Frühsommer des Jahres 2004 die EU-Osterweiterung das aktuelle EU-politische Thema war, stand ein möglicher EU-Beitritt der Türkei erwartungsgemäß nicht im Mittelpunkt der Berichterstattung der einzelnen Zeitungen. Bereits in diesem Zeitraum wurde das Thema aber gelegentlich in Artikeln angesprochen. In der *Kronen Zeitung* verbindet sich eine grundsätzliche EU-Skepsis mit der Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei, was sogar zu einem Gegeneinander-Ausspielen beider Kritikpunkte führen kann. Unter der Rubrik „Thema des Tages“ schreibt der Korrespondent der *Kronen Zeitung* am 11. Mai: „Man kann der Türkei viel vorhalten, aber für die Misswirtschaft in der EU, um die es bei dieser EU-Wahl geht, ist die Türkei jedenfalls nicht verantwortlich.“ (Kurt Seinitz, Thema des Tages. Die Türkei als Ablenkungsmanöver, in: *Kronen Zeitung*, 11.05.04). In dieser Argumentation wird die Türkei zum „Ablenkungsmanöver“ im EU-Wahlkampf, mit dessen Hilfe die politischen Parteien grundsätzliche Schwächen der EU auf das Thema Türkei-Beitritt übertragen würden. Ein Leitartikel Michael Jungwirths in der *Kleinen Zeitung* geht in eine ähnliche Richtung und titelt: „Bei der EU-Wahl wird Europa überall zum Rohrkrepieler. Es drohen Denkmahl-Wahlen und eine katastrophale Beteiligung“ (in: *Kleine Zeitung*, 11.06.04). Auch in anderen Artikeln wird Kritik am EU-Wahlkampf geübt. Ein Bericht der *Kronen Zeitung*, der die Art des Wahlkampfes kritisch beschreibt, verwendet dabei in seiner Überschrift eine Reihung, welche die Türkei in einen negativen Zusammenhang setzt: „EU-Wahlkampf: Spesenaffäre, Türkei-Beitritt, Foltermethoden“ (in: *Kronen Zeitung*, 17.05.04). Auch wenn es in diesem Artikel vorderhand um eine Kritik an der Art und Weise des EU-Wahlkampfes geht und weniger die konkrete Beschäftigung mit dem Beitrittskandidaten Türkei im Vordergrund steht, bleibt durch die gleichzeitige Nennung mit den eindeutig negativ besetzten Begriffen „Spesenaffäre“ und „Foltermethoden“ der Eindruck, auch der „Türkei-Beitritt“ sei etwas eindeutig Negatives. Der EU-

Wahlkampf wird als „Schlammschlacht“ beschrieben, der von negativen Themen beherrscht werde. Immer wieder wird auf die Politik und den Machtanspruch anderer Staaten verwiesen, was erneut den Eindruck bestärkt, dass es vor allem um österreichische Interessen in der EU geht. So wird der wichtige Einfluss der USA betont: „Bush will Türkei in EU hineindrücken“ (in: *Kronen Zeitung*, 28.6.04). Deutlich sachlicher heißt es am selben Tag in der *Kleinen Zeitung*: „Bush fordert von der EU Datum für Türkei-Beitritt.“ Im Teaser zum Text heißt es weiter: „Vor dem gestern in Istanbul startenden Nato-Gipfel lobte der amerikanische Präsident die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei.“ (in: *Kleine Zeitung*, 28.06.04). Daneben ist ein Bild junger und westlich gekleideter türkischer Frauen zu sehen, die gegen den amerikanischen Präsidenten demonstrieren.

Der täglich für die *Kronen Zeitung* reimende Wolf Martin verweist nicht nur auf die Rolle der USA in den EU-Türkei-Beziehungen, sondern sieht auch in Deutschland eine treibende Kraft: „Von Schröder-Fischer Deutschland wird / Der Beitritt der Türkei forciert“ (Wolf Martin, in: *Kronen Zeitung*, 11.06.04). Der Türkei-Experte der *Kronen Zeitung*, Kurt Seinitz, veröffentlicht am 6. Juni einen Artikel, der sich explizit mit möglichen negativen Folgen eines EU-Beitritts der Türkei befasst: „Ferrero-Waldner warnt: EU könnte Beitritt der Türkei nicht verkraften“ (in: *Kronen Zeitung*, 6.06.04). In dem bereits zitierten Gedicht Wolf Martins heißt es über den EU-Beitrittskandidaten Türkei außerdem: „Ich hoff, dies Land, sonst achtenswert, / wird nicht noch zum Trojan'schen Pferd.“ (s.o.). Das Motiv des Trojanischen Pferdes, als das die Türkei bezeichnet wird, kommt in den Debatten um einen möglichen EU-Beitritt des Landes immer wieder vor. Eine Studie des Instituts für Konfliktforschung (Wien) hat dieses Motiv neben der österreichischen auch für die französische Mediendebatte nachweisen können.⁹³

Auch in der Berichterstattung der *Kleinen Zeitung* findet schon kurze Zeit nach der vollzogenen Osterweiterung der mögliche EU-Beitritt der Türkei als Thema Eingang. Nur eine gute Woche nach der Osterweiterung titelt die *Kleine Zeitung* auf der ersten Seite: „Österreichs Nein zu EU-Beitritt der Türkei. Im Wahlkampf rücken

⁹³ Bischof/Oberhuber/Stögner, Säkularisierung und geschlechtsspezifische Konstruktion, 2008, S. 95, S. 127, S. 183.

alle Parteien von Aufnahme der Türkei ab“ (in: *Kleinen Zeitung*, 10.05.04). In derselben Ausgabe wird über einem Artikel die Überschrift abgedruckt: „‘EU-Beitritt wie Fahrt auf der Titanic‘. Im EU-Wahlkampf rücken alle Parteien von Aufnahme der Türkei ab. FPÖ-Spitzenkandidat Kronberger will vorerst Stopp der Erweiterung“ (in: *Kleine Zeitung*, 10.5.04). An diesem Beispiel zeigt sich, wie in sachlichen Berichten dennoch bestimmte subjektive und negative Bilder von der Türkei transportiert werden können: Dass ein EU-Beitritt der Türkei wie eine Fahrt auf der Titanic sei – deren Jungfernfahrt ja bekanntlich in einer Katastrophe endete – wird als zitierte Meinung in den Titel aufgenommen.

Im Nachrichtenmagazin *NEWS* ist ein möglicher EU-Beitritt der Türkei kein Thema, dem eigene Berichte gewidmet werden. Nur in einem kurzen Interview mit dem Europa-Abgeordneten Hans Kronberger (FPÖ) werden ein möglicher „EU-Erweiterungsstopp“ und damit auch die EU-Ambitionen der Türkei zum Gegenstand (in: *NEWS* 19/04). Neben der Beitrittsfrage spielen auch allgemein die Themen „Türkei“ und „Europa“ bzw. „Europäische Union“ in den Ausgaben von *NEWS* in diesem Zeitraum nur eine Nebenrolle.

„Die Türken“ als Thema der Berichterstattung

Was die Erwähnung von österreichischen EinwohnerInnen türkischer Herkunft betrifft, fällt in der *Kronen Zeitung* besonders die Sprache der Berichterstattung auf. Das manifestiert sich vor allem in Komposita mit dem Wort „Türken“, die etwa im Zusammenhang mit Kriminalität und Verbrechen genannt werden. So ist etwa von „Blutige[n] Türken-Fehden in Wien“ und „Türken-Mafiosi“ die Rede (beides: *Kronen Zeitung*, 22.05.04) oder davon, dass ein „Ermordeter aus Polen mit Türkenszene verbandelt“ sei (*Kronen Zeitung*, 7.06.04). Der umgangssprachliche Ausdruck „verbandelt“ suggeriert dabei, dass es sich bei der „Türkenszene“ um halbkriminelle Seilschaften handele. Aber auch in der *Kleinen Zeitung* heißt es etwa in einem Titel: „Bombe richtete Blutbad an. In Köln wurden bei einem Anschlag auf ein Wohn- und

Geschäftshaus in einem Türkenviertel mindestens 17 Menschen verletzt.“ (in: *Kleine Zeitung*, 10.6.04).

Interessant ist, dass in diesem Zeitraum die – europaweit in unterschiedlichen Ausprägungen ablaufende – „Kopftuchdebatte“ in Österreich stattfand. Nachdem in einer Linzer Hauptschule das Tragen des Kopftuches verboten worden war, wurde dieses Verbot öffentlich diskutiert und rechtlich geprüft. Über das Ergebnis heißt es Mitte Mai in einer Überschrift der *Kleinen Zeitung*:

Kopftuch darf auch an Schulen getragen werden. Das Bildungsministerium hält nach Linzer Anlassfall nun fest: Das Tragen von Kopftüchern an Schulen fällt unter Recht auf Religionsfreiheit. (in: *Kleine Zeitung*, 18.05.04).

Hier ist ein Blick auf die Bildsprache aufschlussreich. Im Zusammenhang mit der Kopftuchdebatte zeigt die *Kleine Zeitung* ein Foto zweier hübscher junger, sympathisch wirkender Mädchen. Eines davon trägt Kopftuch. Die Bildunterschrift lautet: „Reizthema Kopftuch: Österreich ist toleranter als andere Länder.“ Während im Zusammenhang mit einem möglichen EU-Beitritt der Türkei – wie noch zu zeigen sein wird – das Kopftuch oft als Symbol für Fremd- und Andersartigkeit eingesetzt wird und auf eine angenommene untergeordnete Position der Frau in der türkischen Gesellschaft anspielt, wird es hier als Symbol anders eingesetzt: Ein sympathisches junges Mädchen trägt das Kopftuch und ist Sinnbild für das „tolerante Österreich“. Auch ein Leitartikel von Stefan Winkler kommentiert: „Die rasche Aufhebung des Linzer Kopftuch-Verbotes war richtig“ (in: *Kleine Zeitung*, 18.05.04).

Weitere Türkei-relevante Themen sind in diesem ersten Untersuchungszeitraum Zuwanderung, Islamismus und die amerikanische Unterstützung für einen EU-Beitritt der Türkei. Allgemeine EU-bezogene Themen sind deutlich stärker in der Berichterstattung vertreten als solche, die sich konkret auf die türkischen Beitrittsbemühungen beziehen. Im Wirtschaftsteil der *Kleinen Zeitung* wird auf ökonomische Schwierigkeiten der Türkei und auf wirtschaftliche Differenzen zwischen Österreich und der Türkei hingewiesen: „Reiches Österreich: Platz vier in der EU. Nur die Luxemburger, Iren und Dänen sind reicher. Türkei ist das ärmste [sic] Land Europas“ (in: *Kleine Zeitung*, 4.06.04). Auch der Fall des Kölner „Hasspredigers“ Metin Kaplan, der in die Türkei abgeschoben werden soll, wird in den Zeitungen

behandelt. Die *Kleine Zeitung* behandelt den Fall im Zusammenhang mit dem neuen Zuwanderungsgesetz: Ein Artikel Birgit Baumanns über Kaplan ist mit einem Bild illustriert, das eine bis auf die Augen verschleierte Frau zeigt. Darunter steht der Text: „Eine Anhängerin von Islamistenführer Kaplan in Düsseldorf. Kommt das neue Zuwanderungsgesetz, droht ihr die Abschiebung.“ (in: *Kleine Zeitung*, 27.05.2004).

Oktober 2005: Österreich und der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Anfang Oktober 2005 hatte das Thema eines möglichen EU-Beitritts der Türkei ganz besondere Aktualität. Am 3. Oktober wurden die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei offiziell aufgenommen. Dem Beginn waren jedoch tagelange Verhandlungen vorausgegangen. Als einziges Mitgliedsland stellte Österreich weitere Bedingungen: Die Verhandlungen sollten nicht ausschließlich mit dem Ziel eines EU-Beitritts der Türkei geführt werden, stattdessen sollten auch andere Formen der Zusammenarbeit möglich sein. Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union sollte eine weitere Bedingung für einen Beitritt der Türkei werden. Da der Beginn von Beitrittsverhandlungen Einstimmigkeit verlangt, blockierte die österreichische Regierung auf diese Weise kurzzeitig die EU-Politik. Nach zähem Ringen begannen die Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei jedoch am 3. Oktober. Am selben Tag gab die Chefanklägerin des Den Haager Kriegsverbrechertribunals, Carla Del Ponte, überraschend auch den Weg für EU-Verhandlungen mit Kroatien frei. Im Gegensatz zu einem EU-Beitritt der Türkei wurde ein EU-Beitritt Kroatiens von der österreichischen Regierung angestrebt.

In allen drei untersuchten Medien – und in diesem Punkt sind sie für große Teile der österreichischen Printmedienberichterstattung repräsentativ – werden für die Luxemburger Verhandlungen Metaphern verwendet, die Spannung ausdrücken. Am häufigsten findet man das Bild des „Türkei-Pokers“, aber auch von einem „Krimi“, einem „Nervenkrieg“ oder einem „EU-Türkei-Thriller“ ist die Rede.

Österreichs Rolle im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen

Am Beginn des Monats stand in allen drei untersuchten Medien der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Mittelpunkt der Berichterstattung. Die *Kronen Zeitung* titelte am 1. Oktober mit dem Aufmacher „Wachsende Zustimmung in Europa. Respekt für Österreichs Türkei-Kurs“. In Europa wachse der „Respekt für Österreich“, so ein Artikel von Kurt Seinitz im Inneren des Blattes. Der Titel des Artikels ähnelt dabei dem Aufmacher der Ausgabe, variiert diesen aber etwas: „Wachsendes Verständnis in EU für unser Beharren in der Beitrittsfrage der Türkei“ (in: *Kronen Zeitung*, 1.10.05). Hier sticht besonders der Gebrauch des Personalpronomens „unser“ hervor, das eine Identifikation mit der Politik der österreichischen Regierung ausdrückt. Es ist ein Merkmal, das für die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* im Allgemeinen und für diejenige über die EU-Türkei-Berichterstattung im Besonderen zutrifft, dass sich die journalistischen Gattungen Bericht und Kommentar vermischen. Ein weiterer Befund, der bereits im ersten Untersuchungszeitraum festgestellt wurde, zeigt sich auch hier: In der EU-Berichterstattung steht besonders die Rolle Österreichs in Europa im Zentrum des Interesses. Ebenfalls betont die *Kronen Zeitung* in dieser Ausgabe, dass es in der Türkei-Frage Einigkeit in der österreichischen Politik gebe. Sie verweist auf den „Schulterschluss SPÖ-ÖVP“ (in: *Kronen Zeitung*, 1.10.05). Neben dem „wachsenden Respekt“ für Österreich, der auch durch den Abdruck internationaler Pressestimmen belegt werden soll, werden aber auch hier – wie bereits im Untersuchungszeitraum 2004 – die Gegner der österreichischen EU-Politik genannt. Österreich sehe sich Großbritannien gegenüber (dessen damals amtierende Ratspräsidentschaft einen EU-Beitritt der Türkei unterstützte), und „Verbündete“ gegen Österreich „mobilisiert“ habe (Kurt Seinitz, EU erhöht Druck im Türkei-Poker, in: *Kronen Zeitung*, 2.10.05). Auch auf die Rolle der USA wird verwiesen: „Türkei rief USA um Hilfe gegen störrisches Österreich“ (in: *Kronen Zeitung*, 4.10.05). Die deutsche Regierungspolitik, die den Beitritt befürwortete, zeichne sich durch „historische Verblendung“ aus, so ein Gastkommentar Hans-Peter Martins („Das EU-Tabu der Deutschen“, in: *Kronen Zeitung*, 2.10.05).

In einem Gedicht Wolf Martins in der *Kronen Zeitung* wird an das kollektive Gedächtnis appelliert und zwar sowohl was Österreichs traditionelle Rolle als „Bollwerk“ gegenüber dem Osten angeht als auch was dessen Aufgaben als „Ordnungsmacht“ in Europa betrifft. In dem Text heißt es:

Zum dritten Mal, dies sei erklärt,
hat Wien die Türken abgewehrt.
Dass er als Einz'ger hart geblieben,
sei Kanzler Schüssel zugeschrieben.
Ministrin Plassnik, hoch geehrt,
hat als Bollwerk sich bewährt.
Und Österreich hat sich bewiesen
als starkes Herz des Euro-Riesen.
Na ja, das hätt ich gern geschrieben.
Doch leider ist's ein Traum geblieben.
(in: *Kronen Zeitung*, 5.10.2005).

Im Zusammenhang mit der Rolle, welche Österreich im Rahmen der Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit der Türkei spielte, thematisiert die *Kronen Zeitung* auch die Sicht anderer Länder auf die österreichische EU-Politik. So wird auf die Berichterstattung der deutschen *Bild Zeitung* hingewiesen, die sich über die anhaltende Bedeutung der Türkenbelagerungen vor Wien – „Türkenkomplex“ - für die österreichische Türkei-Politik ausgelassen hatte (5.10.2005). Auch Vorwürfe aus der amerikanischen Presse („Lederhosen-Lobby“) werden aufgenommen und ihnen entschieden widersprochen: „Unmissverständliche Antwort auf US-Angriffe. „Österreicher sind keine Rassisten““ (13.10.2005).

Die Haltung der österreichischen Regierung im „EU-Türkei-Thriller“ wird in *NEWS* ausführlich behandelt, in einem Leitartikel spricht sich Chefredakteur Josef Votzi gegen einen EU-Beitritt des Landes aus („Die EU ist noch nicht reif für 100 Millionen Türken“, 6.10.05). Es ist darauf hinzuweisen, dass Votzi hier den Eindruck vermittelt, die Türkei habe 100 Millionen EinwohnerInnen. Tatsächlich sind es zu diesem Zeitpunkt etwa 70 Millionen, Votzi gibt eine Zahl an, die auf Hochschätzungen beruht und für den Zeitpunkt eines möglichen EU-Beitritts berechnet ist. Dies klärt Votzi jedoch an keiner Stelle auf.

Wie auch in *NEWS* und in der *Kronen Zeitung* wird die Türkei-bezogene Berichterstattung der *Kleinen Zeitung* im Oktober 2005 von der österreichischen Verhandlungsführung in Brüssel beherrscht. Dabei geht die *Kleine Zeitung* zudem auf die zunehmende EU-Skepsis in der Türkei ein, die durch die zögernde Aufnahmepolitik Brüssels (und jetzt auch Wiens) verstärkt werde. Dazu verweist Korrespondentin Susanne Güsten auf eine ursprünglich geplante Titelseite der türkischen Tageszeitung *Hürriyet*: „Aus Hitler-Titelseite wurde ‚Hallo Europa‘“ (in: *Kleine Zeitung*, 5.10.05). Gleich zu Beginn des Artikels schlüsselt Güsten die Überschrift auf: Die türkische Tageszeitung *Hürriyet* habe am 3. Oktober für ihre nächste Ausgabe ursprünglich einen Titel geplant, der „ein ganzseitiges Bild von Adolf Hitler mit ausgestreckten Arm vor blutrotem Hintergrund“ abbilden sollte. Dazu sei die Schlagzeile geplant gewesen: „Derselbe Ungeist wie damals“. Schließlich habe sich die Redaktion aber für einen anderen Titel entschieden, der in einem kleinen Format auch auf der Seite abgebildet ist. Darauf sind zwei große Überschriften zu lesen: „Merhaba Avrupa“ („Hallo Europa“) und „Viyana Valsi“ („Wiener Walzer“). Darunter erkennt man Abbildungen der politischen Hauptakteure: Ursula Plassnik, Recep Tayyip Erdogan und Abdullah Gül. Der begleitende Text schildert positive Reaktionen von Wirtschaft, Presse und Politik in der Türkei. Auch O-Töne aus der Bevölkerung sowie von VertreterInnen der Minderheiten (hier wird das Ökumenische Patriarchat in Istanbul zitiert) und Menschenrechtsorganisationen werden wiedergegeben. Am seinem Ende geht der Artikel auch auf kritische Stimmen, etwa in der kemalistischen CHP, ein. Neben dem Artikel ist ein Kommentar Ernst Heinrichs abgedruckt. Dort wird die vorherrschende Meinung der europäischen Bevölkerung bezüglich eines EU-Beitritts der Türkei zugespitzt zusammengefasst: „Wir wollen euch nicht in der EU, weil euer Land zu groß, zu rückständig, zu un-europäisch ist.“ Durch die verwendeten Personalpronomen („wir“, „euch“) wird der Gegensatz von einer sachlichen Ebene auf eine persönliche gebracht.

In den drei untersuchten Zeitungen, besonders aber in der *Kleinen Zeitung*, erhält auch der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien zeitgleich große Aufmerksamkeit. Anders als ein möglicher EU-Beitritt der Türkei wurde ein Beitritt Kroatiens von der österreichischen Regierung sehr befürwortet. In der *Kleinen Zeitung*

mit ihrer starken Dominanz auf dem Zeitungsmarkt in Südostösterreich nahm bereits die EU-Osterweiterung des Vorjahres eine große Rolle in der Berichterstattung ein. Parallel zum Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien berichtet die *Kleine Zeitung* nun auch über das Land: „Vor allem Zagreb ist sehr österreichisch“ wird etwa ein Artikel überschrieben (in: *Kleine Zeitung*, 6.10.05).

Eine Volksabstimmung über einen EU-Beitritt der Türkei

Mit der Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit der Türkei taucht in der *Kronen Zeitung* die Forderung nach einer Volksabstimmung über das Thema auf. Bereits am 5. Oktober und damit am dritten Tag nach Aufnahme der Verhandlungen titelt die *Kronen Zeitung* auf der ersten Seite mit den Worten: „Nach umstrittenen Kompromiss in Türkei-Frage: Volksabstimmung wichtiger denn je!“ (in: *Kronen Zeitung*, 8.10.05). Auch hier vermischt sich Bericht und Kommentar. So heißt es am 5.10.2005:

Der EU-weit, aber auch in Österreich umstrittene Kompromiss in der Frage, unter welchen Bedingungen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden, verlangt danach, dass am Ende der Verhandlungen eine Volksabstimmung zu diesem Thema abgehalten wird.

Auch die *Kleine Zeitung* beschäftigt sich mit der Frage des Plebiszits – anders als in der *Kronen Zeitung* bleibt es hier jedoch bei Berichten. Ein Aufruf zur Volksabstimmung – wie in dem oben zitierten Titel der *Kronen Zeitung* – bleibt aus. Am 26.10.2005, dem österreichischen Nationalfeiertag, hatte die FPÖ eine Anzeige geschaltet (auch in der *Kleinen Zeitung*), die ein Volksbegehren gegen einen EU-Beitritt der Türkei propagierte. Der Slogan war an den Nationalfeiertag und dessen Inhalte angelehnt: „Österreich bleibt frei“ hieß es in der Anzeige und „Ja zu Neutralität, Nein zu EU-Beitritt der Türkei.“

Der Beitrittskandidat Türkei in der Berichterstattung

Die negative Grundhaltung, welche die *Kronen Zeitung* gegenüber einem möglichen EU-Beitritt der Türkei einnimmt, versucht sie teilweise mit wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu begründen und bedient sich somit gewisser Versachlichungsstrategien. So lautet ein Aufmacher: „Renommierete Wirtschaftsinstitute warnen: EU kann sich die Türken gar nicht leisten!“ (8.10.05). Auffallend ist auch hier, wie allgemein von „den Türken“ gesprochen wird und zwar auch in solchen Zusammenhängen, in denen eigentlich von der „Türkei“ als Staat die Rede sein müsste. In derselben Ausgabe der *Kronen Zeitung* wird außerdem auf die Benachteiligung in der Türkei lebender Kurden hingewiesen: „Europa holt sich nun türkisches Kurdenproblem selbst hinein. PKK kündigt Waffenstillstand mit Türkei und gibt der EU die Schuld.“ In der Ausgabe des nächsten Tages wird das Frauenbild des Islam problematisiert („Fesselnde Hochzeiten. Junge Türiinnen werden gegen ihren Willen vom Vater einem Mann versprochen“) und auf die Verurteilung Hrnt Dinks wegen „Beleidigung des Türkentums“ verwiesen (alle: 9.10.2005).

Immer wieder unternimmt besonders die *Kleine Zeitung* Anläufe, um sich der EU-Türkei-Problematik auf einer möglichst sachlichen Ebene zu nähern, zum Beispiel durch den Abdruck einer Chronologie zur Geschichte der türkischen Integrationsbemühungen oder, wenige Tage später, einer Übersicht zum Thema „Der lange Weg der Türkei in die EU“ (5.10.05). Die redaktionellen Informationen, die in Form von Tabellen und Übersichten aufgelistet werden, bestimmen auch in den folgenden Untersuchungszeiträumen die Berichterstattung der *Kleinen Zeitung*. Begleitendes Bildmaterial setzt aber auf vermeintlich typische türkische Symbole, auf Minarette und Kuppeln. In Bildinhalten und Bildunterschriften wird zudem auf den Gegensatz von Morgenland und Abendland angespielt. Während die Osterweiterung des Jahres 2004 im Sinne einer Rückkehr der ehemaligen Ostblockländer nach Europa bewertet wurde („Vor allem Zagreb ist sehr österreichisch“, s.o.), werden die Türkei und die TürkInnen meist als etwas Nicht-Europäisches dargestellt.

Herbst 2006: Papstbesuch in der Türkei und Aussetzung einzelner Verhandlungspunkte

Im dritten Untersuchungszeitraum – den Monaten September bis Dezember 2006 – sind Themen, die im Zusammenhang mit einem möglichen EU-Beitritt der Türkei stehen, weiterhin sehr präsent. Vor allem auf die innenpolitischen Probleme der Türkei, die mit einem EU-Beitritt auch zu Problemen der Union werden könnten, wird in zahlreichen Artikeln hingewiesen. Der anfängliche innenpolitische Reformeifer der Türkei sei außerdem seit der Verleihung des Beitrittskandidaten-Status zurückgegangen. Dabei verweist die *Kronen Zeitung* deutlich auf ihre vorausgegangene, schon von Beginn an kritische Haltung: „Was „Krone“-Leser längst wissen, entdeckt nun auch Brüssel: Erlahmender Reformeifer in der Türkei von EU schwer gerügt“ (6.09.2006). Ein Schwerpunkt der Berichterstattung liegt daher auch auf der sich im November abzeichnenden Aussetzung einzelner Verhandlungspunkte (wegen des Zypernkonflikts). Wie auch im vorausgegangenen Untersuchungszeitraum bleiben neben der Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei auch andere auf die Türkei bezogene Ereignisse in der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* präsent. So wird der Besuch Papst Benedikt XVI. in der Türkei ebenso thematisiert wie dessen umstrittene Äußerungen über den Islam in seiner Regensburger Rede. Auch die anderen Themen, die in diesem Zeitraum die internationale Presseberichterstattung über die Türkei beherrschen, werden von der *Kronen Zeitung* gebracht: Die österreichischen Finanzbeteiligungen am Ilisu-Staudamm-Projekt („Verhandlungen über Kredite für Wahnsinnsprojekt. Protest wird immer lauter. ‚Kein Geld aus Österreich für Staudamm in der Türkei‘“, 29.09.06), die Terroranschläge, von denen die Türkei in den vergangenen Jahren betroffen war, das in Frankreich verabschiedete Gesetz, das die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern unter Strafe stellt („Streit um Armeniergesetz eskaliert. Türkei will Boykott gegen alle Waren aus Frankreich“, 14.10.06), sowie das Geschlechterverhältnis in der muslimischen Gesellschaft und bei den in Österreich lebenden türkischen Familien. Im November des Jahres nimmt dann auch die Berichterstattung über die konkrete Frage des möglichen EU-Beitritts der Türkei wieder zu, was an der sich zunächst

nur ankündigenden, dann tatsächlich eintreffenden Aussetzung einzelner Verhandlungspunkte lag. Im Dezember 2006 veröffentlicht die *Kronen Zeitung* eine Woche lang jeden Tag eine doppelseitige Reportage von Kurt Seinitz, in dem er sich zu unterschiedlichen Aspekten der Türkei (etwa der Bedeutung des Militärs oder der Rolle des Islam) äußert.

Was den Untersuchungszeitraum des Jahres 2006 betrifft, fällt in der *Kleinen Zeitung* besonders die starke inhaltliche Verschränkung vom Papstbesuch in der Türkei und der sich ankündigen Aussetzung einzelner Verhandlungspunkte auf. Unter der Reihenüberschrift „Türkei reif für Europa?“ berichtet vor allem Michael Jungwirth in zahlreichen Artikeln über die Zypernfrage und die damit zusammenhängende EU-Problematik. Als die Türkei ankündigt, keine Eurofighter zu kaufen, übertitelt Jungwirth einen Artikel mit den Worten „Türkei rächt sich“ (20.12.06). Es kommen jedoch auch BefürworterInnen eines EU-Beitritts der Türkei zu Wort, so wird etwa ein Interview mit dem türkischen Botschafter in Österreich, Selim Yenel, abgedruckt („Wir Türken gehören zu Europa“, 21.12.06).

Die Berichterstattung zum Türkei-Besuch des Papstes fällt in allen drei Medien durch ihre plakative Bildsprache auf. Sie steht ganz im Zeichen der Dichotomie aus Papst (oft segnend und lächelnd dargestellt) und protestierenden, Fahneschwankenden Menschen sowie Kopftuch-tragenden Frauen. Eine Karikatur aus der *Kleinen Zeitung* vom 30. November 2006 bringt diesen angenommenen „unüberbrückbaren“ Gegensatz auf den Punkt: Der Papst steht im Spagat über einem großen Abgrund, mit einem Bein auf der Seite des „Islam“ und mit einem auf der Seite des „Christentums“. Auf der Islamseite weht eine türkische Fahne, auf der Seite des Christentums eine europäische Fahne.

Das Magazin *NEWS* schenkt einem möglichen EU-Beitritt der Türkei in diesem Zeitraum wenig Aufmerksamkeit. Dafür nehmen aber andere Türkei-relevante Artikel in den Ausgaben des Jahres 2006 zu; das gilt ebenso für Artikel, die sich mit dem Islam oder (muslimischer) Migration nach Österreich beschäftigen. Bereits im Juni 2006 widmete *NEWS* eine reichhaltig bebilderte Reportage dem Thema „Ori-

ent meets Ottakring. Islam in Wien (Ausgabe 26/2006). So leben ‚unsere‘ 120.000 Moslems“. Andere Berichte beschäftigen sich mit dem türkischen Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk oder den MigrantInnen im österreichischen Polizeidienst („Unsere Multi-Kulti-Cops“, *NEWS* 27/2006).

Nationalratswahlen 2008: Anhaltende EU-Skepsis und Abflachen der Türkei-Debatte

Bedenkt man die intensive Berichterstattung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei, wie sie im Zuge des Papstbesuches in Istanbul und der Aussetzung einzelner Verhandlungspunkte in österreichischen Printmedien zu finden war, ist es auffällig, dass dasselbe Thema zwei Jahre später – zumindest im hier gewählten Ausschnitt des Printmediendiskurses – seine Brisanz nahezu vollkommen eingebüßt hat. Über die Türkei, über Europa und den Islam und auch über Migration und Integration wird weiter berichtet, aber eine eigene Berichterstattung zu einem EU-Beitritt der Türkei gibt es in keinem der drei untersuchten Medien. Ein stichprobenhafter Vergleich mit den großen österreichischen Qualitätszeitungen *Die Presse* und *Der Standard* führt zu einem ähnlichen Ergebnis.

Was die Türkei betrifft, wird die Berichterstattung vor allem von den Terroranschlägen in Istanbul sowie der Anklage der AKP vor dem Verfassungsgericht dominiert. Immer wieder wird die Türkei als ein Staat vor der „Zerreißprobe“ beschrieben (z.B. Petra Ramsauer, Türkei vor der Zerreißprobe, in: *NEWS* 31/2008).

Ganz andere „Türkenbilder“ zeigen die hier untersuchten Printmedien dagegen im Zusammenhang mit der im Sommer des Jahres stattfindenden Fußball-Europameisterschaft. Da Österreich zusammen mit der Schweiz das gastgebende Land war, erhält das sportliche Großereignis besondere Aufmerksamkeit. Vor allem aus den sogenannten „Fanmeilen“ und „Public Viewing“-Bereichen wird berichtet und Bilder abgedruckt. Türkische Fans sind hier optisch kaum von den ebenfalls rot-weiß gekleideten österreichischen Fans zu unterscheiden. Oft ist die Berichterstat-

tung sichtlich von der Fußball-Euphorie der letzten EM-Tage angesteckt. So berichtet die *Kronen Zeitung* anlässlich des Ausscheidens der türkischen Mannschaft über die Stimmung in Deutschland: „Alle Menschen werden Brüder: Türken wünschen jetzt Deutschland den Titel!“ (in: *Kronen Zeitung*, 27.6.2008).

Rund um die Neuwahlen zum österreichischen Nationalrat im September 2008 hat sich besonders die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei geändert: In diesem Untersuchungszeitraum spielt – anders als zuvor – die Frage, ob die Türkei der EU beitreten solle oder nicht, in der EU-Berichterstattung keine herausragende Rolle mehr. Es wird zwar weiterhin über die Türkei berichtet (vor allem über die innenpolitischen Krisenerscheinungen in dem Land), in EU-Hinsicht steht jetzt aber die Institution EU auf einer allgemeineren Ebene im Mittelpunkt und nicht mehr im Speziellen der mögliche Beitritt der Türkei. So geht es etwa um das irische Nein zum Lissabon Vertrag („Wiederholung der Volksabstimmung ist heftig umstritten. Iren zu Sarkozy: Lassen uns von EU weder drängen noch drohen“, 22.07.08).

In vielfacher Hinsicht wird scharfe Kritik an der EU bzw. an „Brüssel“, wie es synonym dafür häufig heißt, geübt. Die Union sei „heillos zerstritten“ und die EU verschwende Gelder („Neueste Brüsseler Betrugsstatistik: 4,4, EU-Millionen sind täglich weg“, 24.07.08). Auffallend ist, wie stark die *Kronen Zeitung* ihre eigene Rolle im politischen Meinungsbildungsprozess Österreichs thematisiert. Sie begreift sich als zentraler österreichischer Meinungsmacher in EU-Fragen und analysiert die Wirkung, die von ihr auf den Verlauf der Debatte ausgeht („Die ‚Krone‘ soll an allem Schuld sein“, 16.07.2008). Der Chefredakteur Hans Dichand nimmt im Vorfeld der Nationalratswahl mehrfach zur EU-Problematik Stellung, auch unter seinem Pseudonym *Cato* („Kritik an der EU“ und „28. September!“, 18.07.08). Auch anderen Interessengruppen räumt die *Kronen Zeitung* Platz ein, z.B. der EU-kritischen Bürgerinitiative „Rettet Österreich!“, sowie – wie sie ausdrücklich betont – ebenso EU-BefürworterInnen (so druckt die Zeitung z.B. einen Artikel Franz Vranitzkys mit dem Titel „Eine Lanze für die EU“, 29.07.08).

Hier muss auch berücksichtigt werden, dass die LeserInnenbriefseiten der *Kronen Zeitung* ein großes Forum für EU-Kritik bieten. Die Zeitung hat sogar eine eigene Unterrubrik für „Leserbriefe zum EU-Theater“ eingerichtet – was bereits im Titel die polemische Haltung der *Kronen Zeitung* zur Europäischen Union markiert. Grundsätzlich interessiert sich die *Kronen Zeitung* in diesem Zeitraum besonders stark für die Stimmung im Wahlvolk und stützt sich dabei auch auf Umfragen. Laut diesen sei gegenüber der EU das „Grundvertrauen der Österreicher erschüttert, aber: „Mehrheit von 60 Prozent lehnt Austritt aus der EU ab!“ Die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei spielt zwar in der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* in diesem Zeitraum keine entscheidende Rolle mehr, hat sich aber stattdessen in die LeserInnenbriefe verlagert.

III.2. Thematische Bezüge und dominierende Argumentationsmuster

Das zentrale Kennzeichen der österreichischen Mediendebatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ist – neben der starken Ablehnung des Beitritts – vor allem eines: Die starke inhaltliche Verknüpfung mit anderen Themen, etwa der österreichischen Integrationspolitik, fundamentalistischen Tendenzen im Islam und einem als patriarchalisch wahrgenommenen Geschlechterverhältnis in der türkischen Gesellschaft. So geht es nicht allein um die Frage, welche sachlichen, etwa politischen und wirtschaftlichen, Gründe es für oder gegen einen EU-Beitritt der Türkei gibt. Stattdessen verschwimmen immer wieder die Grenzen zwischen der Berichterstattung über den möglichen EU-Beitritt der Türkei und derjenigen über türkische MigrantInnen in Österreich. Neben das Abwiegen politischer und wirtschaftlicher Gründe treten Bedrohungsszenarien, die auf religiösen und kulturellen Argumentationslinien beruhen. Aber nicht nur der Gegensatz zwischen christlichem Europa und muslimischer Türkei spielt dabei eine Rolle, auch der türkische Nationalismus wird häufig als Gefahr dargestellt. Auf diese Weise verbinden sich in der Berichterstattung Fragen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei mit denen über türkische Migration nach Österreich, wirtschaftliche Ängste und politische Be-

fürchtungen (weniger Erwartungen und Hoffnungen) überschneiden sich mit der Argumentation von der kulturellen und religiösen Unvereinbarkeit.

Um aufzeigen zu können, wie sich diese Themen mit dem eines möglichen EU-Beitritt der Türkei verbinden und welche Bilder von der Türkei und den TürkInnen auf diese Weise diskursiv konstruiert bzw. bewahrt bleiben, werden im Folgenden drei Themenfelder genauer untersucht. Die thematische Auswahl ermöglicht es, zentrale Argumentationsmuster und Bezeichnungspraktiken, mit denen die Türkei und die TürkInnen als „andere“ dargestellt werden, in die Perspektive zu bekommen. In einem ersten Schritt werden kulturelle Argumentationsmuster in den Blick genommen, die sich meist stark auf die Kategorien Geschlecht und Religion beziehen. Auch historische Bezüge fließen in diese Argumentation mit ein. In einem zweiten Schritt geht es um den Zusammenhang von EU-Beitrittsdebatte und dem Themenbereich Migration und Integration. Um aufzeigen zu können, wie sich die Bilder von der Türkei und den TürkInnen seit der GastarbeiterInnen-Migration der 1960er und 1970er Jahre verändert haben, wird an dieser Stelle ein Zeitschnitt gesetzt und ein Rückblick auf diese Debatten der frühen Jahre gegeben. Auf diese Weise kann das Spezifische der aktuellen Debatte deutlicher herausgearbeitet werden. Im letzten Schritt wird die Debatte um den türkischen Nationalismus näher betrachtet. In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie sehr – trotz allen öffentlichen Bekundungen zu einer gesamteuropäischen Identität – das Nationale weiterhin ein zentraler Bezugspunkt kollektiver Identitäten bleibt.

III.2.1. Kultur – Geschlecht – Religion

Europaweit ist die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei stark und kontrovers diskutiert worden. Obwohl frühere Erweiterungsrounden ebenfalls keinen geschlossenen Konsens fanden, stellt die noch andauernde Debatte über den Beitrittskandidaten Türkei einen besonderen Fall dar: Zum ersten Mal in der Geschichte des europäischen Integrationsprozesses kreisen die begleitenden Diskussionen darum, ob die Türkei überhaupt „europäisch“ sei oder nicht. Während etwa die Erweiterungsrounde von 2004 als eine „Rückkehr nach Europa“ bezeichnet wurde, wird

ein Beitritt der Türkei oft als Herausforderung oder sogar Gefahr für die europäische Identität beschrieben.⁹⁴ Diese europäische Identität ist nichts Statisches, sondern sie unterliegt einem permanenten Wandel und ihre Inhalte werden immer wieder aufs Neue verhandelt und umformuliert.⁹⁵

Die erhitzten öffentlichen und politischen Debatten über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zeigen außerdem, dass die europäische Identität nicht nur durch das definiert wird, was als europäisches „Selbst“ wahrgenommen wird, sondern auch durch die Abgrenzung von der Türkei und den TürkinInnen. Diese werden oft als „Anderere“, als nicht-europäisch wahrgenommen. Ausschließende Diskurse ziehen somit Grenzen, die oft emotionsgeladen sind: Ängste, Sorgen und Bedrohungsszenarien werden darauf übertragen.

Parallel zu und in Wechselwirkung mit den Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei hat sich damit auch die öffentliche Diskussion über Europa als (christliche) Wertegemeinschaft verfestigt.⁹⁶ 1963, als die EWG mit der Türkei ein Assoziationsabkommen schloss, war damit auch eine Beitrittsperspektive verbunden. Von kultureller Fremd- und Andersartigkeit der Türkei war in den damaligen öffentlichen Verlautbarungen nichts zu hören. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein (CDU), beschrieb die Geschichte der türkischen Republik als Geschichte auf dem Weg nach Europa:

Das Ereignis hat seinesgleichen nicht in der Geschichte der Ausstrahlung europäischer Kultur und Politik, ja wir fühlen hier eine Wesensverwandtschaft mit dem modernsten europäischen Geschehen.⁹⁷

In den aktuellen Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei spielen die Kategorien Kultur, Religion und Geschlecht eine zentrale Rolle. Insbesondere das Schlagwort von der gemeinsamen „Kultur“, die Europa und damit die Europäische Union zusammenhalte, erweist sich dabei immer wieder als ein Code, der in erster

⁹⁴ Vgl. so zum Beispiel: Wehler, Verblendetes Harakiri, 2004.

⁹⁵ Stråth, Introduction, 2004, S. 24.

⁹⁶ Vgl. dazu: Madeker, Türkei und europäische Identität, 2008.

⁹⁷ Claus Leggewie, Die Türkei in der europäischen Union? Zu den Positionen einer Debatte, in: Ders., Türkei und Europa, 2004, S. 11.

Linie die beiden anderen Themen meint: Geschlechterverhältnisse und Religion. Die Türkei, welche zwar ein laizistisches Staatsmodell verkörpert, jedoch zugleich stark mit der sunnitisch-islamischen Religion verbunden ist, wird dabei als ein Europa gegenüberstehendes „Anderes“ stilisiert. Patriarchalische Gesellschaftsstrukturen und eine oft dem Islam als immanent zugeschriebene „Unterdrückung der Frau“ sind weitere Punkte, welche diese Argumentation stützen. Kulturelle Unterschiede werden dabei auf den Gegensatz von Stadt und Land, industrieller Erschließung und ökonomischer Rückständigkeit, gehobener oder mangelnder Bildung zurückgeführt. Oft werden sie aber auch dem Unterschied zwischen Christentum und Islam zugeschrieben, wodurch sich im Mediendiskurs ein teils sehr negatives Islambild verfestigt, welches patriarchalische Gesellschaftsstrukturen, fehlende Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und sogenannte „Ehrenmorde“ als grundsätzlich zum Islam gehörend erscheinen lässt.

Aufgrund dieser argumentativen Verkettungen werden im Folgenden die Kategorien Kultur, Geschlecht und Religion nicht getrennt analysiert, sondern in einem übergeordneten Kapitel untersucht. Das Beispiel des muslimischen Kopftuches kann den Zusammenhang der drei Aspekte pointiert verdeutlichen: Das Kopftuch erscheint im Diskurs oft eindimensional als religiöses Symbol, das von vielen muslimischen Frauen als Zeichen religiöser Zugehörigkeit und religiösen Selbstverständnisses getragen wird. Es wird ausschließlich von Frauen und nicht von Männern getragen und verweist damit implizit auch auf Geschlechterrollen.

Auch wenn das muslimische Kopftuch von vielen Frauen in Österreich getragen wird, steht es in der Medienberichterstattung oft für einen anderen Kulturkreis: Die meisten Musliminnen in Österreich haben einen Migrationshintergrund. Auf diese Weise wird das Kopftuch zu einer Sinnformel, welche sowohl für eine „andere“ Religion (den Islam), als auch für ein „anderes“ Geschlechterverhältnis („Unterdrückung der Frau“) und damit auch allgemein für „andere“ Werte und eine „andere“ Kultur stehen kann. Es ist zu vermuten, dass das muslimische Kopftuch aufgrund dieser vielschichtigen Symbolkraft häufig als visueller Marker in den die Debatte begleitenden Bildern zu finden ist.

Unter dem Oberbegriff Kultur werden hier auch historische Bezüge in den Blick genommen und aufgezeigt, auf welche Weise Bilder von der Türkei und von TürkInnen historisch-kulturell geformt sind. In den medialen und politischen Debatten über einen EU-Beitritt der Türkei dienen historische Referenzen oft dazu, die Gründe für die angenommene „Andersheit“ der Türkei und der TürkInnen in der Vergangenheit zu suchen. Die gleichzeitig beschriebene „Rückständigkeit“ der Türkei legitimiert dabei den Rückgriff auf die Geschichte. Ein Beispiel kann dies illustrieren: Anlässlich der gerade begonnenen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei schrieb *NEWS*-Chefredakteur Josef Votzi im Oktober 2005 in einem Leitartikel:

Die Türkei muss in den kommenden Verhandlungsjahren mehr denn je beweisen, dass beim Eintritt des ehemaligen Osmanenreichs in die Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft EU nicht über Nacht plötzlich Minister und Kommissare am EU-Tisch sitzen, die zuhause noch immer stillschweigend brutale „Ehrenmorde“ an Frauen, die sich bloß scheiden lassen wollen, und grausame Folter dulden. Das moderne Gesicht Istanbuls und die pulsierenden Städte rund um die Ferienclubs von Antalya und Izmir, die immer mehr Österreicher kennen und lieben gelernt haben, sind nur die Sonnenseite der Türkei. Im Hinterland herrscht noch finsternes Mittelalter. (Josef Votzi, Die EU ist noch nicht reif für 100 Millionen Türken, in: *NEWS* 40/05)

In diesem Text, der als Leitartikel in die Kategorie eines Kommentars, nicht eines Berichts fällt, kommen gleich mehrere Aspekte einer kulturellen Argumentationsweise zusammen. Sowohl der Gegensatz zwischen Stadt und Land, als auch der zwischen Moderne und Rückständigkeit und der zwischen Mann und Frau wird aufgestellt. Hinzu kommt eine historische Argumentationsstrategie. Die Türkei wird als „ehemaliges Osmanenreich“ bezeichnet und der „Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft EU“ gegenübergestellt. Durch den Gebrauch der Bezeichnung „Osmanenreich“ wird suggeriert, dass auch der moderne Staat Türkei noch von dieser Vergangenheit geprägt sei. Diese Argumentation zieht sich im gesamten Verlauf der Textstelle weiter: „noch immer“ werden Ehrenmorde und Folter geduldet, „es herrscht noch finsternes Mittelalter“. Die von österreichischen TouristInnen gerne besuchten Ferienorte an der türkischen Mittelmeerküste seien nicht repräsentativ für die gesamte Türkei, sondern lediglich deren „Sonnenseite“. Die Geschlechterverhältnisse in der Türkei werden als patriarchalisch und gewaltbeherrscht charakterisiert: „Minister und Kommissare“ dulden stillschweigend „brutale ‚Ehrenmorde‘ an Frauen“. Verstöße gegen die Menschenrechte und Verbrechen führt der Autor damit auf eine angenommene kulturelle Rückständigkeit der Türkei zurück, die der

Wertegemeinschaft Europa widerspreche. Den Titel des Artikels – „Die EU ist noch nicht reif für 100 Millionen Türken“ – dreht Votzi durch seine Argumentation sogar implizit um: Nicht allein der EU fehlt die Reife für die Aufnahme eines riesigen Landes wie der Türkei, sondern umgekehrt fehlt der Türkei die Reife für Europa. Auch in anderen Zusammenhängen findet sich dieses Motiv der Reife immer wieder in den Türkei-bezogenen österreichischen Debatten. Es paraphrasiert eine angenommene Rückständigkeit, die mal wirtschaftlichen und politischen, mal kulturellen Aspekten zugeschrieben wird. Auf einem der Höhepunkte der Debatte in Österreich – im Herbst und Winter 2006 – überschrieb die *Kleine Zeitung* ihre Artikel zum Thema regelmäßig mit der Kopfzeile: „Türkei reif für die EU?“.

Im Kontext eines möglichen EU-Beitritts der Türkei taucht in den hier untersuchten Medien *NEWS*, *Kronen Zeitung* und *Kleine Zeitung* der Topos der kulturellen Rückständigkeit des Landes deutlich häufiger auf, als es Hinweise auf die kulturelle Bedeutung des Landes und auf seine Kulturschätze gibt. Zwar werden die Kulturgüter der Türkei sowie ihre unberührten Naturlandschaften teilweise beschrieben und sind dabei – anders als der Topos der Rückständigkeit – eindeutig positiv konnotiert, doch meist in anderen thematischen Zusammenhängen als dem möglichen EU-Beitritt der Türkei, z.B. in der Reiseberichterstattung. Dabei dienen die Hinweise auf die kulturellen Besonderheiten und Reichtümer des Landes meist als Reiseempfehlungen für die Türkei als einem beliebten und lohnenden Urlaubsziel.

Die positive Darstellung der türkischen Kultur kann jedoch auch mit einer konkreten politischen Aussage verbunden sein. Dies zeigt etwa ein Bericht über den Bau des Ilisu-Staudamms, welchen die *Kronen Zeitung* im Oktober 2006 in ihrer wöchentlich erscheinenden Beilage *Krone Bunt* abdruckte. Unter der Überschrift „Dem Untergang geweiht?“ berichtet der Artikel über die Folgen, welche der Bau des Staudamms im Osten der Türkei für die Landschaft und ihre BewohnerInnen haben würde. Im Text heißt es unter anderem:

Doch der Widerstand gegen den Mega-Staudamm in einem der wichtigsten Täler der Menschheitsgeschichte – das berühmte Zweistromland gilt ja als Wiege der westlichen Zivilisation – wächst und wächst.
(Doris Vettermann, Dem Untergang geweiht?, in: *Kronen Zeitung/Krone Bunt*, 22.10.2006)

Die Türkei, welche im Kontext des EU-Beitritts oft Europa und dem Westen als unvereinbar „anders“ gegenübergestellt wird, erscheint hier als „Wiege der westlichen Zivilisation“. Die begleitenden Bilder zeigen Naturlandschaften und Familienszenen – wie noch im Folgenden zu zeigen sein wird, weicht damit auch die Bildsprache von derjenigen der Berichterstattung über die Beitrittsverhandlungen merklich ab. Wo ein EU-Beitritt der Türkei abgelehnt wird, tauchen verstärkt sprachliche aber auch visuelle Bilder von einer vermeintlich kulturell rückständigen Türkei auf, wo dagegen das Land als Reiseziel empfohlen wird oder eine konkrete politische Meinung intendiert ist (hier gegen eine österreichische Beteiligung an der Finanzierung des Staudamms), dominieren Bilder von den kulturellen Werten: Dieses Schema lässt sich immer wieder beobachten. Als Beispiel kann hier auch noch einmal auf das muslimische Kopftuch verwiesen werden, das mal als Symbol für religiöse und kulturelle Andersheit dient, in anderen Zusammenhängen als Zeichen der österreichischen Toleranz.

Bereits das weiter oben angeführte Textbeispiel aus *NEWS* deutet an, dass der argumentierte Gegensatz zwischen der Wertegemeinschaft Europa und der von Islam und Rückständigkeit geprägten Türkei auch mit innereuropäischen Fragen von Migration und Integration verbunden ist: Auch innerhalb Europas sind die sogenannten „Ehrenmorde“ in den vergangenen Jahren oft zum Thema der medialen Berichterstattung geworden. Die im Titel von Votzis Text angeführten „100 Millionen Türken“ erlauben ferner eine direkte Assoziation mit bei einem EU-Beitritt der Türkei möglicherweise bevorstehenden Einwanderungsströmen. Der ehemalige Leiter des Essener Zentrums für Türkeistudien, Faruk Şen, hat im Zusammenhang mit den öffentlichen Debatten über die Frage eines EU-Beitritts der Türkei darauf hingewiesen, dass die Türkei schon längst ein Teil Europas sei. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sei sie eng mit der Union verbunden, sondern auch durch die zahlreichen türkischen MigrantInnen und ihre Familien, die – oft seit mehreren Jahrzehnten - in EU-Mitgliedsstaaten leben.⁹⁸ Die Diskursverkettungen zwischen dem Thema Migration und Integration auf der einen Seite und dem Thema eines mögli-

⁹⁸ Faruk Şen, Die Türkei ist schon längst ein Teil Europas, in: Die Türkei in Europa. Der Bürger im Staat (3/2005), S. 142-143.

chen EU-Beitritts auf der anderen Seite, werden in Abschnitt III.2.2. eingehender analysiert.

III.2.1.a Abendland und Morgenland

Im Vorfeld der Europawahlen vom Juni 2009 plakatierte die rechtspopulistische FPÖ den Slogan: „Abendland in Christenhand.“⁹⁹ Bereits im Frühjahr des Jahres hatte die Partei dazu aufgerufen, eine Petition zu unterschreiben, die forderte: „Rettet Europa – Stoppt den EU-Beitritt der Türkei“.¹⁰⁰ Auf dem Flugblatt war eine Liste von Gründen abgedruckt, die aus Sicht der FPÖ gegen einen EU-Beitritt der Türkei sprächen. Als erster Grund wurde angeführt:

Wir sind gegen einen EU-Beitritt der Türkei weil...
...die Türkei kein Teil der christlich-abendländischen Kultur ist. 99 Prozent der Einwohner der Türkei sind Moslems und nur drei Prozent des Staatsgebietes der Türkei liegen in Europa, aber 97 Prozent in Asien.¹⁰¹

Auch im Umfeld politischer Veranstaltungen unterstrich FPÖ-Parteiboss Hans-Christian Strache symbolträchtig die angebliche Unvereinbarkeit von christlichem Abendland und muslimischen Morgenland. So trat er im Mai 2009 auf einer sogenannten „Anti-Moschee-Demo“ mit einem Kruzifix in der Hand auf.

Doch nicht erst die polarisierende und den angenommenen Gegensatz zwischen Abendland und Christenland politisch instrumentalisierende FPÖ-Politik des Jahres 2009 bediente sich dieser Dichotomie, wenn es um das Thema der EU-Mitgliedschaft der Türkei oder um türkische Migration nach Österreich ging. Bereits die hier untersuchten Mediendebatten der Jahre 2004 bis 2008 verweisen auf den historisch-kulturell argumentierten Gegensatz von Orient und Okzident.

⁹⁹ „Unser Kurs ist klar: Abendland in Christenhand“. Von der FPÖ plakatiertes Slogan im Vorfeld der Europawahlen 2009.

¹⁰⁰ Andreas Mölzer/Hans-Christian Strache, Petition an den Nationalrat: „Rettet Europa – Stoppt den EU-Beitritt der Türkei“, 10.03.2009, <http://www.stoppt-den-tuerkei-beitritt.at/images/stories/moelzer-tuerkei-petition-formular.pdf> (zuletzt abgerufen am 31.08.2009).

¹⁰¹ Ebd.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit westlichen Wahrnehmungen und Konstruktionen des Orients ist untrennbar mit Edward Saids 1978 erschienenem Buch „Orientalism“ verbunden.¹⁰² Auf Saids – ebenso einflussreiche wie viel kritisierte – Arbeit soll und kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.¹⁰³ Die Stoßrichtung seiner Studie, nämlich die im Westen bestehenden Bilder vom Orient mittels eines diskursanalytischen Ansatzes in ihrem Konstruktionscharakter zu begreifen, wurde im Projekt jedoch aufgenommen: Welche sprachlichen und visuellen Bilder von der Türkei und von den TürkInnen dominieren die Medienberichterstattung? Auf welche Weise wird dabei der Gegensatz zwischen Orient und Okzident diskursiv konstruiert?

In der Geschichte der türkisch-österreichischen bzw. der osmanisch-habsburgischen Beziehungen finden sich ganz unterschiedliche Ereignisse und Entwicklungen, die für aktuelle Debatten historische Anknüpfungspunkte bieten. Auch in der Gegenwart sind die Wahrnehmungen von der Türkei und den TürkInnen von einigen dieser historischen Ereignisse beeinflusst. So betonen Sylvia Kritzinger und Franz Steinbauer:

Im Unterschied zu anderen EU-Staaten sind diese verschiedenen in Zusammenhang mit der Türkei stehenden geschichtlichen Ereignisse in der österreichischen Gesellschaft sehr präsent.¹⁰⁴

Tatsächlich verlief die historische Entwicklung der türkisch-österreichischen Beziehungen keineswegs geradlinig. Phasen der Abgrenzung und der Annäherung wechselten einander auch nach den Türkenbelagerungen ab. Nachdem die unmittelbare Bedrohung durch die Türken nicht mehr gegeben war, verbesserten sich die habsburgisch-osmanischen Beziehungen. Das schlug sich auch in der Bildenden Kunst nieder. Neben negativ konnotierte „Türkenbilder“ traten positive Darstellungen. Kaiserin Maria Theresia ließ sich mit ihrer Tochter Maria Anna in türkischer Tracht abbilden, prachtvolle Darstellungen des Orients nahmen zu.¹⁰⁵ Auch dieses positive Bild von der Türkei als Teil des Orients ist dabei ein Fremdbild, eine Konstruktion

¹⁰² Edward Said, *Orientalism*, London 1978.

¹⁰³ Einen guten Überblick zur Debatte um Saids Orientalismus-Buch bieten – insbesondere auch im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei: Bischof/Oberhuber/Stögner, *Säkularisierung und geschlechtsspezifische Konstruktion*, 2008, S. 21-33.

¹⁰⁴ Kritzinger/Steinbauer, *Österreich und die Türkei*, 2005, S. 107.

¹⁰⁵ Tomenendal, *Das türkische Gesicht Wiens*, 2005, S. 48-50.

des „Anderen“, die „zwischen den Polen von Faszination und Feindbild“ liegen kann.¹⁰⁶

Trotz der lange währenden guten Beziehungen zwischen Habsburgerreich und Osmanischem Reich sowie der nach 1945 erfolgten Einbindung der Türkei in den ideologischen Westen, nimmt die Zeit der Türkenbelagerungen bis in die Gegenwart einen großen Platz in der historischen Erinnerungslandschaft Österreichs ein. Neben den Spuren, welche die Türkenkriege in der Kunstgeschichte und der Denkmallandschaft Österreichs hinterlassen haben, boten auch Jubiläumsfeierlichkeiten immer wieder die Gelegenheit, die Erinnerung an die Ereignisse vor Wien lebendig zu halten. Ins 20. Jahrhundert fielen zwei große Jubiläumsveranstaltungen, bei denen Österreich an die Befreiung von den Türken erinnerte. Das 250jährige Jubiläum wurde 1933 gefeiert, 50 Jahre später das 300jährige Jubiläum. Anhand solcher Jubiläumsfeierlichkeiten kann man erkennen, wie sich eine Gesellschaft gegenüber ihrer Vergangenheit verortet, wie sie diese Vergangenheit deutet und wie sie diese für politische Botschaften nutzt.

Die Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 1933 zeigten sich zweigesichtig. Auf der einen Seite war das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg-Regime daran interessiert, die guten diplomatischen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden.¹⁰⁷ Daher lud man neben deutschen, polnischen und ungarischen auch militärische Abordnungen aus der Türkei zu den Veranstaltungen nach Wien ein. Doch die Türkei beteiligte sich nicht am Festprogramm. Eine Idee des österreichischen Gesandten in der Türkei, Karl Buchberger, zielte ebenfalls darauf ab, die Türkei nicht zu verstimmen. Er schlug vor, in Wien einen Gedenkstein zu errichten, der an die türkischen Gefallenen von 1683 erinnern sollte. Doch das Projekt verlief im Sande.¹⁰⁸ Kennzeichnend für die austrofaschistischen Jubiläumsfeierlichkeiten war die Verknüpfung mit dem Katholikentag, der ebenfalls 1933 in Wien stattfand. Christliche Mission und Österreichs Rolle als „Bollwerk gegen den Osten“ flossen ineinander und entfernten sich

¹⁰⁶ Hans-Jürgen Lüsebrink, *Interkulturelle Kommunikation. Interaktion, Fremdwahrnehmung, Kulturtransfer*, Stuttgart u.a. 2005, S. 83.

¹⁰⁷ Tomenendal, *Das türkische Gesicht Wiens*, 2000. S. 154.

¹⁰⁸ Ebd. S. 154f.

inhaltlich von dem konkreten Bezug auf die türkische Belagerung Wiens.¹⁰⁹ Stattdessen beherrschte eine allgemeinere Vorstellung vom „Feind im Osten“ die Veranstaltungen. Thomas Angerer hat darauf hingewiesen, dass das österreichische Europabewusstsein in seiner historischen Entwicklung eng mit der Abgrenzung von der Türkei und vom Osten verbunden sei. Es habe sich die Vorstellung verfestigt, „Österreich bestehe nicht nur um seiner selbst willen, sondern erfülle auch allgemeinere, europäische Aufgaben“, konkret habe dies bedeutet, „Österreich schütze Europa vor den fremdgläubigen Osmanen“.¹¹⁰

Auch 1983 fielen Jubiläumsfeierlichkeiten und Katholikentag in dasselbe Jahr – wie auch schon 1933 verbunden mit einem Besuch des Papstes in Österreich.¹¹¹ Anders als fünfzig Jahre zuvor beteiligte sich die Türkei aber am Veranstaltungsprogramm. Der scheidende türkische Botschafter Eçmel Barutçu hatte eine Janitscharenkapelle zur Eröffnung der Feierlichkeiten eingeladen. Auch türkische WissenschaftlerInnen nahmen an den Symposien teil, die im Jubiläumsjahr stattfanden.¹¹² Doch auch ausländischerInnenfeindliche Gruppen nutzten das Jubiläum für ihre Zwecke. 1983 kursierten in Wien Aufkleber, auf denen die Parole „Ausländer raus 1683 – 1983“ zu lesen war.¹¹³

Neben den Türkenbelagerungen stellen auch die mittelalterlichen Kreuzzüge zur „Befreiung“ Jerusalems eine historische Referenz in der aktuellen Debatte dar. Angesichts der österreichischen Rolle bei den Luxemburger Verhandlungen fragte etwa Hubert Wachter im Nachrichtenmagazin *NEWS* nach den möglichen Gründen für die Politik des Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel (ÖVP). So wirft er im Artikel die Frage auf, ob dieser sich „als der „letzte Kreuzritter“ für ein christliches Europa gegen das Krummschwert ins Zeug werfen“ wolle (Hubert Wachter, Allein gegen die Türkei, in: *NEWS* 40/5). Das „Krummschwert“, welches hier für die Türkei steht, wird hier dem „christlichen Europa“ entgegengesetzt. Das „Krummschwert“ ist in

¹⁰⁹ Mitterauer, Politischer Katholizismus, 1982, S. 117.

¹¹⁰ Thomas Angerer, „Österreich ist Europa“. Identifikationen mit Europa seit dem 18. Jahrhundert, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 1 (1/2001), S. 55-72 (S. 58).

¹¹¹ Mitterauer, Politischer Katholizismus, 1982, S. 111.

¹¹² Tomenendal, Das türkische Gesicht Wiens, 2000, S. 156f.

¹¹³ Ebd. S. 118.

zeitgenössischen Darstellungen der Türkenbelagerungen eines der meist gebrauchten Attribute, mit welchen die Kämpfer der osmanischen Truppen dargestellt werden. Aufgrund der Verbreitung solcher Darstellungen – im öffentlichen Raum, aber auch in Schulbüchern – kann Wachter davon ausgehen, dass diese Assoziation bei den LeserInnen hergestellt wird.

Der Gegensatz von Orient und Okzident wird im medialen Diskurs jedoch nicht ausschließlich an vergangenen historischen Ereignissen festgemacht. Die kulturelle Andersheit der Türkei und der TürkInnen wird häufig auf der Ebene der Alltagskultur und der Mentalität verhandelt. Die Konstruktion von Fremdheit betrifft dabei „vor allem das Geschlechterverhältnis, Einstellungen zu Korruption und Loyalität, Lebensstilen und Gewohnheiten.“¹¹⁴ Ein Beispiel aus der Berichterstattung vom Dezember 2006 kann dies veranschaulichen: Angesichts der von Seiten der EU angekündigten Verhandlungspause einzelner Beitrittskapitel brachte die türkische Regierung einen Kompromissvorschlag in der Zypernfrage ein. Dieser besagte, dass ein Flughafen sowie ein Seehafen für zypriotische Flugzeuge bzw. Schiffe geöffnet werden sollte. Als diese Kursänderung am 8. Dezember in den österreichischen Zeitungen gemeldet wurde, setzte sowohl die *Kronen Zeitung* als auch die *Kleine Zeitung* auf den Vergleich mit einem Basar. In dem Artikel der *Kronen Zeitung* hieß es unter der Überschrift „Türkei und EU feilschen wie in einem Basar“:

Türkei und EU: Da haben sich zwei Spezialisten getroffen, die Politik mit Basar verwechseln! Praktisch in letzter Minute vor EU-Sanktionen gegen die Türkei hat die Regierung in Ankara die EU mit einem Kompromissangebot überrumpelt und verblüfft.

(Kurt Seinitz, Türkei und EU feilschen wie in einem Basar, in: *Kronen Zeitung*, 8.12.2006)

Der Artikel der *Kleinen Zeitung* baute das Bild noch weiter aus:

Die Türkei verwechselt Europa mit einem Basar: Um die EU wieder gütig zu stimmen, will Ankara einen Flug- und Seehafen für Zypern öffnen. [...]

Dass die Mini-Öffnung nicht einer Umsetzung des Ankara-Protokolls, also der offiziellen Anerkennung Zyperns durch die Türkei, gleichkommt, steht völlig außer Streit. In alter Basar-Tradition erhoffen sich die Türken aber im Gegenzug ein Entgegenkommen der EU bei der angedrohten Teilsuspendierung der Verhandlungen.

(Michael Jungwirth, Türkei verwirrt die EU, in: *Kleine Zeitung*, 8.12.2006)

¹¹⁴ Madeker, Türkei und europäische Identität, 2008, S. 143.

Beide Artikel bemühen die Metapher des orientalischen Basars, auf dem gehandelt und gefeilscht wird. Dabei wird impliziert, dass der Basar nicht nur für eine Art des in der Türkei üblichen Handels steht, sondern auch ein Teil der türkischen Mentalität sei, die außerdem seit jeher bestehe: In „alter Basar-Tradition“ brachte die türkische Seite ihr „Entgegenkommen“ ein. Im Artikel der *Kronen Zeitung* wird außerdem vermittelt, dass diese Art des Handelns mit Tricks und Tücke zu tun habe: Die Regierung habe die EU mit ihrem Kompromissangebot „überrumpelt und verblüfft“. Hinzu kommt, dass das Bild des Basars im Artikel der *Kronen Zeitung* nicht allein auf die Türkei bezogen wird, sondern auch auf die EU. Beide verwechselten Europa mit einem „Basar“. Der Vergleich überträgt das – eindeutig negativ konnotierte Bild des orientalischen Basars – von der Türkei auch auf die EU, wodurch auch diese negativ dargestellt wird. Dieser Zusammenhang wird durch den ironisch gebrauchten Begriff „Spezialisten“ sowie das Ausrufezeichen am Ende des Satzes noch unterstrichen: „Türkei und EU: Da haben sich zwei Spezialisten getroffen, die Politik mit Basar verwechseln!“

Die Metapher vom orientalischen Basar erhält ihre negative Konnotation teilweise auch aus der Berichterstattung über Türcinnen und Türcen. Durch Überschriften wie beispielsweise „Türke als Betrüger. Teppiche viel zu teuer an Frau verkauft“ (*Kronen Zeitung*, 5.06.2004) wird das Stereotyp des feilschenden und betrügerischen orientalischen Teppichhändlers gepflegt.

Der Gegensatz zwischen Abendland und Morgenland spielt vor allem in der Medienberichterstattung vom Herbst 2006 eine herausragende Rolle. Damals besuchte der Papst die Türkei, etwa zur gleichen Zeit wurden die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wegen der Zypernfrage erschwert. Das Thema Religion nimmt großen Raum in der Berichterstattung ein und dem Verhältnis von Christentum und Islam wird viel Platz eingeräumt. Eine reich bebilderte Reportage über den Papstbesuch in Istanbul überschreibt das Magazin *NEWS* mit dem Titel „Benedikts Kreuzzug“ (in: *NEWS* 48/2006). Papst Benedikt XVI. und Patriarch Bartholomäus I. werden als Freunde dargestellt: „Seine Heiligkeit trifft seine Heiligkeit“ (ebd.), der Papst wird vom Patriarchen „in brüderlicher Liebe empfangen“

(ebd.). Demgegenüber wird die restriktive Politik der Türkei gegenüber den dort lebenden ChristInnen betont. So überschreibt Kurt Seinitz in der *Kronen Zeitung* einen Artikel mit dem Titel: „Christen in der Türkei sind nur Bürger zweiter Klasse“ (in: *Kronen Zeitung*, 25.11.2006). In der Berichterstattung über die Situation der ChristInnen in der Türkei werden immer wieder historische Referenzen bemüht. In *NEWS* heißt es:

Das große Schisma von 1054 ist ebenso Geschichte wie die blutige Zerstörung der Kirche von Konstantinopel durch die katholischen Kreuzfahrer im Jahr 1204.

(Benedikts Kreuzzug, in: *NEWS* 48/2006)

Hier wird auf die Zeit der Kreuzzüge verwiesen und auf das Schisma von 1054, den Bruch zwischen der Westkirche und der östlichen Orthodoxie. Diese Trennung sei aber vorbei, sei „Geschichte“. Zwar werden im Text die „katholischen Kreuzfahrer“ angesprochen, welche die „Kirche von Konstantinopel“ zerstörten – und nicht etwa auf die Kreuzzüge zur Befreiung Jerusalems von den MuslimenInnen verwiesen – dennoch scheint der Titel des Textes „Benedikts Kreuzzug“ eher auf letzteren Vergleich anzuspielen. Benedikt steht eben nicht in der Tradition des Kirchenbannes, sondern eher – so ist zumindest die erste Assoziation beim Lesen des Titels – in derjenigen der christlichen Kreuzzüge gegen den Islam. So heißt es in einer begleitenden Bildunterschrift: „Papst und Patriarch, vereint in der Kirche in Konstantinopel – das ist bewusst gesetzte Provokation.“ (ebd.).

Wie in der Berichterstattung über den Ilisu-Staudamm wird auch im Zusammenhang mit dem Papstbesuch in Istanbul die Türkei als Ort historisch und kulturell wichtiger Stätten dargestellt. Auch hier ist dies aber eindeutig mit einer bestimmten politischen Wertung verbunden. In der *Kleinen Zeitung* vom 26. November heißt es etwa:

Wenn Benedikt XVI. ab Dienstag die Türkei besucht, dann betritt er ein Land mit reichen frühchristlichen Wurzeln.

[...]

Von der großartigen christlichen Historie ist außer archäologischen Stätten nicht viel geblieben. [...] Dafür verantwortlich: Die Politik in Ankara, die Kirchen in allen juristischen Belangen, vor allem in Fragen der Priesterausbildung, der Kirchenbauten und der Rechtssicherheit, benachteiligt.

(Wolfgang Sotill, Heiliges Land Türkei, in: *Kleine Zeitung*, 26.11.2006)

Auch die *Kronen Zeitung* fällt eine ähnliche Diagnose: „Das Ende einer Urkirche der Christenheit zeichnet sich ab.“ (Seinitz, Christen in der Türkei, 25.11.2006). In dieser Argumentation wird nicht mittels des Topos der Rückständigkeit die kulturelle und religiöse Andersheit der Türkei und der TürklInnen begründet, sondern stattdessen die Türkei als wichtiger Ort der „Frühkirche“ bezeichnet, deren historische Stätten und deren christliche Bevölkerung aber von der „Politik in Ankara“ benachteiligt werden. So entsteht ein negatives Bild des türkischen Staates bzw. seiner Regierung, welche die eigenen kulturellen Schätze verkenne und vernachlässige.

Nicht immer ist die religiös-kulturelle Argumentationsweise so vorherrschend wie im Zusammenhang mit der Papstreise in die Türkei. Es ist sogar ein besonderes Merkmal der medialen Debatte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei, dass kulturelle und religiöse Gründe eher verdeckt angeführt werden. Auch für die parallel in Österreich stattfindenden politischen Debatten trifft dies in weiten Teilen zu. In ihrer Bestandsaufnahme zum Thema halten Sylvia Kritzinger und Franz Steinbauer fest:

Als interessant erweist sich, dass sich die Parteien selbst bescheinigen, ausschließlich aus rationalen, wirtschaftlichen und politischen Gründen gegen einen EU-Beitritt der Türkei zu argumentieren. Mit Ausnahme der FPÖ weisen die übrigen politischen Kräfte jede emotionale Ablehnung, die auf ethnischen und religiösen Gründen beruhen könnte, strikt von sich. Die Ablehnung aus rein rationalen Gründen wird allerdings nicht immer konsequent durchgehalten (s. z.B. den Verweis auf andersartige Sitten oder aber die Trennung von Staat und Religion), weshalb der Verdacht aufkommt, dass sich hinter diesen Argumenten historisch begründete, ethnische und religiöse Konflikte verstecken.¹¹⁵

Im österreichischen Printmediendiskurs sind es vor allem die Bilder, welche in visueller Form historische und kulturelle Argumente in die Berichterstattung einbringen, auch wenn solche Argumentationsmuster in den eigentlichen Berichten nur schwach vertreten sind. Als eines der auffälligsten Beispiele können hier etwa die Fotos von Moscheen, Minaretten oder Frauen mit Kopftuch genannt werden, welche zur Illustration der Berichterstattung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei verwendet werden. Ein Beispiel kann veranschaulichen, auf welche Weise Bilder die Themen Kultur und Religion in die Debatte einbringen können, selbst wenn diese im Text kaum angesprochen werden:

¹¹⁵ Kritzinger/Steinbauer, Österreich und die Türkei, 2005, S. 116.

Zwei Tage nach dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei berichtete die *Kleine Zeitung* über die Reaktionen in beiden Ländern und widmete dem Thema mehrere Seiten (die folgenden Angaben beziehen sich auf die Ausgabe vom 5.10.05): Auf einer Doppelseite wurde der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei behandelt, die folgende Doppelseite beschäftigte sich mit den kroatischen Reaktionen auf den Verhandlungsbeginn. Während der Bericht über den türkischen Fall eine sehr sachliche Wiedergabe der türkischen Reaktionen auf den Verhandlungsbeginn darstellt und das Thema Religion nur kurz streift – durch den Verweis auf das Christentum in der Türkei – ist es in der begleitenden Bildsprache viel präsenter: Ein großer Teil der rechten Seite zeigt eine Fotografie, auf der im Vordergrund eine große Moschee zu sehen ist. Im rechten Bildhintergrund ist eine zweite Moschee zu erkennen. Die Gebäude und die sie umgebende Stadtszenerie sind sehr dunkel, nur Umrisse sind zu erkennen. Der über die Hälfte des Bildes einnehmende Himmel ist in Orange getaucht. Der begleitende Bild-Text lautet: „Morgendämmerung über Istanbul: Die Verhandlungen mit der EU haben nach langem Tauziehen gestern begonnen.“ In den linken Teil des Bildes sind Kurzinformationen zu den EU-Verhandlungen geschrieben: Darin finden sich kurze Angaben zu Verhandlungsziel, Beitrittsbedingungen und Fristen. Unter dem Bild findet sich unter der Überschrift „Der lange Weg der Türkei in die EU“ eine tabellarische Gegenüberstellung von „Erledigt“ und „Unerledigt“. Hier sind Punkte wie die Abschaffung der Todesstrafe („Erledigt“) oder der Bürokratieabbau („Unerledigt“) aufgelistet. Wie in dem Artikel Susanne Güstens nimmt die Religion in diesen Auflistungen nur eine marginale Rolle ein. Als sechster von sieben Punkten heißt es unter „Erledigt“: „Religions- und Meinungsfreiheit. Bürokratische Einschränkungen für Nicht-Muslime und Hindernisse für freie Meinungsäußerung gelockert.“ Das begleitende Bild verweist aber ausschließlich auf das Thema Religion und Kultur, indem es eine Moschee als Symbol für den Islam zeigt und zudem auf den Gegensatz von Abendland und Morgenland verweist. Es ist aber gerade dieses großformatige Bild, das – abgedruckt auf der rechten Seite und daher in der Blickrichtung – zunächst die Aufmerksamkeit der LeserInnen auf sich zieht. Es wird hier als Icon für die Türkei eingesetzt, die, so die Aussage der Bildsprache, auf ihre Religion reduziert wird. Während der begleitende Bericht sowie die nebenstehenden Tabellen sehr sachlich

sind, erlaubt das Bild die direkte assoziative Verbindung von Türkei und Islam. Durch diese klare Bildsprache wird die Türkei als etwas Nicht-Europäisches dargestellt, eine Botschaft, die auch durch einen in der linken Spalte der Seite abgedruckten Kommentar Ernst Heinrichs unterstützt wird. Dort heißt es, wie bereits zitiert: „Wir wollen euch nicht in der EU, weil euer Land zu groß, zu rückständig, zu uneuropäisch ist.“ Das die Seite dominierende Bild der ins Morgenlicht getauchten Moschee erfüllt ebenfalls eher die Funktion eines Kommentars als die einer visuellen Dokumentation. Blättern die LeserInnen eine Seite weiter, finden sie einen Artikel des Korrespondenten Alexander Orssich. Er ist mit dem kurzen Titel „Danke, Österreich!“ überschrieben. Diese Überschrift ist in ein Bild gedruckt, das den lächelnden kroatischen Regierungschef Ivo Sanader vor der Europafahne zeigt. Genau in die Mitte des goldenen Sternenkranzes sind die Titelworte gedruckt. Die Bildunterschrift heißt: „Er strahlt über das ganze Gesicht: Kroatiens Regierungschef Ivo Sanader, der es geschafft hat. Seit gestern verhandelt die EU auch mit Kroatien.“



Visualisierung des „Orients“. Quelle: Kronen Zeitung, 11.12.2006.

III.2.1.b Visuelle Darstellungen von Männern und Frauen

Die Zeitungsberichte, welche sich mit der Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei beschäftigen, sind häufig mit Abbildungen politischer EntscheidungsträgerInnen illustriert. Die Bilder zeigen etwa die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik, den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan sowie deren KollegInnen aus anderen EU-Ländern. Im Bildhintergrund sind meist politische MitarbeiterInnen, außerdem JournalistInnen und Konferenzsäle zu sehen. Hinsichtlich dieser Bildsprache unterscheidet sich die Berichterstattung über die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht von der über andere Themen der internationalen Politik. Auch solche Illustrationen, welche die türkische und die europäische Fahne abbilden, bedienen sich einer etablierten Visualisierungsstrategie der politischen Berichterstattung: der Abbildung von Flaggen. In einem Punkt aber weicht die Bildsprache, welche im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verwendet wird, von der über andere Themen der europäischen Politik ab: Sie setzt immer wieder auf Attribute, welche auf die religiöse und kulturelle „Andersheit“ der Türkei verweisen. Dazu gehören etwa, wie bereits im vorausgegangenen Absatz exemplarisch gezeigt, die Bilder von Moscheen und Minaretten.

In einem Punkt wird der angenommene kulturelle Gegensatz zwischen Türkei und Europa besonders deutlich visualisiert: in der Darstellung von Männern und Frauen. Wie auch bei den Abbildungen von Moscheen und Minaretten sind es oft erst die Darstellungen, die auf die Themen Geschlechterverhältnis und Geschlechterrollen verweisen. In den Berichten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei kommt das Thema Geschlechterverhältnis zwar immer wieder vor – so wie an dem Textbeispiel „Die EU ist noch nicht reif für 100 Millionen Türken“ aufgezeigt – doch meist ist es nicht der zentrale Punkt des Interesses. Wenn die Texte aber mit Abbildungen versehen werden, die das als „anders“ und fremd erlebte Geschlechterverhältnis in der Türkei darstellen, so fungieren diese Bilder als visuelle Verlinkung zu einem anderen Diskurs. Darin geht es um die Frage, ob das Geschlechterverhältnis in der Türkei – das häufig zum Stereotyp des patriarchalischen „islamischen“ Geschlechter-

verhältnisses gerinnt – mit dem europäischen Geschlechterverhältnis kompatibel sei. Wenn das Verhältnis der Türkei zu Europa verhandelt wird, verflechten sich häufig die Diskurse über Religion und Kultur mit denen über Geschlechterfragen.¹¹⁶

Fotos suggerieren, dokumentarisch zu sein und daher einen realistischen Eindruck wiederzugeben. Doch auch Fotos kommen nicht ohne Inszenierung aus und können durch Ausschnitt und Perspektive eine bestimmte gewünschte Aussage vermitteln. In den Katalogen der großen Bildagenturen finden sich zahlreiche *stock photos*, die auf Lager vorproduziert werden, und türkische Frauen mit Kopftuch oder Menschenmassen, welche die türkische Fahne schwenken, zur medialen Weiterverbreitung anbieten. Unmittelbarer als Texte können Bilder Klischees und Stereotype transportieren und dabei oft stärker emotionalisieren als diese.

Ein Beispiel von Anfang Oktober 2005 kann verdeutlichen, wie über die Auswahl der Bilder der Themenkomplex Geschlecht visuell in die Berichterstattung eingebracht wird. In der Ausgabe der *Kleinen Zeitung* vom 3. Oktober wird über die gerade aktuelle Frage des Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei berichtet. Dabei steht der diplomatische „Nervenkrieg“ in Brüssel im Mittelpunkt der Artikel. Das begleitende Bild thematisiert aber nicht die Ebene der EU-Politik, sondern die Frage des Geschlechterverhältnisses sowie familiärer und gesellschaftlicher Strukturen in der Türkei. Es zeigt ein türkisches Paar mit einem Kinderwagen, die Frau trägt einen langen Mantel und Kopftuch. Die Familie geht an einer leicht bekleideten Schaufensterpuppe vorbei, die ein knappes schwarzes Kleid trägt. Die dazugehörige Bildunterschrift lautet: „Verhandlungs-Hick-Hack: Für viele Türken hat die EU an Reiz verloren“. Das Bild setzt dabei auf eine klare Symbolsprache und erhält durch das in der Bildunterschrift verwendete Wort „Reiz“ seine Interpretation: Der Typ der westlich-aufgeklärten Frau (verkörpert durch die „aufreizend“ gekleidete Schaufensterpuppe), habe für „viele Türken“ (verkörpert durch die abgebildete Familie) „an Reiz verloren“. Während es in dem begleitenden Text um die ver-

¹¹⁶ Vgl. als Einführung in dieses Thema auch den Überblicksaufsatz von Sieglinde Rosenberger und Birgit Bauer, der sich allerdings nicht speziell auf das Thema Türkei bezieht, sondern allgemein auf den Islam in Europa: Sieglinde Rosenberger/Birgit Bauer, Islam im öffentlichen Raum. Debatten und Regulationen in Europa. Eine Einführung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4/2008, S. 387-399.

härteten Fronten in der aktuellen Beitrittsfrage geht und die wachsende EU-Skepsis in der türkischen Bevölkerung thematisiert wird, vereinfacht das begleitende Bild den komplexen Themenzusammenhang auf die Frage des als grundsätzlich verschieden angenommenen Geschlechterverhältnisses. Bedenkt man, dass parallel zur Berichterstattung über die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei auch Berichte über Zwangsehen und sogenannte „Ehrenmorde“ in den Medien präsent sind, kommt etwas weiteres hinzu: Der Diskurs über Geschlechterrollen in der islamisch geprägten türkischen Gesellschaft verbindet die Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei zudem mit jenen über türkische MigrantInnen in Österreich. Es ist wichtig, die Medienberichte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei und die visuellen Strategien, mit denen das Thema illustriert wird, in diesen weiteren Kontext zu setzen. Die Berichte über und Darstellungen von türkischen MigrantInnen in Österreich ebenso wie jene über die Türkei, ihr politisches System und ihre BewohnerInnen wirken auf den EU-Diskurs zurück. Die verwendete Bildsprache variiert bei diesen unterschiedlichen Themen kaum. Dementsprechend fällt auf, dass der EU-Beitritt der Türkei häufig nicht auf der Ebene von Staaten und Organisationen diskutiert wird, sondern auf der von Menschen: Nicht von der „Türkei“ als Beitrittskandidat ist in den meisten Fällen die Rede, sondern es geht immer wieder um „die Türken“. Mit dieser verallgemeinernden und häufig abfällig klingenden Bezeichnung werden sowohl die BewohnerInnen der Türkei, als auch türkische MigrantInnen in Österreich wie auch deren Nachfahren zusammengefasst. Die vereinfachende Bezeichnungspraxis findet ihre Entsprechung in den undifferenzierten visuellen Darstellungen: Sie zeigen Frauen mit Kopftuch, Schnauzbärte und immer wieder die erhobene türkische Fahne.

Wie im späteren Kapitel über die Verflechtung des EU-Beitrittsdiskurses mit dem Migrations- und Integrationsdiskurs noch genauer gezeigt werden kann (III.2.2), ist diese Konzentration auf die Themen Kultur, Religion und Geschlecht im Zusammenhang mit der Türkei ein Kennzeichen der jüngeren Debatten. Diese den heutigen Diskurs über Einwanderung – und damit mittelbar auch den über einen EU-Beitritt der Türkei - dominierenden Themen tauchten zwar bereits im Zusammenhang mit der frühen „Gastarbeiter“-Anwerbung der 1960er und 1970er Jahre auf,

hatten jedoch eine deutlich geringere Bedeutung. Schon damals setzte sich eine stereotype Sicht durch, welche die türkischen „Gastarbeiter“ als ungelernete, männliche Arbeitskraft aus dem ländlichen Raum wahrnahm und sie damit dem österreichischen Selbstbild gegenüberstellte. Doch essentialisierende Betrachtungsweisen, nach der die empfundene „Andersartigkeit“ der türkischen ZuwandererInnen einer „anderen“ Identität zugeschrieben wurde, kennzeichneten erst die späteren Debatten (wie in III.2.2. zu zeigen sein wird). Gerade die Abgrenzung des Geschlechterverhältnisses in der europäischen von dem in der türkischen Gesellschaft dient dazu, die europäische Identität ex negativo zu definieren. Ähnlich wirken auch die Abbildungen türkischer Frauen, die häufig mit Kopftuch gezeigt werden. Dieses fungiert als visueller Marker von Differenz. Insbesondere für türkische Migrantinnen gilt, was die Grünenpolitikerin Alev Korun über die vorherrschende Sicht auf Migrantinnen in Österreich festgehalten hat:

Man tut so, als wären Migrantinnen eine einheitliche Gruppe – meistens von unterdrückten, uneigenständigen, abhängigen Opfern, denen im besten Fall geholfen werden kann bzw. muss, die aber keine eigenen Handlungsstrategien haben. Die Vielfalt der sprachlichen, kulturellen und religiösen, sozio-ökonomischen Herkunft wird dadurch verschleiert und unsichtbar gemacht.¹¹⁷

Paul Scheiblhofer hat auf die Darstellungen des vermeintlich typischen „türkisch-muslimischen“ Mannes hingewiesen, die dazu dienen, die eigene Wir-Gruppe durch die konträren Eigenschaften der anderen Gruppe zu definieren. Am Beispiel neuerer Buchveröffentlichungen¹¹⁸ erläutert er die verbreiteten Stereotype vom „türkisch-muslimischen Mann“:

Ähnlich wie in verwandten Debatten rund um Moscheebauten, das Kopftuch oder Zwangsehen evoziert der dominante Diskurs über den „türkisch-muslimischen Mann“ Bilder eines monolithischen, bedrohlichen Islam und kann damit als Ausdruck neuer Formen von Selbst- und Fremdbeschreibungen [...] erkannt werden.¹¹⁹

In der Berichterstattung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei finden diese stereotypen Bilder häufig ihre visuelle Entsprechung in Abbildungen von wütenden,

¹¹⁷ Alev Korun, Frauen in der Migration, in: Gastarbeiteri. 40 Jahre Arbeitsmigration, hrsg. v. Hakan Gürses, Cornelia Kogoj und Sylvia Mattl, Wien 2004, S. 69-76 (S. 69).

¹¹⁸ Er bezieht sich hier etwa auf Necla Keleks „Die verlorenen Söhne“ (2006).

¹¹⁹ Paul Scheibelhofer, Die Lokalisierung des Globalen Patriarchen: Zur diskursiven Produktion des „türkisch-muslimischen Mannes“ in Deutschland, in: Lydia Potts/Jan Kühnemund (Hrsg.) Mann wird man. Geschlechtliche Identitäten im Spannungsfeld von Migration und Islam. Bielefeld, 2008, S. 39-52 (S. 48).

demonstrierenden türkischen Männern.

Wie bei den visuellen Darstellungen des „türkisch-muslimischen Mannes“ verschwimmen auch bei den Abbildungen von Frauen die Grenzen zwischen „Türkei“ und „Islam“. Güneş Koç hat darauf hingewiesen, dass vor allem bei den Darstellungen türkischer Frauen, die meist durch das Attribut muslimisches Kopftuch gekennzeichnet werden, oft gar nicht auf dem Bild zu erkennen ist, ob es sich tatsächlich um Türcinnen handelt. Da die meisten muslimischen Frauen in Österreich aber aus der Türkei kommen, werden diese Bilder nahezu selbstverständlich als Illustrationen von Türkei-bezogenen Themen eingesetzt.¹²⁰

Auch bei den visuellen Darstellungen von Männern und Frauen ist ein Blick auf die Ausnahmen, die Abweichungen von den dominierenden Darstellungsweisen, aufschlussreich: Wenn Bilder abgedruckt werden, die keine der üblichen, vermeintlich türkischen Attribute aufweisen und daher auch Bilder von WesteuropäerInnen sein könnten, dann betonen die Bildunterschriften oft, dass diese Personen nicht für die türkische Gesellschaft repräsentativ seien. Das gilt etwa für die Abbildungen türkischer Intellektueller. Am 13. Oktober 2006 druckte die *Kronen Zeitung* auf ihrer Titelseite unter der Überschrift „Stolperstein für den Türkei-Beitritt?“ ein Foto von Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk. Das Bild zeigte einen freundlich lächelnden Pamuk vor rotem Hintergrund. Attribute, die ihn als Türke erkennbar machten, gab es auf dem Bild nicht. In der Bildunterschrift hieß es kommentierend:

Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk (54) ist nicht nur ein hervorragender Schriftsteller, sondern in seiner türkischen Heimat als „Staatsfeind“ verschrien, weil er das Kurdenproblem und den Völkermord an den Armeniern thematisiert.

Ein ähnlicher Gegensatz wird anhand der türkischen Archäologin Muazzez Ilmiye Cig konstruiert. Am 20. Oktober 2006 druckte die *Kronen Zeitung* ein Bild von der älteren Dame – nichts ließ die türkische Herkunft der Wissenschaftlerin erkennbar werden. Dazu lautete die Bildunterschrift:

¹²⁰ Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Güneş Koç, *Turks in Austria and Germany: Stereotypes and Xenophobia*, in: *Turks in Europe. Culture, Identity, Integration*, hrsg. v. Talip Küçükcan und Veyis Güngör, S. 103-128.

Die 92-jährige, renommierte türkische Archäologin Muazzez Ilmiye Cig soll – wenn es nach radikal islamischen Kreisen geht – wegen Verunglimpfung der Religion für drei Jahre ins Gefängnis gesteckt werden.

Wenn jedoch das vermeintlich „Normale“ als Ausnahme dargestellt wird, unterstützt dies die Argumentation, dass die Türkei und „die Türken“ – bis auf die wenigen Ausnahmen – „anders“ sei. Die verwendete, ins Umgangssprachliche gehende Sprache („verschrien“, „ins Gefängnis gesteckt“) unterstützt den plakativen Gegensatz noch.

Die hier beschriebene Text-Bild-Interdependenz findet Analogie in vielen Berichten über die Türkei. Zwei Argumentationsmuster entstehen auf diese Weise: Entweder wird die türkische Gesellschaft als nahezu monolithischer Block charakterisiert, indem jeder, der eine kritische Perspektive einnimmt, verfolgt werde, oder sie wird als hochgradig heterogene Gesellschaft beschrieben, deren interne Gegensätze eine „Zerreißprobe“ für die Zukunft des Landes – und im Falle einer EU-Mitgliedschaft – auch für Europa darstellten. Diese Argumentation wird mit Bildern illustriert, die Kontraste zeigen. So ist der Artikel „Türkei vor Zerreißprobe“ mit einem Bild illustriert, das die türkische Armee zeigt (Männer) und darunter protestierende und das Kopftuch tragende Frauen. Die Soldaten marschieren nach links, die Frauen demonstrieren nach rechts – so wird der Gegensatz durch die Bilddramaturgie und den Aufbau der Seite noch unterstrichen.

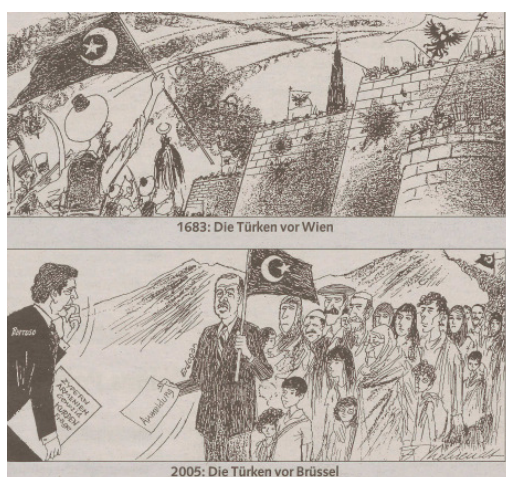


Die Türkei vor einer „Zerreißprobe“. Quelle: NEWS 31/2008.

In anderen Artikeln findet man etwa die Armee vor einer Moschee abgebildet. Auf diese Weise sollen offensichtlich die angenommenen Unvereinbarkeiten von (säkularer) Nationalismus und der muslimischen Religion ausgedrückt werden (vgl. hierzu auch III.2.3). Andere Bilder zeigen verschleierte Frauen vor einem urbanen Umfeld, wodurch auch das Motiv der Rückständigkeit eingeführt wird.

III.2.2. Migration und Integration

Die Ablehnung eines möglichen EU-Beitritts der Türkei ist in Österreich nicht nur prozentual sehr hoch, sondern in der öffentlichen Debatte zudem auch sehr emotional aufgeladen. Bedrohungsszenarien und Überfremdungsängste bestimmen die Auseinandersetzung mit dem Thema. Die türkische Migration nach Österreich, welche mit den GastarbeiterInnen der 1960er Jahre begann, steht damit in einem inneren Zusammenhang. Die Angst vor der fremden Kultur und vor weiterer Zuwanderung, sowie die Sorge, diese könne den eigenen Arbeitsplatz auf Dauer gefährden, wirken auf die EU-Beitrittsdebatte ein.¹²¹ Auch andere Türkei-bezogene Themenfelder spielen in diese Debatte hinein: die Bedeutung des (politischen) Islam, Asyl- und Ausländergesetzgebung, Geschlechterrollen in der islamisch geprägten Gesellschaft und andere.



„1683: Die Türken vor Wien – 2005: Die Türken vor Brüssel.“ Quelle: Kronen Zeitung, 16.11.2005.

¹²¹ Kritzinger/Steinbauer, Österreich und die Türkei, 2005, S. 111-113.

Am 16. Oktober 2005, kurz nachdem die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei offiziell begonnen hatten, veröffentlichte die *Kronen Zeitung* eine Karikatur mit dem Untertitel: „1683: Die Türken vor Wien - 2005: Die Türken vor Brüssel.“ (*Kronen Zeitung*, 16.10.2005). Sie stammte von dem 2008 verstorbenen, bekannten deutsch-niederländischen Karikaturisten Fritz Behrendt, der international für zahlreiche Zeitungen arbeitete. Die Zeichnung zieht einen Vergleich zwischen der Wiener Türkenbelagerung im 17. Jahrhundert und den aktuellen Bemühungen der Türkei, in die Europäische Union aufgenommen zu werden.

Die eine Hälfte des Bildes zeigt die Wiener Türkenbelagerung des Jahres 1683. Umkämpfte Stadtmauern, Geschütze, Säbel und Flammen kennzeichnen die Szenerie, im Hintergrund ist der Wiener Stephansdom zu sehen. Die angreifenden osmanischen Truppen halten die Fahne mit Halbmond und Stern empor, von der Stadtmauer aus wird ihnen die Flagge mit dem österreichischen Wappen entgegengehalten. Die andere Hälfte der Karikatur verweist auf das Jahr 2005. Der türkische Ministerpräsident Erdogan führt eine bis zum Horizont reichende Menschenkette an, die dem EU-Kommissionspräsidenten Barroso gegenübersteht. Dieser hält eine Akte in der Hand, auf der die Worte „Zypern, Armenien, Genozid“ zu lesen sind. Der türkische Ministerpräsident, mit einer türkischen Fahne in der einen Hand und dem Schild „Anmeldung“ in der anderen, scheint um Einlass in die Europäische Union zu bitten. Ihm folgen zahlreiche Menschen, darunter viele Kinder und Alte, die meisten von ihnen mit vermeintlich typisch türkischen Attributen wie Schnauzbart und Kopftuch ausgestattet. Es ist diese vom Karikaturisten gezogene historische Parallele zwischen der von den osmanischen Truppen im Jahr 1683 bedrohten Stadt Wien und der von zukünftigen Zuwanderungsströmen „bedrohten“ Europäischen Union, welche das Bild beherrscht. Zwar werden im Bild auch konkretere Gründe thematisiert, welche gegen einen EU-Beitritt der Türkei sprechen könnten, doch nehmen sie nur geringen Raum in der Darstellung ein. Der Hinweis auf den Zypernkonflikt und den Genozid an den ArmenierInnen bleibt lediglich ein kleines Detail der Karikatur. Im begleitenden Bildtext heißt es:

Österreich und die Türkei – das ist, wie unsere Karikatur zeigt, seit 1683 ein heißes Thema. Zuletzt hatte Bundeskanzler Schüssel die Aufnahme der Türkei in die EU davon abhängig gemacht, dass auch die Aufnahmefähigkeit der EU, wenn es in zehn, fünfzehn Jahren so weit ist, berücksichtigt werden müsse.

Von Regierungsseite wird das als Verhandlungserfolg hingestellt. Skeptiker sagen allerdings, man könne nicht wissen, ob sich die im Jahr 2020 verantwortlichen Politiker an die Versprechen von heute halten.¹²²

Im Text werden weder die oben skizzierten politischen Fragen angesprochen, noch ein Hinweis auf möglicherweise der Europäischen Union bevorstehende Zuwanderungsströme gegeben. Ein EU-Beitritt der Türkei, so suggeriert die Karikatur, werde zu einer unüberschaubaren Masse an türkischer Zuwanderung führen. Das vergangene Bedrohungsszenario von 1683 scheint sich in eines von 2005 verwandelt zu haben: Nicht die osmanischen Truppen bedrohen Wien und Österreich, sondern türkische ZuwandererInnen die Europäische Union. Im begleitenden Bildtext wird zwar allgemein von der „Aufnahmefähigkeit der EU“ gesprochen, doch ist damit eigentlich nicht die Aufnahme von ZuwandererInnen gemeint, sondern die Frage, ob und wenn ja wie viele neue Mitgliedsstaaten die Europäische Union aufnehmen könne. Wie schon an vorherigen Beispielen gezeigt, ist auch hier das Bild in seiner Aussage damit wesentlich deutlicher als der begleitende Text.

In der österreichischen Berichterstattung rund um den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei spielt der Zusammenhang zwischen den Themen EU-Beitritt und Migration auch insofern eine Rolle, als dass er von außen herangetragen wurde. Von Seiten der türkischen aber auch der US-amerikanischen Presse war den ÖsterreicherInnen Rassismus vorgeworfen worden. In der *Kleinen Zeitung* griff etwa Erwin Zankel Vorwürfe aus der amerikanischen *New York Times* auf:

Als Land der fremdenfeindlichen Bergbewohner, die in Lederhosen herumrennen und ständig jodeln, wird Österreich in angesehenen internationalen Zeitungen karikiert, nur weil wir es wagten, die Türkei nicht sofort mit offenen Armen aufzunehmen. Alle böartigen Klischees tauchen wieder auf: In Österreich könne man keinen Wandschrank aufmachen, ohne dass ein Nazi herausfalle...
(Erwin Zankel, Offen gesagt. Wenn Kleine nicht spüren, in: *Kleine Zeitung*, 9.10.2005)

Eine Bildunterschrift zu einem Foto, das Ursula Plassnik zusammen mit ihrem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül zeigt, betonte: „Ursula Plassnik gibt sich betont freundlich mit dem türkischen Außenminister Gül: ‚Die Österreicher sind keine Türkei-Feinde.‘“ (in: *Kleine Zeitung*, 9.10.05). Auch die *Kronen Zeitung* reagierte unter

¹²² Als Autorenkürzel ist P.G. angegeben (Peter Gnam).

der Überschrift „Die ‚Bösen‘“ auf die Vorwürfe aus dem Ausland (Ernst Trost, Was dahinter steckt, in: *Kronen Zeitung*, 5.10.05). Auch gegen die Berichterstattung der deutschen Boulevardzeitung *Bild* konterte die *Kronen Zeitung* und wehrte sich gegen die Vorstellung, dass Österreich auf Grund der vergangenen Türkenbelagerungen noch immer einen „Türkenkomplex“ habe (Dieter Kindermann, Profile. Pointen, in: *Kronen Zeitung*, 5.10.05).

Allgemein bestätigt sich in der österreichischen Medienberichterstattung über den EU-Beitrittskandidaten Türkei jedoch eines immer wieder: Selten wird in Berichten und Reportagen ein direkter Zusammenhang zwischen einem möglichen EU-Beitritt der Türkei und einer sich dadurch eventuell verstärkenden türkischen Migration nach Europa hergestellt. Lediglich in Kommentaren, Leitartikeln und anderen meinungsorientierten Textsorten wird dieser Zusammenhang ausgeführt. Das kann noch einmal an dem bereits zitierten Artikel von Josef Votzi veranschaulicht werden. Dort heißt es zum selben Thema:

Aber selbst wenn die Türkei in zehn, fünfzehn Jahren auf dem Papier tatsächlich beitragsreif ist, der wahre Hürdenlauf fängt dann erst richtig an. Die real existierende EU der 400 Millionen Menschen, verteilt auf 25 Nationen, ist noch lange nicht reif für 100 Millionen Türken.

Josef Votzi, Die EU ist noch nicht reif für 100 Millionen Türken, in: NEWS 40/2005)

Hier wird zwar nicht explizit von einer bevorstehenden türkischen Migration in andere EU-Staaten gesprochen, wohl aber werden die 400 Millionen EinwohnerInnen der EU den „100 Millionen Türken“ gegenübergestellt und durch dieses Zahlenverhältnis ein Bedrohungsszenario heraufbeschworen. Eine Überschrift der *Kronen Zeitung*, in deren Berichterstattung meinungsorientierte und berichtende Textformen oft ineinander übergehen, wird diese Gefahr auch an der Kurdenfrage deutlich gemacht: „Europa holt sich nun türkisches Kurdenproblem selbst hinein.“ (in: *Kronen Zeitung*, 8.10.2005). Zwar wird in all diesen Beispielen nur allgemein von den TürkinInnen bzw. KurdInnen als möglicherweise neuen EU-BürgerInnen gesprochen und nicht explizit von bevorstehenden Migrationsbewegungen in andere EU-Mitgliedsstaaten, doch schwingt diese Assoziation eindeutig mit.

Grundsätzlich können über den Stellenwert der Themen Migration und Integration in den hier untersuchten Medien und Zeiträumen folgende Punkte festgehalten werden: Erstens wird das Argumentationsmuster, dass ein EU-Beitritt der Türkei eine verstärkte türkische Migration in die anderen EU-Staaten bedeuten würde und dies unerwünscht sei, in berichtenden Textsorten nur selten angesprochen. Der Zusammenhang ergibt sich eher aus dem Kontext, also etwa wenn in Zeitungsausgaben, in denen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei berichtet wird, auch Berichte über die Themen Migration und Integration erscheinen. Auch zeitgleich laufende Wahlkämpfe können diesen Bezug herstellen („Wien darf nicht Istanbul werden!“). Wie bereits eingangs zitiert, können auch die Eurobarometer-Umfragen belegen, dass der Konnex Einwanderung und EU-Erweiterung in der Wahrnehmung der ÖsterreicherInnen durchaus vorhanden ist. Im Herbst des Jahres 2005 stimmten 76% der ÖsterreicherInnen der Aussage zu: „Ein Beitritt der Türkei könnte die Gefahr einer stärkeren Einwanderung in die am meisten entwickelten EU-Länder mit sich bringen.“¹²³

Der in der oben beschriebenen Karikatur dargestellte Verweis auf die Wiener Türkenbelagerungen ist dagegen ein zwar ein eingängiges Bild, spielt in der Bewertung eines möglichen EU-Beitritts der Türkei durch die österreichische Bevölkerung allerdings eine viel geringere Rolle. In derselben Eurobarometer-Umfrage lehnen 57% die folgende Aussage ab: „Die Türkei gehört aufgrund ihrer Geschichte nur teilweise zu Europa.“¹²⁴

Zweitens sind es unter den Texten vor allem die meinungsorientierten Formen, welche das beschriebene Argumentationsmuster vertreten. Dazu gehören auch LeserInnenbriefe. Und drittens ermöglichen es besonders visuelle Darstellungen, diese Argumentation im Diskurs zu etablieren. Die Abbildungen von TürkInnen setzen meist auf stereotype Attribute wie das muslimische Kopftuch oder schnauzbärtige Männer und stellen dadurch eine visuelle Verknüpfung zwischen EU-Beitrittsdebatte und inländischen Migrationsdiskursen dar. Das Motiv der türkischen Menschenmassen, das sowohl im Zusammenhang mit der Aufnahmefähigkeit der

¹²³ Eurobarometer 64, Herbst 2005, Nationaler Bericht Österreich, S. 45.

¹²⁴ Ebd.

EU als auch im Kontext der türkischen MigrantInnen in Europa eine Rolle spielt, wird visuell auch durch die Abbildung von Kindern unterstrichen. Auf diese Weise kann es das Bedrohungsszenario von den – zum Zeitpunkt des tatsächlich möglichen EU-Beitritts eventuell vorhandenen – „100 Millionen Türken“ unterstreichen.

Exemplarisch soll hier anhand eines Artikels aus dem Magazin *News* aufgezeigt werden, wie türkische MigrantInnen in der österreichischen Medienberichterstattung häufig dargestellt werden. Die Reportage stammt aus dem Sommer 2006, erschien also zeitlich etwas vor dem gewählten Untersuchungszeitraum vom Herbst 2006. Der Artikel wurde aber dennoch in die Analyse mit einbezogen, da er einen Großteil der sich als typisch erweisenden Inhalte der Berichterstattung über türkische Migration nach Österreich enthält. Die Reportage beschreibt unter der Überschrift „Orient meets Ottakring“ die Umgebung des Brunnenmarktes im Wiener Bezirk Ottakring, in der viele türkische MigrantInnen und ihre Familien leben und arbeiten (Martina Mara, Orient meets Ottakring, in: *NEWS* 26/2006). Bereits auf den ersten Blick fallen sowohl in Zwischenüberschriften als auch im begleitendem Bildmaterial jene Thematiken ins Auge, welche bereits im vorausgegangenen Kapitel „Kultur – Geschlecht – Religion“ herausgearbeitet wurden. Von „Orient“ und „orientalischem Flair“ ist die Rede, vom „muslimisch organisierten Alltag“, von einer „Parallelgesellschaft“. Das Geschlechterverhältnis wird als patriarchalisch geprägt beschrieben und auf die Trennung von Männern und Frauen in bestimmten Bereichen des Lebens verwiesen, etwa beim Gang in die Moschee oder ins Schwimmbad. Das muslimische Kopftuch, das auch in den begleitenden Bildern ein entscheidender visueller Marker ist, nimmt auch im Text diese Funktion ein. Zu Beginn der Reportage wird eine Szene aus einem Brautmodengeschäft geschildert, das eine türkische Frau besucht, um für ihren Sohn Kleidung für dessen Beschneidung auszuwählen:

Zwei schüchtern lächelnde junge Frauen, beide verhüllen ihr Haar durch schwarz-weiß gemusterte Tücher. [...] Eine Dame Mitte dreißig betritt das „Istanbul Brautmoden Center“, grüßt mit Aas-salamu alaikum“. Sie hat ebenfalls ein Kopftuch auf und ihren zappelnden Sohn in der Hand.
(Ebd. S. 38)

Die abgedruckten Bilder zeigen neben Frauen, die das muslimische Kopftuch tragen, etwa ein Foto von einer türkischen Hochzeit, eine Moschee, türkische Geschäfte und Jugendliche mit türkischer Fahne.

Was das Thema Religion betrifft, fällt auf, wie wenig zwischen MuslimInnen im Allgemeinen und türkischen MuslimInnen unterschieden wird. Zwar wird kurz auf muslimische Frauen aus Afrika eingegangen, doch geht es überwiegend um türkische Muslime. Die verallgemeinernde Gleichsetzung von MuslimInnen und TürklInnen zeigt sich etwa in der folgenden Formulierung:

Im 16. Wiener Gemeindebezirk wohnen heute mehr als 4.000 türkische Staatsbürger, der Anteil von Muslimen an der Ottakringer Bevölkerung liegt bei 12,7 Prozent.
(Ebd. S. 38)

Durch die Reihung der beiden Hauptsätze, von denen der eine sich auf die „türkischen Staatsbürger“ bezieht und der andere auf die „Muslime“ entsteht bei den LeserInnen leicht der Eindruck, als wäre mit beiden dieselbe Personengruppe gemeint.

Trotz der stereotypen Darstellungsweise versucht die Reportage, differenziert zu sein. In einem eingeschobenen Textkasten wird etwa sehr kritisch über ausländerfeindlichen Populismus berichtet (Isabelle Daniel, Brutaler blau-oranger Anti-Ausländer-Wahlkampf, ebd.). Interessant hierbei ist, dass es über die Aussagen des BZÖ-Vorsitzenden Peter Westenthaler heißt: „Und natürlich wird er auch gegen den – derzeit ohnehin nicht geplanten – Beitritt der Türkei zur EU wettern.“ Tatsächlich gibt es jedoch keinen Hinweis darauf, was unter „ohnehin nicht geplant“ zu verstehen ist, liefen die Beitrittsverhandlungen zu diesem Zeitpunkt doch bereits seit fast einem Jahr. Die Aussetzung einzelner Verhandlungspunkte erfolgte erst einige Monate später, am Ende des Jahres.

Der ausgewählte Artikel zeigt, dass Inklusions- und Exklusionsstrategien im Zusammenhang mit der Türkei nicht nur zwischen Innen und Außen – dem europäischen bzw. österreichischem „wir“ und der als „anders“ wahrgenommenen Türkei – gezogen werden, sondern auch innerhalb der österreichischen Gesellschaft.¹²⁵

Am Ende der Reportage gibt die Autorin kurz einen historischen Bezug, indem sie auf die türkische GastarbeiterInnen-Migration nach Österreich seit den 1960er Jahren eingeht. Unter der Zwischenüberschrift „Halbmond und Popmusik“ schildert sie

¹²⁵ Vgl. hierzu auch: Säkularisierung und geschlechtsspezifische Konstruktion der „anderen“ Religion, 2008, S. 109-113.

einen Auftritt des bekannten türkischen Popsängers Tarkan beim Wiener Donauinselfest. Sie zitiert eine Besucherin des Konzertes:

Sükran Sevimli steht in der ersten Reihe. Vor fast einem Vierteljahrhundert wurde sie als Tochter türkischer Eltern in Wien geboren. „Eigentlich stehe ich voll zu Österreich“, beschreibt das hübsche Mädchen seine Emotionen, „doch wenn da jemand, der unsere Sprache spricht, Tausende Kilometer weit hergefliegen ist, nur um für uns zu singen ... dann bin ich im Herzen wieder Türkin.“

Die Zeit der türkischen GastarbeiterInnen-Migration nach Österreich, die in den 1960er Jahren einsetzte und ihren Höhepunkt in den 1970er Jahren fand, soll im Folgenden in den Blick genommen werden. Wie sahen damals die politischen Diskurse aus und von welchen „Türkenbildern“ wurden sie bestimmt?

3.2.2.a Exkurs. Türkische „Gastarbeiter“ im politischen Diskurs der 1960er und 1970er Jahre (Stefanie Mayer)

Der folgende Abschnitt präsentiert die empirische Analyse des politischen Diskurses zur Regulierung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in den 1960er und 1970er Jahren in Österreich. Angesichts der zentralen Bedeutung, die Migrationsfragen für aktuelle Debatten um den EU-Beitritt der Türkei in Österreich besitzen, erschien es naheliegend, auf diesen spezifischen Themenstrang näher einzugehen. Aus mehreren Gründen wurden als Analysezeitraum die Jahre 1960 bis 1975 gewählt; sie sind für die Herausbildung von Immigrationspolitik als eigenem Politikfeld besonders relevant, da in diesen Zeitraum der Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für die österreichische Wirtschaft ebenso fällt, wie die sozialpartnerschaftliche Kontingentspolitik und der Abschluss von Anwerbeabkommen mit einer Reihe von Herkunftsstaaten. Von 1960 bis 1973 lässt sich ein rascher Anstieg der (Arbeits-)Migration nach Österreich beobachten, die Anzahl türkischer StaatsbürgerInnen in Österreich vervielfachte sich in dieser Zeit von knapp über 200 im Jahr 1961 auf fast 16.500 im Jahr 1971.¹²⁶ Bereits 1960 begannen auch die langwierigen Verhandlungen (v.a. zwischen den Sozialpartnern unter Ein-

¹²⁶ Ulrike Davy/August Gächter, Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik in Österreich, in: Journal für Rechtspolitik (1/1993), S. 155-174 und S. 257-281 (S. 160).

beziehung des Sozialministeriums) für eine gesetzliche Neuregelung der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, die erst 1975 mit dem Beschluss des *Ausländerbeschäftigungsgesetzes* (AuslBG) zu einem legislativen Abschluss kamen.

Die Analyse von „Türkenbildern“ in aktuellen Debatten soll durch die Analyse in historischer Perspektive kontextualisiert werden, Kontinuitäten und Brüche zwischen der Phase der Anwerbung türkischer „Gastarbeiter“ und der heutigen Perspektive werden damit sichtbar. Dabei interessiert insbesondere die Genese von spezifischen Problemstellungen, die heute fest mit (gerade der türkischen, vor allem als islamisch wahrgenommenen) Migration verbunden sind: Wann und wie wurden Kultur, Religion und Geschlechterverhältnisse zu wesentlichen Themen im Zusammenhang mit türkischer Einwanderung? Zum einen wird so die Genese bestimmter Bilder erfasst, zum anderen können gerade die diskursiven Verschiebungen und Brüche auch die, in der diskursanalytischen Herangehensweisen angelegte, Perspektive auf die Veränderbarkeit des Bestehenden stärken.

Material und Methode

Im Zuge der Analyse wurden drei Gruppen von Materialien ausgewertet, die alle dem Bereich des politischen Diskurses zuzurechnen sind:

1. Parlamentsmaterialien: Stenographische Protokolle aus den Jahren 1960-1975 unter Einbeziehung von Anträgen und Anfragen sowie Gesetzesvorschlägen und Erläuterungen, die einen Bezug zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte und/oder zur Arbeitsmigration nach Österreich aufweisen.
2. Sozialpartnermaterialien: Veröffentlichungen von Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Wirtschaftskammer (WKO) (v.a. Tätigkeitsberichte) aus den Jahren 1960-1975. Die beiden Akteure wurden ausgewählt, da ÖGB und WKO die beiden für die Regulierung der „Anwerbepolitik“ zentralen Sozialpartnerorganisationen darstellten.

3. Frühe sozialwissenschaftliche Studien (erste Hälfte der 1970er Jahre). Zwei der Publikationen kommen unmittelbar aus dem Umfeld der Sozialpartnerschaft (Arbeitskreis für ökonomische und soziologische Studien 1973; Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 1976) und sollten ihrem Anspruch nach politikrelevante Ergebnisse formulieren. Ebenfalls aufgenommen wurde ein anlässlich der 3. Konferenz für Sozialarbeit herausgegebener Sammelband „Gastarbeiter in Österreich“ (Österreichisches Komitee für Sozialarbeit 1972) – auch hier stammen eine Reihe von Beiträgen direkt von Repräsentanten von Interessenorganisationen¹²⁷, und der Großteil der beteiligten Wissenschaftler (IFES bzw. Institut für Wirtschaftsforschung) war in unterschiedlicher Funktion auch an den beiden anderen Publikationen beteiligt.¹²⁸

Für eine Analyse des politischen Diskurses bieten sich Parlamentsmaterialien aus mehreren Gründen an.¹²⁹ Sie sind einerseits ein problemorientierter Diskurstypus und auf konkrete Regulierungen ausgerichtet, andererseits sind Parlamente eine wichtige Arena, in der politische Akteure um die Durchsetzung bestimmter Interessen, die Definition von Problemen und das Formulieren von Lösungsansätzen streiten. Es lassen sich daher aus diesen Materialien Ergebnisse auf unterschiedlichen Ebenen gewinnen:

- Insbesondere Gesetzesvorschläge und die zugehörigen Erläuterungen (meist Regierungsvorlagen) lassen dominante Problemdefinitionen und Lösungsstrategien erkennen. Debatten zu derartigen Vorschlägen zeigen die Bandbreite von Positionen innerhalb des Parteienspektrums.
- Aus den Stenographischen Protokollen lässt sich so ein Überblick über die Positionen und Argumentationslinien der einzelnen Parteien und damit

¹²⁷ Alfred Klose für die Wirtschaftskammer, Kurt Prokop für den ÖGB, Johannes Kleemann für die Industriellenvereinigung.

¹²⁸ Das gilt für Felix Butschek (Institut für Wirtschaftsforschung), Ernst Gehmacher, Helmut Friedrichsmeier, Leopold Spira und Wilhelm Dantine (alle IFES). Darüber hinaus enthält der Band Beiträge von Maria Jacobi (Stadträtin und Präsidentin des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit), Walter Skopalik (Magistrat Wien) und Vinzenz Balogh (Diözese Linz).

¹²⁹ Eine umfassende Auseinandersetzung mit Parlamentsdebatten als spezifischem Genre innerhalb der breiten Kategorie „politischer Diskurs“ bietet Teun van Dijk, *Parliamentary Debates*, in: Ruth Wodak/Ders. (Hrsg.), *Racism at the Top. Parliamentary Discourse on Ethnic Issues in Six European States*, Klagenfurt/Celovec, S. 45-78.

wesentlicher politischer Akteure gewinnen. Hier kann das Instrumentarium diskursanalytischer Methoden (Topoi- und Metaphernanalyse, Analyse von Bezeichnungspraktiken und Diskursverschränkungen) greifen.

- Aus diskurstheoretischer Perspektive sind gerade Fragen der Problemdefinition interessant. Wann und wie bestimmte Phänomene zu einem politischen Problem „gemacht“ werden, für das eine institutionelle Lösung zu suchen wäre, ist für eine politisch interessierte Diskursanalyse eine zentrale Frage.
- Die institutionelle Rolle des österreichischen Parlaments als Legislative¹³⁰ erlaubt es auch die Geschichte der institutionellen Regulierung aus den entsprechenden Beschlüssen zu rekonstruieren.
- Zuletzt ist ein forschungspragmatischer Grund zu nennen: Parlamentsmaterialien sind problemlos zugänglich und bilden in sich einen relativ einheitlichen Korpus, der eine systematische Analyse erleichtert.

Materialien der Sozialpartner zu berücksichtigen, war angesichts der Verfasstheit der Anwerbe- bzw. „Gastarbeiterpolitik“ der 1960er und 1970er Jahre zwingend notwendig, da die Regulierung der Arbeitsmigration in dieser Phase beinahe zur Gänze ÖGB und Wirtschaftskammer übertragen war. Dies wird nicht zuletzt aus den Parlamentsmaterialien deutlich, in denen sich (insbesondere in Anfragebeantwortungen) häufig Verweise auf die Zuständigkeit der Sozialpartner für die Thematik finden. Argumentationslinien der – in sich wiederum differenzierten – Sozialpartnerorganisationen lassen sich aus den verschiedenen Jahresberichten destillieren und durch die Analyse eines längeren Zeitraums in ihrer Entwicklung analysieren. Gleichzeitig lassen sich aus den Berichten einige Hintergrundinformationen – u.a. über die Praxis der Anwerbung oder den Umgang mit „Gastarbeitern“ in österreichischen Betrieben und durch die Gewerkschaften gewinnen.

Die ausgewerteten frühen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen lassen sich im Kontext einer Reihe von zu diesem Zeitpunkt neu entstehenden Problemdefinitio-

¹³⁰ Es muss hier allerdings vor allzu verkürzten Sichtweisen gewarnt werden. Die Rolle der Ministerialbürokratie in der Gesetzgebung kann kaum überschätzt werden. Zu bedenken ist gerade in Österreich auch die enge Verzahnung von Parteien, Sozialpartnerschaft und Bürokratie.

nen verstehen und sind aus diesem Grund für die Analyse besonders interessant. Sie markieren den Beginn eines Integrationsdiskurses in Österreich. Der Anspruch, sozialwissenschaftlich untermauerte politikrelevante Lösungen zu präsentieren, wurde in diesen Schriften auch explizit formuliert und wird durch die via Sozialpartnerschaft gegebene Nähe zur Politik unterstrichen. Allerdings zeigt die Analyse der institutionellen Entwicklungen, dass es zu einer Verschiebung von mehr als einem Jahrzehnt kam, bevor die hier geäußerte Kritik am sogenannten „Rotationsmodell“, das den raschen Austausch der ausländischen Arbeitskräfte vorsah, in regulative Maßnahmen übersetzt wurde. Aus diskursanalytischer Perspektive bedeutet das eine eindringliche Erinnerung daran, dass Diskurs und Institutionen zwar nicht unabhängig voneinander zu denken sind, aber auch nicht einfach ineinander aufgehen. Es lässt sich an diesem Beispiel aber auch der Prozess der Durchsetzung, Entwicklung und Veränderung bestimmter Diskursstränge (hier: des Integrationsdiskurses) deutlich nachvollziehen.

Für alle in der Analyse berücksichtigten Materialien gilt, dass sie Beiträge von Akteuren mit privilegierten Positionen wiedergeben. Privilegierung bezieht sich dabei nicht nur auf die Möglichkeit, unmittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungen und institutionelle Entwicklungen auszuüben, sondern auch auf den Zugang zum öffentlichen bzw. medialen Diskurs.¹³¹ Ein enger Zusammenhang ist nicht nur gegeben, weil die Aufbereitung von Statements politischer Akteure wesentlicher Bestandteil der Medienberichterstattung ist, sondern auch dadurch, dass die Themen, die auf politischer Ebene gesetzt werden, und die hier vorherrschenden Problemdefinitionen von JournalistInnen aufgegriffen werden – unabhängig davon, ob in der Folge kritisch oder affirmativ berichtet wird. Diese enge Verschränkung von Medien- und politischem Diskurs¹³² bewog dazu, die Analyse auf den politischen Diskurs zu fokussieren, um nicht Gefahr zu laufen, jene institutionellen Weichenstellungen,

¹³¹ Teun A. van Dijk, Theoretical Background, in: Ruth Wodak/Ders. (Hrsg.), *Racism at the Top. Parliamentary Discourse on Ethnic Issues in Six European States*, Klagenfurt/Celovec 2000, S. 13-30 (S. 17).

¹³² Ein erster Abgleich mit zeitgenössischen Medienberichten aus dem Schnitarchiv der Wirtschaftskammer zeigte eine hohe Übereinstimmung zwischen politischem und medialem Diskurs in punkto Bezeichnungspraxis, Metaphern und Topoi. Eine systematische vergleichende Analyse, die auch die unterschiedlichen Kontextbedingungen der verschiedenen Textformen zu berücksichtigen hätte, steht bislang noch aus.

ohne die aktuelle Debatten über Migration und Integration in Österreich kaum zu verstehen sind, aus dem Blick zu verlieren.

Für die Analyse wurden die ausgewählten Texte entlang eines in Anlehnung an Martin Wengelters Topoanalyse (2003) entwickelten Analyserasters codiert. Schwerpunktmäßig orientierte sich die Analyse entlang der Bezeichnungspraktiken („Fremdarbeiter“, „Gastarbeiter“ etc.), der eingesetzten themenspezifischen Topoi und der verwendeten Metaphern. Außerdem wurden wesentliche Diskursverschränkungen erfasst.¹³³ Die Analyse dieser Verschränkungen erlaubt es, die langsame Etablierung von Immigrationspolitik als eigenständigem Politikfeld nachzuvollziehen und zentrale Themenfelder, die mit Fragen der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte bzw. (später) der Einwanderung verknüpft wurden, zu erfassen. Die Aufschlüsselung der von den unterschiedlichen politischen Akteuren gebrauchten Topoi wiederum ermöglicht eine Analyse bestimmter Argumentationslogiken, kann also auch Veränderungen innerhalb eines bestimmten Diskursstrangs aufzeigen. Durch die Erfassung von Metaphern und Bezeichnungen, die zur Markierung der Einwanderung an sich bzw. der MigrantInnen selbst, aber auch der österreichischen Bevölkerung verwendet wurden, lässt sich die Kreation von Fremd- und Selbstbildern näher bestimmen – es ist dazu allerdings einschränkend anzumerken, dass eine Analyse des medialen Diskurses hier sicher einen größeren Fundus an Material ergeben würde, als der meist eher unpersönlich gehaltene und problemorientierte politische Diskurs.

Der Vorteil dieser – stark vom Text abstrahierenden – Herangehensweise liegt in der Möglichkeit, systematische Vergleiche, sowohl zwischen verschiedenen Textgenres wie auch zwischen Zeitperioden und/oder Akteuren, durchzuführen. Um dem Anspruch einer stärker kontextualisierten Analyse gerecht zu werden, wurden im Anschluss einzelne Texte bzw. Textfragmente ausgewählt, die entweder als besonders typisch für einen bestimmten Diskursabschnitt gelten können, oder gerade aufgrund ihrer Spezifik besonderes Augenmerk verdienen. Einige solcher Textpas-

¹³³ Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, 3. Aufl. Duisburg/Münster 2001, S. 160f.

sagen, die die Ergebnisse in besonders anschaulicher Weise illustrieren, werden in diesem Bericht zitiert.

Bevor aber die Ergebnissen der diskursanalytischen Untersuchung vorgestellt werden, widmet sich der nächste Abschnitt den institutionellen Bedingungen. Die Analyse versucht damit auch auf empirischer Ebene einen Beitrag zur Debatte um den komplexen Zusammenhang von Institutionen und Diskursen zu leisten. Während sich auf abstrakter Ebene etwa im Begriff des Dispositivs der Zusammenhang von „nicht-diskursiven Praxen (Handlungen)“, „diskursiven Praxen“ und „Vergegenständlichungen“¹³⁴, den Bührmann und Schneider vor allem in machttheoretischer Hinsicht komplexer fassen und um die wichtige Ebene der Subjektivierung ergänzen¹³⁵, klar konzipieren lässt, ist er empirisch schwer zu bestimmen. Eine wichtige Schnittstelle für den politischen Diskurs nehmen hier Rechtstexte ein, die – gerade auch im Hinblick auf die den Entwürfen beigegebenen Erläuterungen oder die Praxis der Begutachtungsverfahren im Prozess der Gesetzgebung¹³⁶ – ebenso als Bestandteile des Diskurses erfasst werden können, wie (nach Beschlussfassung) als institutionelle Vorgaben. Gleichzeitig erinnern allerdings Forschungen aus praxeologischer Perspektive, die sich mit der Arbeit von ausführenden BeamtInnen beschäftigen, daran, dass die „Vollziehung“ nicht als schlichtes „Nachvollziehen“ zu verstehen ist, sondern als ständige Interpretations- und Konstruktionsleistung verstanden werden muss.¹³⁷ In diesem Sinne muss der Anspruch der vorliegenden Teilstudie eingeschränkt werden – die analytisch aus dem Material gewonnenen Einsichten über spezifische mit Migration verbundene „Türkenbilder“ lassen nur unter Zuhilfenahme einer breiten Kontextualisierung weitere Schlüsse auf die institutionelle Praxis gegenüber der türkischen Einwanderung zu. Dass sie schon gar nicht als (mehr oder minder adäquate) Abbilder tatsächlicher Menschen türkischer Natio-

¹³⁴ Vgl. Siegfried Jäger, Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. Online: http://diss-uisburg.info/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm (abgerufen am 10.06.09).

¹³⁵ Andrea D. Bührmann/Werner Schneider, Mehr als nur diskursive Praxis? – Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse. Volume 8, No. 2, Art. 28. Mai 2008. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/237/526> (abgerufen am 08.06.2009).

¹³⁶ Vgl. zur Praxis der Erstellung von Gesetzen Biegelbauer/Griessler 2009.

¹³⁷ Hendrik Wagenaar, „Knowing“ the Rules: Administrative Work as Practice. In: Public Administration Review, Vol. 64 (6/2004), S. 643-656.

nalität gelesen werden dürfen, versteht sich aus diskursanalytischer Perspektive von selbst.

Institutionelle Rahmenbedingungen der 1960er und 1970er Jahre

Jene Geschichte der (Arbeits-)Migration nach Österreich, die hier erzählt werden soll, nimmt ihren Anfang in den frühen 1960er Jahren. In diesem Zusammenhang ist allerdings auf weiter zurückreichende Kontinuitäten zu verweisen – als prominente Beispiele wären die Migration innerhalb der Habsburgermonarchie ebenso zu nennen, wie die Zwangsarbeitspolitik des Nationalsozialismus und die spezifische Integration sogenannter „Volksdeutscher“ nach 1945. Auch auf institutioneller Ebene wurde durch das *Rechtsüberleitungsgesetz* von 1945 (BGBl 6/1945)¹³⁸ Kontinuität hergestellt. Für die Regulierung des Zugangs von Nicht-StaatsbürgerInnen zum Arbeitsmarkt war in diesem Zusammenhang die, ab 1941 auch im Gebiet des heutigen Österreich geltende, *Deutsche Reichsverordnung über ausländische Arbeitskräfte* (RGBl 5/1933) vom 23. Jänner 1933 bedeutsam, die bis zum Inkrafttreten des *Ausländerbeschäftigungsgesetzes* im Jahr 1976 (BGBl 218/1975) gültiges Recht blieb. Sie wurde allerdings durch Dekrete des österreichischen Sozialministeriums (1946, 1948, 1951) modifiziert, deren Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof im Dezember 1959 einen Anstoß für eine Neuregelung – und damit für ein 15 Jahre währendes Provisorium – gab. Für die 1960er und frühen 1970er Jahre kann die praktische Bedeutung der (restriktiven) *Reichsverordnung* als marginal bezeichnet werden, im Vergleich zum späteren *Ausländerbeschäftigungsgesetz* lassen sich allerdings durchaus Parallelen feststellen.

Politisch bedeutsam für unser Thema waren die ökonomischen und politischen Entwicklungen ab den späten 1950er Jahren. Im Gefolge des westdeutschen „Wirt-

¹³⁸ Vgl. August Gächter/Recherchegruppe, Von Inlandarbeiterschutzgesetz bis EURODAC-Abkommen. Eine Chronologie der Gesetze, Ereignisse und Statistiken bezüglich der Migration nach Österreich 1925-2004, in: Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl (Hrsg.), *Gastarbeiteri*, Wien 2004, S. 31-45 (S. 32); Eveline Wollner, *Auf dem Weg zur sozialpartnerschaftlich regulierten Ausländerbeschäftigung in Österreich: die Reform der Ausländerbeschäftigung und der Anwerbung bis Ende der 1960er Jahre*, Diplomarbeit, Universität Wien 1996, S. 26.

schaftswunders“ erlebte auch Österreich – um einige Jahre verzögert – einen ökonomischen Boom, zu dessen Auswirkungen u.a. eine langsame Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes gehörte. Im Zuge des Aufschwungs – 1961 wurde Vollbeschäftigung im Land erreicht – wurde der Arbeitskräftemangel (und in enger Verbindung damit die Emigration österreichischer ArbeitnehmerInnen nach Deutschland und in die Schweiz) zu einem zentralen wirtschaftspolitischen Thema,¹³⁹ das in der Folge mittels eines vor allem am Schweizer Modell orientierten Anwerbe-Systems bearbeitet werden sollte.

Im April 1960 wandte sich die Paritätische Kommission als zentrales Organ der österreichischen Sozialpartnerschaft¹⁴⁰ mit der Aufforderung, einen Gesetzesentwurf für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Kontext der Stabilisierungspolitik auszuarbeiten, an das Sozialministerium.¹⁴¹ Gleichzeitig hielt der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) in seinem Bericht für das Jahr 1960 fest, dass sich die Interessenvertretung der Baubranche und die zuständige Gewerkschaft auf einen Modus für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte geeinigt hätten (ÖGB 1961, I/19)¹⁴². Demgegenüber begründete die Wirtschaftskammer (WKO) die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung mit den bereits angesprochenen Urteilen des Verfassungsgerichtshofes, durch die unter anderem der Einfluss der Sozialpartner auf die Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen deutlich eingeschränkt worden war.¹⁴³ Noch im selben Frühjahr präsentierte das Sozialministerium tatsäch-

¹³⁹ Helga Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962-1985. Der Kampf um und gegen ausländische Arbeitskraft, in: Journal für Sozialforschung 25 (2/1985), S. 159-198 (S. 159).

¹⁴⁰ Die 1957 installierte Paritätische Kommission war ihrerseits nur als Provisorium gedacht. Der Beginn der – zunächst ausschließlich in Bezug auf den Arbeitsmarkt problematisierten – Einwanderung nach Österreich und ihrer Regulierung ist untrennbar mit der Geschichte der österreichischen Sozialpartnerschaft verknüpft, die hier nicht angemessen wiedergegeben werden kann (vgl. dazu Karhofer/Tálos 2005; Tálos 2006). In die vorliegende Arbeit wurden nur jene Aspekte aufgenommen, die sich unmittelbar auf die Regelung des Zugangs zum Arbeitsmarkt beziehen.

¹⁴¹ Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 163.

¹⁴² Dem Bericht für 1962 ist zu entnehmen, dass der vereinbarte Rahmen von 7.300 Arbeitskräften, die in Italien rekrutiert werden sollten, bei weitem nicht ausgeschöpft wurde. Nur ca. 1.800 Bauarbeiter heuerten im Rahmen der Aktion tatsächlich in Österreich an (ÖGB 1962, III/67; vgl. Davy/Gächter 1993, 164). Von der Wirtschaftskammer wurde die Aktion als Fehlschlag gewertet (WKO 1962, 124/141). Im Frühling 1961 hatte außerdem die Gewerkschaft für Hotel- und Gastgewerbe ein Kontingent festgelegt (Wollner 1996, 51), das nach Angaben der Wirtschaftskammer jedoch unbedeutend blieb (WKO 1962, 486). Der im Raab-Olah-Abkommen Ende 1961 festgelegte Mechanismus (siehe dazu unten) kann daher auch als Formalisierung, Verstetigung und Verbreiterung bereits laufender Prozesse verstanden werden.

¹⁴³ Wollner, Auf dem Weg, 1996, S. 37.

lich einen – mit der Gewerkschaft akkordierten – Entwurf, der von Seiten der Wirtschaft entschieden zurückgewiesen und mit einem sehr liberalen (seinerseits für die Gewerkschaft unannehmbaren) Gegenentwurf beantwortet wurde.¹⁴⁴ Für das hier behandelte Thema kann festgehalten werden, dass die unterschiedlichen Logiken der beiden Interessenvertretungen – das gewerkschaftliche Festhalten an einem regulierten Arbeitsmarkt und der Wunsch nach möglichst weitgehender Liberalisierung von Seiten der Wirtschaft – sich bis heute in Diskussionen um den Arbeitsmarktzugang (für nicht-österreichische bzw. nicht-„alte“ EU-StaatsbürgerInnen) festmachen lassen.

Nachdem im Sommer 1960 die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zunächst gescheitert waren, konnte ein Jahr später, am 18. September 1961, eine erste Vereinbarung zwischen Julius Raab (WKO) und Franz Olah (ÖGB) erzielt werden, die auch einen Abschnitt zur Zulassung von „Fremdarbeitern“ in Österreich enthielt.¹⁴⁵ Wesentlicher wurde allerdings das bekannte Raab-Olah-Abkommen vom Dezember 1961, das die Sozialpartnerschaft entscheidend prägte. Zentraler Punkt des Abkommens war die Lohn- und Preispolitik, daneben sollte es – provisorisch – die Bedingungen der Beschäftigung ausländischer ArbeitnehmerInnen regeln.¹⁴⁶ Die Wirtschaftskammer, insbesondere die Vertretung der Bauwirtschaft, hatte die Aufnahme dieser Regelung durchgesetzt, da sie Zugeständnisse in anderen Bereichen davon abhängig machte.¹⁴⁷ Der Kompromiss, der den oben angesprochenen Interessengegensatz zwischen den Sozialpartnern ruhig stellte, sah jährliche Verhandlungen zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer¹⁴⁸ über sogenannte Kontingente von ausländischen Arbeitskräften für bestimmte Branchen vor.¹⁴⁹ Im Rahmen dieser Kontingente mussten Unternehmen nicht nachweisen bzw. Behörden nicht überprüfen, dass alle einzelnen von der *Reichsverordnung* vorgesehenen

¹⁴⁴ Matuschek, *Ausländerpolitik*, 1985, S. 164f; Wollner, *Auf dem Weg*, 1996, S. 40f.

¹⁴⁵ Eveline Wollner, *Die Reform der Beschäftigung und Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte Anfang der 1960er Jahre in Österreich*, in: *Zeitgeschichte* 34 (4/2007), S. 213-225 (S. 213); WKO 1961, S. 14.

¹⁴⁶ Davy/Gächter, *Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik*, 1993, S. 164; Wollner, *Auf dem Weg*, 1996, S. 16.

¹⁴⁸ Ab 1964 war auch die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer involviert.

¹⁴⁹ Daniela Rom, *Arbeitsmigration aus Jugoslawien nach Österreich von 1966 bis in die 1980er Jahre. Wirtschaftspolitische Voraussetzungen und deren Einfluss auf die weibliche Migration*, Diplomarbeit, Universität Wien 2004, S. 37.

Voraussetzungen – insbesondere die Unmöglichkeit eine inländische Arbeitskraft für den Posten zu finden – erfüllt waren.¹⁵⁰ Der ÖGB hielt dazu in seinem Bericht zum Jahr 1962 fest:

Angesichts des Umstandes, daß die österreichischen Arbeitnehmer hinsichtlich des Lohnniveaus innerhalb der europäischen Industriestaaten vor Italien an vorletzter Stelle stehen, weiters mit einer Überschwemmung des österreichischen Arbeitsmarktes mit Fremdarbeiter nicht zu rechnen ist, konnte der Österreichische Gewerkschaftsbund ein Fremdarbeiterabkommen treffen, dessen eigentliche Aufgabe es ist, verschiedene vorübergehende Lücken auf dem Arbeitsmarkt durch Hereinnahme von Fremdarbeitern zu schließen.¹⁵¹

Aus Gewerkschaftssicht problematische Aspekte – etwa die befürchtete Unterschreitung von arbeitsrechtlichen Standards oder Druck auf das Lohnniveau – sollten durch die Abgrenzung der „temporär“ beschäftigten, ausländischen Arbeitskräfte von der inländischen (männlichen) Stammbeglegschaft gelöst werden.¹⁵² Im Gegenzug erfüllte die Wirtschaftskammer lang gehegte Forderungen der Gewerkschaft und stimmte dem Konzept der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ sowie der Unterzeichnung von zwei Abkommen des Europarates zur sozialen Sicherheit zu.¹⁵³

Für die konkrete Ausgestaltung des Raab-Olah-Abkommens schlossen die Sozialpartner eine sogenannte Kontingentvereinbarung ab, die unter anderem die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte festlegte.¹⁵⁴ Dieser Rahmen ist vor allem insofern von Interesse, als große Teile davon später ins Ausländerbeschäftigungsgesetz übernommen wurden.¹⁵⁵ Zu den zentralen Bestimmungen der Kontingentvereinbarung, die 1970 durch einen Kollektivvertrag ergänzt wurden, gehörten unter anderem:

- Im Fall von Abschiebungen sollten dem Innenministerium keine Kosten entstehen

¹⁵⁰ Helga Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962-1985. Der Kampf um und gegen ausländische Arbeitskraft, in: Journal für Sozialforschung 25 (2/1985), S. 159-198 (S. 166); Rainer Bauböck/Bernhard Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.) Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 726-742 (S. 729).

¹⁵¹ ÖGB 1963, I/67; vgl. Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 165; Davy/Gächter, Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik, 1993, S. 164.

¹⁵² Davy/Gächter, Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik, 1993, S. 165.

¹⁵³ Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 165.

¹⁵⁴ Parnreiter, Alle Arbeitskräfte, 1992, 70; Davy/Gächter, Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik, 1993, S. 164.

¹⁵⁵ Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 166; Holzinger, Österreich als Einwanderungsland?, 1997, S. 55; Fritz, Migrationspolitik im Kontext, 2003, S. 278; Rom, Arbeitsmigration aus Jugoslawien, 2004, S. 38; Bauböck/Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, 2006, S. 729).

- ArbeiterInnen hatten sich vor der Einreise einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen
- da die Kontingente stets für ein Jahr festgelegt wurden, wären auch die Verträge der ausländischen Arbeitskräfte auf ein Jahr zu befristen
- ausländische Arbeitskräfte dürften nicht auf den Arbeitsplätzen streikender ÖsterreicherInnen eingesetzt werden
- im Fall von Entlassungen wären zuerst die ausländischen Arbeitskräfte zu kündigen
- ausländische Arbeitskräfte sollten zu den selben Arbeitsbedingungen beschäftigt werden und den selben Lohn erhalten wie ÖsterreicherInnen
- Beschäftigungsbewilligungen sollten den Unternehmen nur für jene „Fremdarbeiter“ erteilt werden, deren „Unterkunft gesichert erscheint“.¹⁵⁶

Ab 1962 wurde jährlich (bis 1974 mit steigender Tendenz) eine Vielzahl von Kontingenten beschlossen, die einerseits regional, andererseits nach Branchen differenziert waren.¹⁵⁷ Implementiert wurden diese Vereinbarungen, die als „Empfehlungen“ an den Sozialminister weitergegeben wurden, durch Erlässe des Sozialministeriums, die die Vergabe von Beschäftigungsbewilligungen durch die Arbeitsmarktbehörden regelten.¹⁵⁸ Insbesondere in den ersten Jahren konnten die vereinbarten Kontingente kaum ausgenützt werden, da sich die Rekrutierung als schwierig erwies. Am Beispiel des Jahres 1963 zeigt sich etwa folgendes Bild: Die komplexe Aufsplittung nach Bundesländern und Branchen führte dazu, dass insgesamt 176 verschiedene Kontingente beschlossen wurden, von denen 30 weniger als zehn Arbeitskräfte betrafen und weitere 25 für Gruppen von elf bis 25 Menschen gedacht waren. Nur sechs Kontingente ließen die Beschäftigung von mehr als 1.000 ArbeiterInnen zu. Laut WIFO-Bericht betrug die vereinbarte Gesamtzahl 36.000 Arbeitskräfte, mit der Möglichkeit, diese Zahl auf 48.000 zu erhöhen.¹⁵⁹ Zum jährlichen

¹⁵⁶ ÖGB 1963, I/65-I/66.

¹⁵⁷ Gächter/Recherchegruppe, Inlandarbeiterschutzgesetz, 2004, S. 34.

¹⁵⁸ Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 166; Wollner, auf dem Weg, 1996, S. 57.

¹⁵⁹ WIFO 1963, 412/413. In der Literatur finden sich unterschiedliche Angaben, die aber alle in der Spanne von 36.000 bis 48.000 liegen [vgl. WKO-Jahresberichte (1962, S. 67 und 1963, S. 59): 48.000; WIFO (1962, S. 232): 48.000; Butschek/Walterskirchen (1974, S. 214): 36.000; Matuschek (1985, S. 166): 37.000; Davy/Gächter (1993, S. 164): 48.000; Fritz (2003, S. 280): 37.000; Gächter/Recherchegruppe (2004, S. 34): 37.000].

Höchststand im September 1963 war das Kontingent laut WIFO-Angaben nur zu 40 % ausgeschöpft, allerdings ließe sich im Zeitverlauf eine steigende Tendenz ausmachen.¹⁶⁰ Bis 1974 stiegen die zwischen den Sozialpartnern ausgehandelten Zahlen (Kontingent 1974: 162.789), real war die größte Anzahl von ausländischen Arbeitskräften 1973 in Österreich beschäftigt (ca. 230.000). Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass diese Form der Kontingentvereinbarung bis 1975 ohne gesetzliche Basis funktionierte, und gerade als das *Ausländerbeschäftigungsgesetz* eine zumindest teilweise Legalisierung der Praxis brachte, die Kontingente rasch an Bedeutung verloren.¹⁶¹

Am Beispiel der österreichischen Anwerbeabkommen lässt sich überzeugend zeigen, wie Regulierungen und soziale Praxis auseinanderklaffen können: Schon 1962 wurde das erste Anwerbeabkommen mit Spanien geschlossen (BGBl 193/1962), 1964 folgte eines mit der Türkei (BGBl 164/1964) und erst 1966 konnte nach langen Verhandlungen auch mit Jugoslawien (BGBl 42/1966) ein Abkommen geschlossen werden¹⁶². Die Anwerbung von spanischen Arbeitskräften blieb jedoch bedeutungslos, nur 1964 und 1965 erreichte ihre Zahl mehr als 1.000,¹⁶³ während andererseits die Anwerbung in der Türkei und in Jugoslawien bereits vor Abschluss der offiziellen Abkommen lief. Schon ab 1962 (und bis 1993) betrieb die Wirtschaftskammer eine Anwerbestelle in Istanbul¹⁶⁴ und auch im Falle Jugoslawiens konnte die Rekrutierung auf Grund vorläufiger Abkommen mit den Arbeitsmarktbehörden in Zagreb und Sarajevo rasch in Angriff genommen werden.¹⁶⁵ In den folgenden Jahren schloss Österreich mit allen drei Ländern Abkommen zur sozialen Sicherheit (mit

¹⁶⁰ WIFO 1963, 413/414; vgl. Butschek/Walterskirchen, Aspekte der Ausländerbeschäftigung, 1974, S. 214.

¹⁶¹ Vgl. Davy/Gächter, Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik, 1993, S. 163.

¹⁶² Es fällt auf, dass nur im Anwerbeabkommen mit Spanien die Familienzusammenführung Erwähnung fand. Verhandlungen über weitere Abkommen wurden mit Griechenland sowie (mehrmals) mit Italien geführt (Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 170; Davy/Gächter, Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik, 1993, S. 165), verliefen aber ergebnislos. Ab 1970 rekrutierte Österreich außerdem eine geringe Anzahl von Arbeitskräften in Tunesien (WKO 1972, S. 104; Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 171) und die Wirtschaftskammer verhandelte mit Ägyptischen und Marokkanischen Behörden (WKO 1973, S. 121).

¹⁶³ Holzinger, Österreich als Einwanderungsland, 1997, S. 56.

¹⁶⁴ WKO 1963, S. 59.

¹⁶⁵ Matuschek, Ausländerpolitik, 1985, S. 170; Parnreiter, Christof, ...alle Arbeitskräfte des Erdrunds. Über den Import ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich und ihren Nutzen für die Wirtschaft, in: Thomas Prader (Hrsg.), Moderne Sklaven, Wien 1992, S. 70-91.

der Türkei 1966), die formal auf der Basis der Reziprozität angelegt waren und die gegenseitige Anrechnung von Versicherungsleistungen betrafen.

In der Praxis wurde die Anwerbung von der Wirtschaftskammer durchgeführt, die bereits im November 1961 eine *Arbeitsgemeinschaft für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte* gegründet hatte, die im Februar 1962 ihre Arbeit aufnahm.¹⁶⁶ Ihre Aufgabe war es, die Rekrutierung und den Transport der angeworbenen Arbeitskräfte zu organisieren.¹⁶⁷ Im Hinblick auf die politische Regulierung ist es interessant festzuhalten, dass das Anwerbesystem einen klaren Vorrang des Ökonomischen vor sicherheitspolitischen Aspekten etablierte. Sofern keine eindeutige Verletzung des Passgesetzes vorlag, waren die Behörden verpflichtet, angeworbenen Arbeitskräften alle notwendigen Papiere auszustellen. Damit ergab sich eine klare Differenz zum Wortlaut des Fremdenpolizeigesetzes (BGBl 75/1954), das den Behörden Ermessensspielraum für positive Entscheidungen einräumte, während es klare Gründe für Ablehnungen definierte.¹⁶⁸

Es war im Rahmen des vorliegenden Projekts nicht möglich, auf die unmittelbare Praxis der Rekrutierung einzugehen, bei der zukünftige ArbeiterInnen nicht nur bezüglich ihrer Qualifikationen und Fähigkeiten, sondern auch – oft in erniedrigender Weise – medizinisch untersucht wurden. Festgehalten werden kann allerdings, dass ethische Fragen zur Praxis der Rekrutierung im politischen Diskurs kaum auftauchen. Konkrete Rekrutierungspraxen wurden nur in Bezug auf eine mögliche Gesundheitsgefährdung der österreichischen Bevölkerung und im Hinblick auf mangelnde Qualifikationen der „Gastarbeiter“ (vgl. u.a. 306/M, XI. GP, 9. Nov. 1966) Gegenstand der Diskussion.

Die niedrigen Ausnutzungsraten der Kontingente in den ersten Jahren (zwischen 25 % und 50 %) können als Anzeichen für die Schwierigkeiten der Rekrutierung

¹⁶⁶ Matuschek, *Ausländerpolitik*, 1985, S. 170; Davy/Gächter, *Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik*, 1993, S. 165.

¹⁶⁷ Gächter/Recherchegruppe, *Inlandarbeiterschutzgesetz*, 2004, S. 34; Rom, *Arbeitsmigration* 2004, S. 40.

¹⁶⁸ Davy/Gächter, *Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik*, 1993, S. 161.

gedeutet werden,¹⁶⁹ wesentlicher ist aber, dass schon bald der Weg der offiziellen Anwerbung seine Rolle für die Migration nach Österreich weitgehend verlor: Entsprach 1964 die Anzahl der Anwerbungen durch die *Arbeitsgemeinschaft* noch beinahe der Nettozuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, war ihr Anteil schon 1965 auf etwa die Hälfte gesunken und 1967 war nur noch eineR von acht ArbeitsmigrantInnen über diesen Weg angeworben worden.¹⁷⁰ Neben der informellen Rekrutierung über Bekannte oder Familienangehörige, die bereits in Österreich beschäftigt waren,¹⁷¹ bestand bis Anfang der 1970er Jahre auch die Möglichkeit, als TouristIn nach Österreich einzureisen, einen Arbeitsplatz zu suchen und im Nachhinein die notwendigen Papiere zu beantragen (ein Weg, der aufgrund der geographischen Nähe vor allem von jugoslawischen StaatsbürgerInnen gegangen wurde).¹⁷² Theoretisch widersprach diese Praxis den Bestimmungen des Passgesetzes, praktisch wurde sie von der Vertretung der Wirtschaft gegen die Kritik der Gewerkschaften entschieden verteidigt¹⁷³, da dieser Weg der „Rekrutierung“ für die Unternehmen billig und flexibel war. In der Migrationsforschung besteht keine Einigkeit über das genaue Ausmaß der nachträglichen „Reparaturen“ des Aufenthaltsstatus; während Matuschek davon ausgeht, dass nur auf Grund ihrer Qualifikationen dringend benötigte Arbeitskräfte im Nachhinein die notwendigen Papiere erhielten,¹⁷⁴ gehen andere von einer liberalen Handhabung aus.¹⁷⁵ Für ein Überwiegen ökonomischer vor ordnungspolizeilichen Überlegungen spricht die Tatsache, dass 1967 in den Sommermonaten eine Zweigstelle des Arbeitsamtes am Wiener Südbahnhof eingerichtet wurde, die die MigrantInnen unter Ausschluss von privaten Vermittlern an (legale) Arbeitsstellen vermitteln sollte (vgl. 815/M, XI. GP, 7. Juni 1967). Ohne Zweifel waren jedoch die ehemaligen TouristInnen die ersten, die durch die verschärften

¹⁶⁹ Parnreiter, *Alle Arbeitskräfte*, 1992, S. 73f.

¹⁷⁰ Ebd. S. 72f.

¹⁷¹ Davy/Gächter, *Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik*, 1993, S. 162 u. 165; Gächter/Recherchegruppe, *Inlandarbeiterschutzgesetz*, 2004, S. 35; Bauböck/Perchinig, *Migrations- und Integrationspolitik*, 2006, S. 730.

¹⁷² Eine solche Legalisierungspraxis war nicht auf Österreich beschränkt. Serhat Karakayali analysiert vergleichbare Praktiken und Debatten in Deutschland, wo allerdings schon deutlich früher restriktive Maßnahmen gesetzt wurden (2008, S. 110ff).

¹⁷³ In parlamentarischen Debatten zeigten sich zum Teil Unklarheiten der Begriffsverwendung. Von sozialdemokratischer Seite unternommene Versuche „Touristenbeschäftigung“ mit „illegaler Beschäftigung“ gleichzusetzen, wurden von Seiten der ÖVP und von der Wirtschaftskammer entschieden zurückgewiesen (Stenographisches Protokoll BR 340, 4. April 1975).

¹⁷⁴ S. 176.

¹⁷⁵ Davy/Gächter, *Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik*, 1993, S. 162.

Bestimmungen ab 1974/1975 in die Illegalität abrutschten und sich in ungeschützten Arbeitsverhältnissen wiederfanden.

Daten aus einer Anfang der 1970er Jahre durchgeführten Befragung türkischer „Gastarbeiter“ in Wien¹⁷⁶ zeigen die Bedeutung der „informellen“ Wege der Rekrutierung und der dafür notwendigen migrantischen Netzwerke. Nach diesen Angaben kamen 56 % der Befragten über die Vermittlung von Bekannten oder Verwandten nach Österreich und 41 % über ein Arbeitsamt in der Türkei, wobei davon wiederum 15 % von österreichischen Firmen angefordert wurden. 3 % hatten sich auf eigene Faust auf den Weg gemacht.¹⁷⁷

Eine starke Migration von türkischen StaatsbürgerInnen nach Österreich lässt sich ab Anfang der 1970er Jahre nachweisen. Die Migrationsdynamik lässt sich in etwa an den Zahlen für die türkische Wohnbevölkerung ablesen:¹⁷⁸ 1961 waren 217 Personen türkischer Nationalität als in Österreich ansässig registriert (entspricht einem Anteil von 0,2 % an der ausländischen Wohnbevölkerung), 1971 waren es bereits knapp 16.500 – immerhin 7,8 % aller in Österreich lebenden Nicht-StaatsbürgerInnen, 1981 lag ihr Anteil bereits knapp über 20 % (ca. 60.000 Personen). Bis 1991 verdoppelte sich zwar die Anzahl der türkischen StaatsbürgerInnen in Österreich, ihr Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung stieg dadurch aber nur geringfügig. Seit den 1990er Jahren lässt sich keine große Veränderung in absoluten Zahlen ablesen, der prozentuelle Anteil fällt dadurch wieder leicht (2001: 18 % oder 127.000 Personen).¹⁷⁹

Die Arbeitsmigration nach Österreich war niemals ausschließlich männlich, doch lässt sich generell festhalten, dass die gezielte Rekrutierung von Frauen etwas später einsetzte, als die der Männer und zahlenmäßig auf niedrigerem Niveau blieb.

¹⁷⁶ Durchgeführt 1971 von Leopold Spira im Auftrag der MA 22 – befragt wurden 252 türkische Gastarbeitern im Bereich Metall-Chemie, Textil und Bau-Holz.

¹⁷⁷ Arbeitskreis für ökonomische und soziologische Studien 1973, S. 24.

¹⁷⁸ Wie alle statistischen Angaben sind auch diese mit Vorsicht zu genießen, so liegen z.B. die Zahlen für türkische ArbeitnehmerInnen in Österreich für die 1960er und 1970er Jahre über diesen Angaben für die ausländische Wohnbevölkerung, die wiederum auf den Erhebungen der Volkszählung beruhen. Zur generell schwierigen Datenlage vergleiche Andreas Weigl (2009, 17).

¹⁷⁹ Statistik Austria, www.statistik.at.

Vor allem die Vorarlberger Textilindustrie und die Tourismusbranche setzten auf die Arbeitskraft der „Gastarbeiterinnen“. Nach unterschiedlichen Quellen stieg der Frauenanteil unter den ArbeitsmigrantInnen in Österreich von 10 %-20 % in den frühen 1960er Jahren, auf ca. ein Drittel am Beginn der 1970er Jahre und 40 % in den frühen 1980er Jahren.¹⁸⁰ Die ab den 1970er Jahren breit angewandte Strategie der Familienzusammenführung kann in diesem Kontext – unbeschadet der Ziele, die die MigrantInnen selbst damit verbanden – auch als eine einfache und billige Variante der Arbeitskräfterekrutierung interpretiert werden.¹⁸¹ Ab Mitte der 1970er Jahre wurden Familienzusammenführungen zu einer dominanten Migrationsform, die wiederholt öffentliche und politische Debatten auslöste. Wesentlich ist im Zusammenhang damit vor allem, dass sie einen „neuen Typ“ der – meist weiblichen – abhängigen MigrantIn schufen, da unter diesem Titel Eingewanderte keinen unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und ihr Aufenthaltstitel von dem des erwerbstätigen Familienmitglieds abhängt. Mit dem Instrument der Familienzusammenführung wurde damit eine der vielen hierarchischen Kategorisierungen im österreichischen System der Migrationsregulierung institutionalisiert. Aus der Perspektive der 1970er Jahre kann das Instrument der Familienzusammenführung allerdings auch als zentraler Schritt in der Abkehr von einem (allein) auf der Vorstellung eines temporären Aufenthalts von Arbeitskräften beruhendem „Rotations-System“ verstanden werden.¹⁸² Insbesondere wenn Kinder in Österreich geboren wurden oder nachzogen, die hier die Schule besuchten, entschieden sich Familien häufig zum Bleiben bzw. verschoben die geplante „Heimkehr“ immer wieder.¹⁸³ Als weiterer institutioneller Schritt weg von der Vorstellung der „Rotation“ kann die Wiederanerkennung¹⁸⁴ der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGiÖ) im

¹⁸⁰ WIFO 1963, S. 414; Matuschek. Ausländerpolitik, 1985, S. 175; Parnreiter, Alle Arbeitskräfte, 1992, S. 82.

¹⁸¹ Parnreiter, Alle Arbeitskräfte, 1992, S. 74; Gächter/Recherchegruppe, Inlandarbeiterschutzgesetz, 2004, S. 37; Rom, Arbeitsmigration, 2004, S. 69f.; Bauböck/Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, 2006, S. 730.

¹⁸² Bauböck/Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, 2006, S. 730.

¹⁸³ Fritz, Migrationspolitik im Kontext, 2003, S. 281.

¹⁸⁴ In Österreich-Ungarn war der Islam 1912 (im Gefolge der Annexion Bosniens) als Religionsgemeinschaft anerkannt worden. Heute sieht sich die IGGiÖ, die in Österreich als Erfolgsmodell gilt, verstärkter Kritik und der Forderung nach inneren Reformen ausgesetzt. Insbesondere SchiitInnen und AlewitInnen aber auch liberale SunnitInnen zweifeln den Alleinvertretungsanspruch der IGGiÖ für Muslime in Österreich an (Schmidinger/Larise, Zwischen Gottesstaat und Demokratie, 2008).

Jahr 1979 gelten, der 1983 der Beginn des islamischen Religionsunterrichts folgte.¹⁸⁵

Diskursive Entwicklungen: Die Etablierung von Migrationspolitik und der Beginn des Integrationsdiskurses

Wendet man sich den Ergebnissen der Diskursanalyse zu, kann zunächst ein – wenig überraschendes – Faktum festgehalten werden: Die Perspektive der MigrantInnen selbst lässt sich im österreichischen politischen Diskurs der 1960er und 1970er Jahre kaum wiederfinden. Nur wenige Hinweise – vor allem in Gewerkschaftsberichten – lassen erkennen, dass die „Gastarbeiter“ durchaus in Arbeitskämpfe involviert waren und eigene Strategien zur Verbesserung ihrer Situation entwickelten.¹⁸⁶

Für die 1960er Jahre lässt sich für den Diskurs auf Parteien- wie auf Sozialpartnerebene festhalten, dass er von ökonomischen Überlegungen und Begründungszusammenhängen dominiert war, die die Anwerbepolitik fest im Feld der Arbeitsmarktpolitik verankerten. Die gegensätzlichen Positionen der beiden Großparteien bzw. der mit ihnen verbundenen Interessenorganisationen zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes wurden oben bereits angesprochen. Die Position der FPÖ muss ambivalenter beschrieben werden: Einerseits führte die Verbundenheit mit Industrieinteressen zu einer liberalen Position, was die Bedingungen für die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte betraf, andererseits mussten die „Fremden“ aus ideologischen Gründen auf Distanz gehalten werden, was sich besonders in späteren Integrationsdebatten deutlich zeigte, in denen die FPÖ entschieden am „Rotationsprinzip“ festhielt. Diese grundlegenden Positionen der Parteien lassen sich – trotz teils geänderter Begründungszusammenhänge und der Thematisierung neuer Fragen – bis heute unverändert in politischen Debatten um die Themen Einwanderung bzw. Saisonarbeit und Arbeitsmarkt nachvollziehen.¹⁸⁷

¹⁸⁵ Gächter/Recherchegruppe, Inlandarbeiterschutzgesetz, 2004, S. 38f.

¹⁸⁶ Vgl. ÖGB 1966, II/338; Bratić, Selbstorganisation und Widerstand, 2004, S. 142.

¹⁸⁷ Vgl. etwa Stenographisches Protokoll NR 55, XXII. GP, 24. März 2004.

Der parteienübergreifende Tenor lässt sich für die 1960er und frühen 1970er Jahre folgendermaßen zusammenfassen: Die Beschäftigung von „Gastarbeitern“ sei ökonomisch notwendig, sie könnte jedoch die abwandernden österreichischen Arbeitskräfte nur unvollkommen ersetzen. Ein expliziter Hinweis auf mangelnde Qualifikationen war hier häufig nicht mehr notwendig. Beispiele für diesen Diskursstrang lassen sich bei unterschiedlichen Akteuren finden, hier soll nur eines aus dem Bericht der Wirtschaftskammer für das Jahr 1970 wiedergegeben werden:

Aus Österreich wandern immer mehr qualifizierte Fachkräfte ab; die eingewanderten ausländischen Arbeitskräfte sind jedoch hauptsächlich Hilfskräfte, die wegen der Sprachschwierigkeiten und der durchschnittlich geringen Qualifikation nicht überall inländische Arbeitskräfte ersetzen.“¹⁸⁸

Hier zeigt sich auch die feste Verknüpfung zu Fragen der Emigration von ÖsterreicherInnen nach Deutschland und in die Schweiz, die sich für den gesamten Zeitraum nachweisen lässt, während in heutigen Migrationsdebatten dieser Bezugspunkt völlig fehlt. Die Bedeutung der Emigration zeigt sich auch in den Debatten um Sozialversicherungsabkommen, die von der Vertretung der Wirtschaftsinteressen abgelehnt wurden, da sie weitere Anreize für ÖsterreicherInnen schaffen würden, einen Arbeitsplatz im Ausland anzunehmen.¹⁸⁹ Demgegenüber kritisierte die Sozialdemokratie und die Gewerkschaft, dass eine solche Haltung den Interessen der österreichischen Bevölkerung zuwider laufe und eine Erhöhung des Lohnniveaus eine bessere Maßnahme gegen die Emigration darstellen würde.¹⁹⁰ Gerade durch den diskursiv erzeugten Gegensatz zum „österreichischen Facharbeiter“ erschien die Figur des prototypischen „Gastarbeiters“ in diesen Debatte als unqualifizierte, männliche Arbeitskraft aus dem ländlichen Raum.

Innerhalb des politischen Diskurses finden sich nur wenige personalisierte Bezüge. So lassen die Diskussion über Regulierungen (auch etwa in Bezug auf Sozialleistungen) kaum einen Bezug auf die betroffenen Menschen erkennen.¹⁹¹ Das trifft

¹⁸⁸ WKO 1971, S. 39.

¹⁸⁹ Vgl. WKO 1962, S. 69.

¹⁹⁰ Vgl. u.a. ÖGB 1966, II/198; Stenographisches Protokoll NR 51, XI. GP, 12. April 1967.

¹⁹¹ Es wäre interessant Veränderungen in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten genauer nachzugehen, da in aktuelleren Debatten bspw. die „Sorgen und Ängste“ der Bevölkerung eine zentrale

allerdings für den untersuchten Zeitraum keineswegs nur auf Debatten zum Thema Migration zu, sondern ist wohl größtenteils dem „Genre“ politischer Diskurs zuzurechnen. Auffällig ist allerdings, dass in den wenigen Fällen, wo sich ParlamentarierInnen auf konkrete Einzelfälle beziehen, dies meist entweder Klagen einzelner Unternehmen über die angespannte Arbeitsmarktsituation sind¹⁹² oder die spezifische Situation von „Südtirolern“ betreffen.¹⁹³ Letzteres weist auf die unhinterfragte Rolle hin, welche die Kategorie Ethnizität in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik mit Bezug auf ausländische Arbeitskräfte spielt(e).

Nur wenige Statements von Abgeordneten geben unmittelbaren Einblick in das Bild von türkischen „Gastarbeitern“, das im österreichischen Parlament vorherrschte. Eines dieser seltenen Beispiele lieferte der FPÖ-Abgeordnete Werner Melter, der im Zuge der Debatte um das österreichisch-türkische Sozialversicherungsabkommen formulierte:

Zum Abschluß noch ein kleine Bemerkung zur Frage der türkischen Arbeitnehmer in Österreich. Es fällt schon lange auf, daß in der Gegend des Südbahnhofes etwas unbefriedigende Verhältnisse bestehen. Wenn man schon Vereinbarungen über Sozialleistungen schließt, sollte in erster Linie geregelt werden, daß Arbeitnehmer, also auch türkische Arbeitnehmer, in Österreich in ihrem Arbeitsbereich allenfalls durch den Dienstgeber Unterkunftmöglichkeiten vermittelt erhalten, die es dann ausschließen, daß sich die Betreffenden in bestimmten Gegenden, man muß schon sagen, herumtreiben müssen und dadurch zu eine Gefahr für die Öffentlichkeit werden, zumindest jedoch zu einer Belästigung für viele Passanten und Verkehrsteilnehmer.¹⁹⁴

Die Passage ist für unser Thema aus mehreren Gründen interessant: Zum einen ist die Frage der Wohnverhältnisse der „Gastarbeiter“ die einzige über den Arbeitsmarkt hinausweisende Fragestellung, die bereits in den 1960er Jahren im politischen Kontexte behandelt wurde. Die Verpflichtung von Unternehmen, entsprechende Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, wurde vor allem von sozialdemokratischer Seite wiederholt thematisiert, um „ungerechtfertigte Bereicherungen von meist inländischen Hausbesitzern“ hintanzuhalten.¹⁹⁵ Auch von Seiten der SPÖ

Rolle für die Argumentation einnehmen (vgl. etwa die Parlamentsdebatte zur EU-Erweiterung 2004, Stenographisches Protokoll NR 55, XXII. GP, 24. März 2004).

¹⁹² Vgl. 1099/J, XIII. GP, 15. Feb. 1972.

¹⁹³ 163/A bzw. 2153/J, XIII. GP, 10. bzw. 11. Juni 1975.

¹⁹⁴ Stenographisches Protokoll NR 51, XI. GP, 12. April 1967.

¹⁹⁵ Stenographisches Protokoll NR 140, XIII. GP, 20. März 1975. Für weiterführende Forschungen wäre es interessant zu analysieren, wie sich die Verpflichtung eine „ortsübliche“ Unterkunft bereitzu-

wurde diese Forderung allerdings häufig zuerst mit dem Schutz der österreichischen Bevölkerung (insbesondere vor Krankheiten, die durch schlechte hygienische Verhältnisse begünstigt würden) und nur in zweiter Linie mit dem Schutz der „Gastarbeiter“ gerechtfertigt.¹⁹⁶ In obigem Beispiel greift die FPÖ genau diese Argumentationslinie auf und wendet sie nun gegen die MigrantInnen selbst – warum deren „Herumtreiben“ eine Gefahr oder „zumindest“ eine Belästigung wäre, wird dabei nicht näher ausgeführt. Die Analyse zeigt, dass derartige Gefahren-Topoi – zumal in dieser spezifischen Wendung, die auf die MigrantInnen selbst fokussiert – von der FPÖ besonders häufig eingesetzt wurden. Dennoch ist zu konstatieren, dass derartige Argumentationslinien im untersuchten Zeitraum nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Häufiger finden sich Bezüge auf die Türkei als Staat, der im österreichischen politischen Diskurs als rückständig und wenig zuverlässig galt. Ein Beispiel dafür bietet eine mündliche Anfrage des bereits erwähnten FP-Abgeordneten Werner Melter mit Bezug auf die von türkischen Behörden ausgestellten Infektionsfreiheitsscheine:

Sind etwa die Scheine, die von der Türkei ausgestellt werden [...], so zuverlässig, daß man sich wirklich darauf verlassen könnte?¹⁹⁷

In ihrer Beantwortung wies Sozialministerin Grete Rehor (ÖVP) diese Frage nicht zurück, sondern betonte stattdessen, dass Maßnahmen in Österreich getroffen würden um die Gefahr zu minimieren.¹⁹⁸ Eine ähnliche Argumentation von Seiten der FPÖ findet sich auch in der Debatte um das österreichisch-türkische Sozialversicherungsabkommen mit Bezug auf Pensionszahlungen,¹⁹⁹ aber auch in Gewerkschaftspublikationen – hier in Bezug auf lokale Behörden in den Herkunftsländern, die den „Gastarbeitern“ eine höhere Kinderzahl bestätigen würden, als tatsächlich vorhanden.²⁰⁰ Diese Klassifizierung der Türkei selbst bildete auch die Basis für die Stereotype über „türkische Gastarbeiter“.

stellen von einer Forderung an Unternehmen zu einer – mit u.U. dramatischen Konsequenzen für den Aufenthaltsstatus verbundenen – Verpflichtung für MigrantInnen entwickelte.

¹⁹⁶ Stenographisches Protokoll NR 140, XIII. GP, 20. März 1975.

¹⁹⁷ 306/M, XI. GP, 9. Nov. 1966.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Stenographisches Protokoll NR 51, XI. GP, 12. April 1967.

²⁰⁰ ÖGB 1973a, S. 11.

Fragen der Migration von Frauen wurden im untersuchten Zeitraum in der parlamentarischen Arena nicht behandelt, allerdings wurde von Seiten der Sozialpartner die Arbeitsmigration von Frauen schon relativ früh als Faktum konstatiert.²⁰¹ In späteren Publikationen, die – wenn auch nur am Rande – explizit auf diese Fragen eingingen (u.a. wurde hier auch das Sexualleben der männlichen Migranten zum Thema) finden sich an einigen Stellen explizit sexistische Vorstellungen. Frauen seien anspruchsloser und eher bereit sich der strikten Ordnung eines Wohnheims zu fügen, hieß es etwa in einer Veröffentlichung aus dem Umfeld der Sozialpartnerschaft.²⁰² Zwei weitere Argumentationslinien – die bereits in Richtung der Anfang der 1970er Jahre beginnenden Debatte um die „Integration“ (eines Teils) der „Gastarbeiter“ wiesen – finden sich ebenfalls nur in Bezug auf Migrantinnen: Zum einen sei für „Gastarbeitermädchen“ die Heirat mit einem Österreicher der direkteste Weg zur Integration,²⁰³ zum anderen würden gerade Türkinnen, die größere Freiheit schätzen, die sich „im Vergleich zum patriarchalischen Heimatland bieten“ würde.²⁰⁴

Der angesprochene Beginn des Integrationsdiskurses lässt sich am eindeutigsten an den frühen sozialwissenschaftlichen Studien festmachen, in denen die Frage „Rotation“ oder „Integration“ ausländischer Arbeitskräfte direkt verhandelt wurden²⁰⁵. Niederschlag im parlamentarischen Diskurs fand er spätestens bei der Diskussion des *Ausländerbeschäftigungsgesetzes* 1975 – allerdings ohne direkten Einfluss auf das institutionelle Regelwerk zu gewinnen²⁰⁶. Auch dort, wo die Frage nach „Integration“ nicht offen gestellt wurde, lässt sich eine deutliche Verbreiterung der im Zusammenhang mit der Arbeitsmigration diskutierten Themen – über die Arbeitsmarktpolitik hinaus – feststellen. Erst jetzt kann unseres Erachtens von Immigrationspolitik als eigenständigem Politikfeld gesprochen werden. Auf politischer Ebene angesprochen wurden nun unter anderem die Nutzung der öffentlichen Infrastruktur durch „Gastarbeiter“ und ihre Freizeitgestaltung, der Schulbesuch von

²⁰¹ Vgl. ÖGB 1966.

²⁰² Arbeitskreis für ökonomische und soziologische Studien 1973, S. 29.

²⁰³ Ebd. S. 55.

²⁰⁴ Österreichisches Komitee für Sozialarbeit 1971, S. 79.

²⁰⁵ In sprachlicher Hinsicht markieren die frühen 1970er Jahre auch die Ablösung des „Fremdarbeiters“ durch den „Gastarbeiter“.

²⁰⁶ Erst mit den Reformen des AuslBG Ende der 1980er Jahre lässt sich auf gesetzlicher Ebene eine vorsichtige Abkehr vom „Rotationsprinzip“ feststellen (vgl. Neurath/Steinbach 1991, S.12f).

Kindern nicht-deutscher Muttersprache etc. In diesem Zusammenhang hielten auch Fragen der Kultur und Religion ihren Einzug in den Diskurs – allerdings, wie noch zu zeigen sein wird, unter anderen Vorzeichen als in aktuellen Integrationsdebatten.

Für Gewerkschaften und Sozialdemokratie lässt sich rasch ein positiver Bezug auf den Begriff der Integration feststellen. Der ÖGB behauptete 1973 in einem Argumentationsleitfaden – im offenen Widerspruch zu früheren Positionen – sogar von sich:

In Gewerkschaftskreisen ist man aus vielen Gründen vom Integrationsprinzip
ausgegangen.²⁰⁷

Schon zu diesem frühen Zeitpunkt wird der positive Bezug auf Integration allerdings mit der Forderung nach Einschränkung weiterer Immigration verknüpft. Vergleichbare Argumentationsweisen von Seiten der Sozialdemokratie lassen sich sowohl in der parlamentarischen Debatte zum Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 feststellen²⁰⁸ wie auch fast dreißig Jahre später in der Debatte um die sogenannten Übergangsbestimmungen im Zuge der EU-Osterweiterung.²⁰⁹ In den Wortmeldungen bzw. Publikationen von ÖVP und Wirtschaftskammer lassen sich Integrationsbezüge etwas weniger offensichtlich nachweisen, allerdings deutet das augenscheinliche Unbehagen einiger konservativer ParlamentarierInnen im Zuge der Diskussion des *Ausländerbeschäftigungsgesetzes* in eine ähnliche Richtung. So wurde etwa auf Bedenken karitativer Kreise gegen das Gesetz verwiesen. Einer der ÖVP-Sprecher betonte aber auch die Schwierigkeiten, die der Integration der „Gastarbeiterheere“ entgegenstünden, da sie im Unterschied zu den historischen Beispielen der Integration von „Volksdeutschen“ nach dem Zweiten Weltkrieg und von ZuwandererInnen innerhalb der Habsburgermonarchie, weder durch eine gemeinsame Sprache noch durch ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit der österreichischen Bevölkerung verbunden wären.²¹⁰ Klar gegen den Integrationsgedanken positionierte sich die FPÖ, die feststellte:

²⁰⁷ ÖGB 1973a, S. 17.

²⁰⁸ Stenographisches Protokoll NR 140, XIII. GP, 20. März 1975.

²⁰⁹ Stenographisches Protokoll NR 55, XXII. GP, 24. März 2004.

²¹⁰ Stenographisches Protokoll NR 140, XIII. GP, 20. März 1975.

Wir haben weiters in unserem gesellschaftspolitischen Manifest sehr eindeutig erklärt, daß wir die Verankerung der Gastarbeiter in ihrem eigenen angestammten Volkstum wünschen und nicht deren Assimilierung.²¹¹

Auch in diesem Fall lässt sich eine klare Linie zur heutigen Position der Partei ziehen, deren Sorge weniger der Anzahl der ausländischen ArbeitnehmerInnen in Österreich als deren möglichem längeren Aufenthalt und der Gewährung von Rechten gilt. Deutlich wird dies insbesondere in aktuellen Debatten zur Saisonnier-Beschäftigung.

Die zitierten Beispiele zeigen, dass „Integration“ schon in den 1970er Jahren kein unumstrittenes Konzept darstellte. Interessant für das hier untersuchte Thema ist es nun aber, sich die Inhalte, mit denen es verbunden wurde, näher anzusehen. Am deutlichsten wird die Differenz zum heutigen Integrationsverständnis vielleicht in der – in einer Publikation aus dem Umfeld der Sozialpartnerschaft vertretenen – These, dass die österreichische Staatsbürgerschaft die Voraussetzung für „volle Integration“ sei.²¹² Diese Sichtweise steht in scharfem Gegensatz zur heute dominierenden Überzeugung, laut der die Staatsbürgerschaft nur als krönender Abschluss einer gelungenen Integration zu verleihen sei. Im Hinblick auf die formulierten Zielvorstellung wird klar, dass in den Diskussionen der frühen 1970er Jahre „Integration“ nur in zweiter Linie für eine von MigrantInnen zu erfüllende Aufgabe stand²¹³ und in erster Linie als Forderung an den österreichischen Staat zu verstehen war, der andere politische Konzepte als das „Rotationsmodell“ entwickeln sollte.²¹⁴

Im Zuge dieses aufkommenden Integrationsdiskurses explizierten die österreichischen politischen Akteure auch zunehmend ihr Bild von (türkischen) „Gastarbeitern“, wobei häufig sehr stereotype Beschreibungen zu Stande kamen. Das folgende Beispiel ist einer Publikation des ÖGB entnommen.

Aber selbst wenn sie mit richtigen Informationen zu uns kommen, ist die Umstellung für sie außerordentlich groß: Arbeitstempo und Arbeitswelt sind in Österreich ganz anders als in ihren Ursprungsländern. Auch das Klima unter-

²¹¹ Ebd.

²¹² Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 1976, S. 56.

²¹³ Mit Zygmunt Bauman ließe sich argumentieren: eine paradoxe und unlösbare Aufgabe (vgl. Bauman 1992)

²¹⁴ Vgl. u.a. Österreichisches Komitee für Sozialarbeit 1971, S. 72ff; Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 1976, S. 55ff.

scheidet sich deutlich von dem ihrer Heimatländer. Die Eßgewohnheiten sind bei uns grundsätzlich unterschiedlich, und auch die hygienischen Einrichtungen differieren stark. (So unfein es ist, das auszusprechen: Menschen, die an sogenannte Trittklosetts gewohnt sind, tun sich mit unseren Klosettmuscheln außerordentlich schwer.) Ein erheblicher Teil unserer ausländischen Arbeitskräfte kommt auch aus Gebieten, wo das mohammedanische Religionsbekenntnis vorherrschend ist, das in seinen Sitten und Gebräuchen sich doch wesentlich von der christlichen Religion unterscheidet. All diese Schwierigkeiten werden aber durch die Probleme der Verständigung – durch das Sprachproblem – bei weitem übertroffen.²¹⁵

Religion und Kultur werden hier bereits angesprochen, allerdings unterscheidet sich die Art der Thematisierung grundlegend von der heutigen. Beide gelten in diesem gewerkschaftlichen Diskurs zwar als problematisch, doch finden sich keine Textstellen, die diese problembehaftete Andersartigkeit in der Identität der „Gastarbeiter“ „verwurzeln“ würden. Die sich aus der angeblichen Fremdartigkeit ergebenden Probleme sind praktischer Natur, nicht ideologischer. Ganz ähnlich liest sich auch eine Textstelle aus einer der frühen sozialwissenschaftlichen Studien:

...daß mehr als die Hälfte der Türken sich noch an das religiöse Alkoholverbot des Islam halten; das erschwerte ihnen die Teilnahme an österreichischer Gesellschaft beträchtlich.²¹⁶

Das muslimische Kopftuch, das heute aus Debatten um die Rolle des Islam nicht wegzudenken ist, scheint in den hier analysierten Texten nicht auf. Direkte Bezüge auf das Geschlechterverhältnis beschränken sich generell auf die oben bereits zitierten Hinweise zur größeren Freiheit, die türkische Frauen an der österreichischen Gesellschaft schätzen würden.

Näher an der Art und Weise wie „Fremdheit“ auch in aktuellen Diskursen verfasst ist, liegen jene im analysierten Material ebenfalls auffindbaren Textstellen, die die vermeintliche Mentalität der „Gastarbeiter“ beschreiben. „Türken“²¹⁷ wurde dabei immer wieder unterstellt, an Traditionen festzuhalten und für Autorität besonders empfänglich zu sein, wobei diese (vermeintlich) traditionelle und autoritäre Einstellung nicht unbedingt negativ bewertet wurde:

²¹⁵ ÖGB 1973a, S. 6.

²¹⁶ Arbeitskreis für ökonomische und soziologische Studien 1973, S. 51.

²¹⁷ Es kann an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass die AutorInnen dabei türkische Männer vor Augen hatten. Im analysierten Material finden sich auch keine Hinweise auf KurdInnen als eigene Gruppe.

Das entspricht aber auch der Beobachtung, daß sich Türken überhaupt in vielen Beziehungen leichter an die österreichische Lebensweise anzupassen scheinen. Ihnen kommt dabei zugute, daß sie stärker zur Unterordnung tendieren, vor exzessivem Alkoholkonsum besser gefeit sind und durch die Gewöhnung an rituelle Waschungen leichter ein höheres Niveau an Körperpflege erreichen.²¹⁸

Scheinbar fand dieses – (nur) im Vergleich zu anderen „Gastarbeitern“ positive – Bild „der Türken“ auch in breiteren Schichten der Bevölkerung seinen Niederschlag. Eine Umfrage unter ÖsterreicherInnen kam Anfang der 1970er Jahre jedenfalls zu folgendem Ergebnis:

Türken werden weniger lebhaft, weniger schmutzig, weniger unbeholfen gesehen als die Jugoslawen. Sie sind nach Meinung der Österreicher auch bescheidener, gutwilliger, bei Frauen zurückhaltender und anständiger als die Jugoslawen.²¹⁹

Dieses vermeintliche „Wissen“ über die Mentalität der „Gastarbeiter“ schlug sich auch in direkten Handlungsanweisungen für österreichische Vorgesetzte und ArbeitgeberInnen nieder:

Die Gastarbeiter, insbesondere die Türken, unterwerfen sich willig dem Urteil solcher „Achtungspersonen“ und sind für eine Beachtung ihrer Probleme sehr dankbar. Festigkeit und klare Befehle in der Arbeit (Gastarbeiter sind gegenüber Autorität weniger empfindlich als Österreicher) sind dabei mit persönlicher Freundlichkeit und Aufmerksamkeit zu vereinen.²²⁰

Gerade das angebliche Festhalten an Traditionen wurde für die österreichischen StudienautorInnen aber auch zum möglichen Konkurrenzvorteil:

Da für einen Aufstieg in die unteren Führungspositionen eine eher autoritäre Lebensauffassung, wie sie unter Gastarbeitern (insbesondere unter den Türken) noch weit verbreitet ist, förderlich wirkt, könnten sich für die Gastarbeiter spezifische Konkurrenzvorteile ergeben.²²¹

An den hier ausführlich zitierten Beispielen schlägt uns aus heutiger Perspektive v.a. die unverhohlene Stereotypisierung entgegen, die ohne jede Relativierung die Klischees der Rückständigkeit und Traditionsverhaftetheit bediente. Allerdings greift eine solche Interpretation zu kurz, wenn sie die veränderten Argumentationszusammenhänge nicht berücksichtigt. Wo immer die AutorInnen des frühen Integrationsdiskurses Erklärungen für diese vermeintliche „Andersartigkeit“ der „Gastarbei-

²¹⁸ Arbeitskreis für ökonomische und soziologische Studien 1973, S. 56.

²¹⁹ Konferenz für Sozialarbeit 1971, S. 77.

²²⁰ Ebd. S. 45f.

²²¹ Ebd. S. 67.

ter“ anboten, kamen zwei Argumentationsschienen zum Einsatz. Einerseits bezogen sie sich auf die ökonomische Randständigkeit der Herkunftsgebiete (insbesondere „Anatolien“ wurde hier zur Chiffre), andererseits – und das scheint für heutige Debatten ein wesentlicher Punkt zu sein – auf die sozio-ökonomische Position der MigrantInnen in Österreich, deren Diskussion relativ breiten Raum einnahm. Nicht in der Beschreibung der Situation, die im Schlagwort der „Unterschichtung“ zusammengefasst wurde, wohl aber in deren Bewertung zeigen sich dabei Ambivalenzen. Einerseits gab die unterprivilegierte Stellung der MigrantInnen Anlass zur Befürchtungen, dass sich daraus eine Gefahr für den sozialen Frieden ergeben könnte, andererseits wurde der relative Aufstieg (auch) unqualifizierter österreichischer Arbeitskräfte positiv bewertet.²²²

„Kultur“ und „Religion“ tauchten im frühen Integrationsdiskurs nicht nur generell wesentlich seltener auf als in heutigen Debatten, sie wurden auch in deutlich weniger essentialistischer Form gedacht. Zum Teil lässt sich dabei eine Nähe zu (problematischen) Assimilationsdiskursen feststellen – zumal als Fernziel einer „vollen Integration“ die Ununterscheidbarkeit zu einer „österreichischen“ Lebensweise anvisiert wurde,²²³ allerdings überlagerte wie oben beschrieben ein Verständnis von „Integration“ als zunächst staatliche Aufgabe diese Problematik. Es lässt sich allerdings auch festhalten, dass innerhalb des österreichischen politischen Diskurses schon in der Phase der Anwerbung türkische MigrantInnen den deutlichsten Gegensatz zum österreichischen Selbstbild einer modernen Industriegesellschaft verkörperten.

²²² Ebd. S. 64ff.

²²³ Ebd. S. 97, 98.

III.2.2.b Gemeinsamkeiten und Unterschiede: Von den 1960er Jahren in die Gegenwart

Trotz der unterschiedlichen Quellensorten – Parlamentsmaterialien und politische Berichte aus den 1960er und 1970er Jahren sowie Zeitungstexte und Bilder aus den Jahren 2004 bis 2008 – lassen sich zwischen den Diskursen über die türkische GastarbeiterInnen-Migration nach Österreich und den aktuellen Debatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei Vergleiche und Entwicklungen zumindest grob herausarbeiten. So kann hinsichtlich der Bezeichnungspraktiken sicherlich von einer Kontinuität der Diskriminierung und Pauschalisierung ausgegangen werden: Was in den gegenwärtigen Debatten verallgemeinernd „die Ausländer“, „die Türken“ und „die Moslems“ sind, waren in den 1960er und 1970er Jahren „die Gastarbeiter“. Oft wurden sie sogar noch mit dem – durch die nationalsozialistische Zwangsarbeit eigentlich diskreditierten – Begriff „Fremdarbeiter“ bezeichnet. Weder im politischen Diskurs der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs noch in den aktuellen Mediendebatten erhalten „die Türken“ selbst eine machtvolle Stimme. Sie erstreckt sich meist auf ein paar wenige O-Töne, es wird nicht ihre Perspektive eingenommen, sondern die „von außen“.

Doch es gibt auch deutliche Unterschiede. Während in den aktuellen Debatten um kulturelle und religiöse Unterschiede vor allem „die Türken“ im Mittelpunkt stehen, finden sich im Diskurs der 1960er und 1970er Jahre mehr Bezüge auf den Staat Türkei. Er wurde als rückständig und unzuverlässig wahrgenommen. Auch die Hauptarena des Diskurses hat sich im Laufe der Zeit verlagert: Während die GastarbeiterInnen-Migration vor allem zum Thema politischer EntscheidungsträgerInnen und Gremien wurde, findet die Debatte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei vor allem auf den Seiten der Boulevardblätter statt. Das hängt auch mit den Koordinaten zusammen, in denen die Frage der Zuwanderung verhandelt wurde und wird. In den 1960er und 1970er Jahren ging man von einem zeitlich begrenzten Aufenthalt der türkischen „Gastarbeiter“ aus, den man formal mit dem Rotationsprinzip untermauerte. Aus jährlich festgelegten Kontingenzahlen wurde mittlerweile Zuwanderung. Zur bilateralen Ebene der Anwerbeabkommen kam nun auch die euro-

päische Ebene hinzu. Nicht zuletzt die verschiedenen ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmten die teils unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung der türkischen (Arbeits-)migration nach Österreich: Waren die 1960er Jahre eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und die ZuwandererInnen dringend benötigte Arbeitskräfte, so finden die aktuellen Debatten vor einem gänzlich anderen ökonomischen Hintergrund statt, der von steigender Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen geprägt ist.

III.2.3. Zwischen Nationalstaatlichkeit und europäischer Integration: Österreichische Identität und türkischer Nationalismus

In den aktuellen österreichischen Mediendebatten über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei kehrt ein Aspekt immer wieder: Europa wird durch Abgrenzung definiert, und zwar besonders durch Abgrenzung von „den Türken“ (unabhängig davon, ob damit die BewohnerInnen der Türkei oder die türkischen MigrantInnen in Europa gemeint sind), wobei stark auf kulturelle Merkmale zurückgegriffen wird. Heidemarie Uhl spricht angesichts der aktuellen Debatten über die europäische Identität von einem „Déjà-Vu“: Die zeitgenössischen Diskussionen erinnerten an die Debatten des 19. und 20. Jahrhunderts, in dem der Nation als Zivilisationsprojekt das Modell einer Kulturnation gegenübergestellt wurde:

Die Rede von einer gemeinsamen Kultur und Geschichte, einem gemeinsamen kulturellen Erbe und einem europäischen Gedächtnis steht somit in der Tradition der nationalen Sinnstiftungen des 18. und 19. Jahrhunderts, in denen Nationen vor allem auch aus der Vergangenheit legitimiert wurden.²²⁴

Die Diskussionen über die Frage, ob die Türkei der Europäischen Union beitreten solle oder nicht und ob sie ein „europäischer“ Staat sei, weist dabei auch eine emotionale Dimension auf, die ebenfalls an die Hochzeit des Nationalismus mit seinem Ziel, ethnisch homogene Staaten zu errichten, erinnert. Insbesondere an der visuellen Darstellung von Türken und Türkinnen zeigt sich, wie sehr auf emotionalisierende Motive – z.B. die Abbildung protestierender Menschenmassen – gesetzt wird.

²²⁴ Heidemarie Uhl, Zwischen Pathosformel und Baustelle. Kultur und europäische Identität, in: Moritz Csáky/Monika Sommer (Hrsg.), Kulturerbe als soziokulturelle Praxis, Innsbruck/Wien/Bozen 2005 (Gedächtnis, Erinnerung, Identität; 6), S. 129-145 (S. 138).

Auch hier lässt sich ein Bogen in die Vergangenheit schlagen. Bei Uhl heißt es dazu:

[...] die neuere Nationsforschung [weist] darauf hin, dass nationale Zugehörigkeit nicht allein auf rational-interessengeleiteten Erwägungen, sondern ebenso auf Gefühlswerten beruht: Die Verflechtung von „Nation und Emotion“ ist kein bereits überwundenes historisches Phänomen des 19. und 20. Jahrhunderts [...].²²⁵

Die von kulturellen und historischen Argumenten beeinflussten Debatten über eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei und die emotionalisierenden Aspekte dieser Diskussionen erinnern damit nicht nur an Mechanismen der Nationsbildungsprozesse im 19. und 20. Jahrhunderts, sondern unterstreichen auf diese Weise auch den Umstand, dass – trotz aller europäischen Integration – die nationalen Bezugsgrößen ihre Bedeutung für aktuelle kollektive Identitätsbildungsprozesse noch keineswegs verloren haben. In den österreichischen Debatten betrifft das zum einen den weiteren politischen Kontext, in dem diese Debatten geführt werden. Die Rolle, welche Österreich in EU-Europa einnehmen soll, ist in den Debatten ein wichtiger politischer Hintergrund, vor dem der mögliche EU-Beitritt diskutiert wird. Hierzu werden – wie weiter oben ausgeführt – auch historische Referenzen angeführt, mit der Österreichs europäische Position begründet wird. Es geht nicht ausschließlich um den Gegensatz zwischen Europa und der Türkei, sondern die Diskussion bezieht sich auf das Dreieck aus Österreich, Europa und der Türkei. Wie an der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* bereits deutlich gemacht, wird die Politik nicht nur der Türkei, sondern auch der „EU in Brüssel“ sowie dritter Staaten (den USA, Deutschland etc.) als bedrohlich dargestellt. Der alte Abwehrmythos, nach dem Österreich alleine gegen den gefährlichen Osten ein Bollwerk gebildet habe, wird so wiederbelebt.

Der Bezug auf das Thema Nation hat in den österreichischen Türkeidebatten jedoch noch eine weitere Dimension, die sich auf den Staat Türkei bezieht. Der türkische Nationalismus Atatürkscher Prägung wird immer wieder zum Thema erhoben und meist als Gefahr, zumindest aber als ernste Herausforderung für die Europäische Union beschrieben. Der türkische Nationalismus bildet dabei – neben den

²²⁵ Uhl, Zwischen Pathosformel und Baustelle, 2005, S. 134.

Themen Kultur, Geschlecht, Religion und Migration – einen weiteren zentralen Bezugspunkt. Daraus resultiert ein Argumentationsmuster, das besagt, der türkische Nationalismus gefährde die Einheit und Stabilität der Europäischen Union. Auch er wird damit zu einem Bestandteil dessen, was an der Türkei als „anders“ wahrgenommen wird. Das Argument untermauert zudem den Topos von der „Zerreißprobe“, vor der die Türkei stehe. Dieses wurde bereits an einem Artikel aus dem Nachrichtenmagazin *NEWS* kurz erläutert. Darin heißt es weiter:

Das Kopftuch von Frauen gilt als religiöses Symbol. Ein Tabu in den öffentlichen Gebäuden der Türkei, so die von Staatsgründer Kemal Atatürk entworfene Verfassung der Türkei. Die strikte Trennung von Religion und Staat gilt als rote Linie. Dass sie nicht überschritten wird, darüber wacht ein Machtkonglomerat aus Armee und Bürokratie, die sogenannte „kemalistische Elite“.
(Petra Ramsauer, Türkei vor der Zerreißprobe, in: *NEWS* 31/2008).

Auch dieses Beispiel bestätigt erneut den bereits weiter oben in anderen Zusammenhängen ausgeführten Befund, dass sich in den Debatten um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ganz unterschiedliche Argumente verbinden. In diesem Textbeispiel ist es das Thema Religion und das Thema Nationalismus, die zusammen die „Zerreißprobe“, vor der sich die Türkei befinde, ausmachen. Immer wieder lässt sich diese Verbindung sowohl in Texten als auch in visuellen Darstellungen beobachten.

Diese Argumentationsstrategie kann an einem Text von Kurt Seinitz noch deutlicher gemacht werden, der am 12. Dezember unter dem Titel „Atatürks Ersatzreligion: Nationalismus“ in einer Artikelreihe zur Türkei in der *Kronen Zeitung* veröffentlicht wurde. Auch dem Thema Religion hatte Seinitz einen eigenen Artikel in der Reihe gewidmet, unter dem Titel „Das Kreuz mit der Religion“.

Seinitz beginnt den Artikel „Atatürks Ersatzreligion: Nationalismus“ mit einem Hinweis auf die Allgegenwart Atatürks im öffentlichen Raum der Türkei.

Atatürk da, Atatürk dort, Atatürk überall: Atatürk-Statuen, Denkmäler, Büsten, Banner, Plakate, Huldigungen, Beschwörungen gönnen dir keine freie Minute. Wir erinnern uns an den Lenin-Kult und den Tito-Kult, und wir erinnern uns an ihr Ende. Starke, innerlich gefestigte Systeme haben solche Personenkultexzesse nicht nötig.

Damit verbindet Seinitz eine eindeutige Wertung: Er vergleicht zwar nicht den Gründer der modernen Türkei Atatürk mit Tito und Lenin, setzt aber den „Atatürk-

Kult“ in Analogie zum „Lenin-Kult“ und zum „Tito-Kult“. Seine Bewertung fällt noch deutlicher aus: Es handele sich um „Personenkultexzesse“, welche „innerlich gefestigte Systeme“ nicht „nötig“ hätten. Durch die verwendeten Personalpronomen („gönnen dir keine freie Minute“, „wir erinnern uns“) wird die Perspektive deutlich zu einer von außen, die auch die LeserInnen einnehmen: „wir“ schauen von außen auf die Entwicklungen in der Türkei.

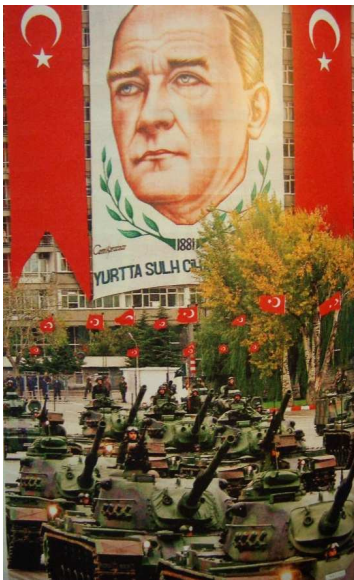


Illustration aus dem Artikel. Quelle: Kronen Zeitung, 12.12.2006.

Auch Seinitz unterstützt in seinem Artikel das Argumentationsmuster, das man in Anlehnung an den *NEWS*-Artikel von 2008 als Topos der Zerreißprobe beschreiben kann. Wie er bereits im Titel des Textes deutlich macht, geht es ihm darum, das spannungsgeladene Verhältnis von Nationalismus und Islam in der Türkei darzustellen. Auffallend ist, dass im gesamten Artikel im Zusammenhang mit der Religion nie von „islamisch“ oder „muslimisch“ geschrieben wird, sondern es stets „islamistisch“ heißt. Damit wird der Eindruck vermittelt, die türkischen MuslimInnen seien überwiegend radikal, gefährlich und eine Gefahr für die Demokratie. Auch vor dem Schlagwort des „Religionskrieges“ scheut Seinitz nicht zurück. Der Nationalismus sei eine – gefährliche – Religion: eine „Ersatzreligion“.

Der Gegner heißt Islamismus als Staatsideologie, und Atatürk hat an seine Stelle eine Ersatzreligion gesetzt: Nationalismus.

Das Ringen um die Macht im Staat nimmt zuweilen Formen eines Religionskrieges an.

Hierbei geht Seinitz auffallend frei mit historischen Bezügen um: Denn Atatürk schaffte zwar das Kalifat ab und damit die Verbindung von weltlicher und geistlicher Herrschaft, wie sie für das Osmanische Reich kennzeichnend war, eine Reaktion auf „Islamismus“, mit dem gemeinhin aktuelle radikale Entwicklungen in Teilen des Islams gemeint sind, war dies jedoch nicht. Durch diese Vermischung der Zeiten wird die Türkei in Seinitz Artikel zu einer statischen Größe, deren politisches System und deren politische Kultur sich seit Atatürks Zeit nicht verändert hätten.

Atatürks Reformen beschreibt Seinitz als von Gewalt beherrscht:

Als Ursache der türkischen Rückständigkeit machte er den reaktionären Islam verantwortlich, den er brutal und total entmachtete. [...] Auch Demokratie war nicht Atatürks Sache. Seine Ideologie der Volksherrschaft – eine Entwicklungsdiktatur – wurde von der Armee im Kasernenhof exerziert.

Es fällt auf, dass der Autor zwischen ernsten und saloppen Formulierungen abwechselt. So heißt es deutlich, Atatürks Vorgehen sei „brutal“ gewesen und von der Armee „exerziert“ worden, im selben Abschnitt heißt es dagegen lapidar: „Auch Demokratie war Atatürks Sache nicht“. Im Zusammenhang mit vergangenen Militärputschs in der Türkei - Seinitz nennt etwa denjenigen gegen den „islamistischen Premier Erbakan“ – spricht er auch die aktuelle EU-Frage an. Dabei kommt er erneut zu einem deutlich wertenden Befund über die Türkei, den er historisch untermauert. Auffallend ist zu Beginn der Textstelle auch der Tonfall, der durch die einfache, ans Umgangssprachliche angelehnte Ausdrucksweise zynisch wirkt.

Ein neuer Putsch brächte allerdings das sofortige Ende des EU-Beitrittsprozesses. Aber das käme den sogenannten Dinosaurier-Kemalisten gar nicht so ungelegen, tut der neue Generalstabschef doch so, als würde man ihm seine Türkei wegnehmen. [...]

Die Wunden des alten Trauma der Aufteilung der Türkei 1918, die militärische Intervention der europäischen Mächte, an der nationalen Seele sind ohnehin noch nicht vernarbt. Der Nationalismus kann hysterische Formen annehmen, Stichwort: Armenierfrage.

Die Türkei ist eine leicht erregbare Nation, die sich auch wenn sie brutal zuschlägt, stets in der Opferrolle sieht – und stets vom Ausland falsch verstanden. Der eigene Beitrag der Türkei zu einem besseren Verständnis hält sich jedoch mehr als in Grenzen.

Die Bildsprache, welche bei den Illustrationen der Reportage verwendet wird, unterstreicht die inhaltlichen Aussagen des Textes. Das betrifft vor allem die rechte Seite des doppelseitigen Artikels, jene Seite also, die zuerst beim Blättern durch die Ausgabe ins Auge der BetrachterInnen fällt. Wie auf einer Diagonale sind zwei Bil-

der sowie der zweite Teil der Überschrift – „Ersatzreligion Nationalismus“ – angeordnet. Links oben zeigt ein Bild salutierende Armeeangehörige vor einer Moschee. Die Spitzen der Minarette sind dabei über den Rahmen des Bildes hinausgezogen und reichen bis an den oberen Rand des Layouts. Plakativ wird somit der im Text bereits eingehender behandelte Gegensatz von Islam und Militär illustriert. Rechts unten zeigt ein Bild Polizisten, die mit Helmen ausgerüstet und mit Knüppeln bewaffnet auf einen Demonstranten einschlagen.

Die Abbildung von Flaggen

Die eingangs beschriebene Installation des deutsch-türkischen Künstlers Feridun Zaimoglu im Wiener Museumsquartier setzte auf die optische Wirkung der türkischen Flagge, die vor allem durch die Signalfarbe rot wirkt. Auch die Bilder, mit denen Berichte und Kommentare zum Thema des türkischen EU-Beitritts illustriert werden, bilden häufig die rote Fahne mit Halbmond ab. Auf diese Weise wird auch das Argumentationsmuster, dass der türkische Nationalismus eine Bedrohung darstelle und er damit einen Grund gegen einen EU-Beitritt der Türkei darstelle, häufig visuell untermauert.

Die türkische Fahne dient nicht nur als visueller Marker, der deutlich macht, dass sich die entsprechenden Bilder auf die Türkei beziehen. Sie ist zudem ein steter Verweis auf den als bedrohlich wahrgenommenen Nationalismus in der Türkei. Immer wieder werden etwa Menschen gezeigt, die demonstrieren – sei es gegen den Papstbesuch oder gegen den EU-Beitritt der Türkei – und dabei die Fahne in erhobenen Händen halten.

In den Datenbanken der großen internationalen Bildagenturen finden sich zahlreiche Fotos dieser Art. Sie können häufig als sogenannte *stock photos* beschrieben werden, die von den Bildagenturen auf Lager vorproduziert werden. Neben durchaus vorhandenen Abweichungen in den Details der Bilder, fällt auf, dass Inhalte und Aufbau häufig auffallend gleich sind. Zwar gibt es eine Vielzahl von „Türkenbildern“,

doch zeichnen sie sich nicht durch eine tatsächliche Bandbreite und Vielfalt aus.²²⁶ Das Beispiel der *stock photos* unterstreicht deutlich, dass auch Pressefotos – die im Gegensatz zu Karikaturen ein dokumentarisches Genre sind – nicht ohne Inszenierung auskommen. Ausschnitt, Perspektive und Symbolsprache transportieren eine bestimmte Aussage, die häufig zugleich vereinfachend und stereotyp ist wie vage. Dadurch erfüllen diese Bilder auch die redaktionellen Bedürfnisse der Zeitungen: „Die gelieferten Bilder sind von vorneherein so vielseitig einsetzbar gehalten, dass eine Unterlegung von Text nicht nur leicht möglich, sondern geradezu erforderlich ist.“²²⁷

Dass der türkische Nationalismus als bedrohlich wahrgenommen wird zeigt sich jedoch nicht nur an solchen Fotos, die protestierende und die türkische Fahne schwenkende Menschenmassen zeigen. Auch eine andere Bildstrategie ist von ebenso hoher Symbolkraft: So gibt es Bilder, die hinter der türkischen Fahne nur den Umriss eines Menschen zeigen oder einen menschlichen Schatten, der auf eine Fahne geworfen wird und die Silhouette der Person nur schematisch erkennen lässt.²²⁸ Diese hochsymbolischen Bilder haben eine klare Aussage: Sie zeigen die Türkei und „die Türken“ als den unbekannten „Anderen“, der nicht sein „wahres Gesicht“ zeigt, das sich hinter der türkischen Fahne verbirgt.



Schematische Abzeichnung einer Hand hinter der türkischen Fahne. Quelle: Die Presse, 30.1.2008.

Ebenso wie die türkische Fahne ist auch die türkische Armee ein wichtiges visuelles Symbol, das die verbreiteten Ängste unterstreicht, dass Europa aufgrund des türkischen Nationalismus bedroht sein könnte.

²²⁶ Vgl. hierzu auch die Überlegungen auf S. 62.

²²⁷ Bruhn/Schneider, Fertigbilder, 1998.

²²⁸ Beispielhaft dazu: Aufmacher in „Die Presse“ (30.1.2008), anlässlich der Veröffentlichung einer neuen Studie der European Stability Initiative.

Wie auch bereits in anderen Zusammenhängen gezeigt werden konnte, wird das Thema des türkischen Nationalismus sowohl hinsichtlich der Türkei behandelt als auch im Zusammenhang mit türkischen MigrantInnen in Österreich. In der im vorausgegangenen Kapitel analysierten Reportage aus *NEWS* („Orient meets Ottaking“) wurde der türkische Nationalismus auch als Kennzeichen der türkischen MigrantInnen in Österreich geschildert. Über die BesucherInnen eines Konzerts des türkischen Popsängers Tarkan beim Donauinselfest heißt es:

Türkiye ... Türkiye ...“, skandieren Tausende Fans, eine rote Flagge mit weißem Halbmond schwebt über dem Nachthimmel.

IV. Schlussbemerkungen

„Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen“²²⁹ – der vielfach zitierte Ausspruch des Schweizer Schriftstellers Max Frisch verweist auf eine Entwicklung, die in den 1960er Jahren des letzten Jahrhunderts begann und bis heute die europäischen Gesellschaften prägt. Anfang der 1960er Jahre kamen die ersten GastarbeiterInnen aus wirtschaftlich schwächeren Staaten in die vom Aufschwung geprägten Länder Westeuropas, so auch nach Österreich. Ursprünglich war dabei an ein Rotationssystem gedacht, die ausländischen ArbeiterInnen sollten nicht auf Dauer, sondern auf Zeit nach Österreich kommen; sie waren „Arbeiter“, aber auch „Gäste“. Eine dauerhafte Niederlassung und Integration in Österreich war nicht geplant.

Fünzig Jahre später zeigt sich, dass viele GastarbeiterInnen in Österreich blieben, häufig kamen ihre Familien nach. Österreich ist ein Einwanderungsland, das besonders von der türkischen Zuwanderung auf vielfältige Weise geprägt ist. Die zunehmende Problematisierung des Themas Migration im öffentlichen Diskurs, die sich besonders häufig an der türkischen Migration festmacht, hat dabei auch Auswirkungen auf die Frage eines türkischen EU-Beitritts. Dieser wird in der öffentlichen Debatte meist nicht etwa als „Vollendung eines Europa der kulturellen Vielfalt“²³⁰ bewertet, sondern stattdessen oft als Bedrohung Europas und der europäischen Identität gesehen.

Die Analyse österreichischer Printmediendebatten über die Frage eines EU-Beitritts der Türkei konnte zeigen, auf welche Weise sich die unterschiedlichen Diskursstränge verbinden: Die Perspektiven auf die Türkei und auf die TürkinInnen sind stark beeinflusst von den Themen Kultur, Geschlecht und Religion, aber auch von Fragen der aktuellen Politik, wie Migration und Integration und der Bewertung des türkischen Nationalismus. In Metaphern und visuellen Darstellungen werden Vorstellungen von dem, was die Türkei und die TürkinInnen ausmache, verfestigt. Argumen-

²²⁹ Ursprünglich: Max Frisch, Vorwort, in: A.J. Seiler, *Siamo Italiani*, Zürich 1965.

²³⁰ Faruk Şen, *Der EU-Beitritt der Türkei als Vollendung eines Europa der kulturellen Vielfalt*, in: Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.), *Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg*, Bielefeld 2005, S. 29-46.

tationsmuster, Bezeichnungspraktiken und Visualisierungsstrategien transportieren damit auch historisch und kulturell geformte „Türkenbilder“. Es entstehen oder verfestigen sich Fremdbilder – seien sie visuell oder sprachlich –, welche Europa der Türkei als „fremd“ und „anders“ gegenüberstellen. Kultur, Geschlechterverhältnisse, Religion und nicht zuletzt Geschichte dienen als Gründe für die vermeintliche Unvereinbarkeit von der Türkei und Europa. Dabei findet auch der historisch überlieferte österreichische Abwehrmythos gegen „die Türken“ im Mediendiskurs seine populistische Neuauflage. Es wird deutlich, wie historische Ereignisse und Epochen durch die „dialogisch-diskursive Artikulation“²³¹ in den Medien die Wahrnehmung von der Türkei und den TürkInnen auch in der Gegenwart prägen können. Ritualisierte Erzählweisen und kanonisierte Bilder werden dabei auf aktuelle Debatten übertragen, wie etwa an der Metapher des türkischen Basars deutlich gemacht werden konnte. An diesem Beispiel zeigt sich aber auch etwas Weiteres, was die österreichischen Debatten kennzeichnet: Wenn es in der *Kronen Zeitung* heißt „Türkei und EU feilschen wie in einem Basar“²³², so ist das ein Beleg für die Verbindung, welche eine allgemeine Skepsis mit der konkreten Ablehnung eines Türkei-Beitritts in den Mediendebatten eingehen kann. Die Europaskepsis äußert sich in zunehmender Kritik an der EU-Politik, in allgemeiner Erweiterungsmüdigkeit und speziell in der Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Erweiterungsängste, so scheint es, werden auf die Auseinandersetzung um den Beitrittskandidaten übertragen.

²³¹ Küçük, Türkei und das andere Europa, 2008, S. 21.

²³² *Kronen Zeitung*, 8.12.2006.

V. Hinweise zur Dissemination

Aufgrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Relevanz der Untersuchung ist es ein Anliegen des Demokratiezentrum Wien, die Ergebnisse des Projektes in unterschiedliche Öffentlichkeiten zu kommunizieren. Bereits zu Beginn des zweiten Projektjahres 2009 nahm das Demokratiezentrum daher an einer Initiative mehrerer Wiener Forschungseinrichtungen teil, sowohl ForscherInnen als auch Personen aus der Praxis zusammenzubringen. Unter dem Titel „Europa und das Andere. Konflikte um Geschlecht und Religion“ fand am 26. März 2009 in der Aula des Universitätscampus eine Tagung statt, die vom Demokratiezentrum Wien, dem Institut für Konfliktforschung und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien veranstaltet wurde. Hier wurden laufende und kürzlich abgeschlossene wissenschaftliche Projekte vorgestellt, die sich mit den Themen Migration und Integration sowie Islam und Europa beschäftigten. Unter dem Titel „Historisch-kulturelle Türkenbilder im Kontext politischer Debatten“ stellte das Demokratiezentrum das Projekt vor. Unter der Moderation Mag.a Gertraud Diendorfers referierte Projektmitarbeiterin Mag.a Stefanie Mayer über den „Gastarbeiter“-Diskurs der 1960er und 1970er Jahre. Dr.in Elisabeth Röhrlich stellte erste Ergebnisse der Bildanalyse vor. Als Gastreferent war der Türkeiexperte Dr. Cengiz Günay vom Österreichischen Institut für Internationale Politik zum Panel eingeladen. Zum Abschluss der Tagung fand eine Podiumsdiskussion statt, in der über Fragen und Perspektiven der „Einwanderungsstadt Wien“ diskutiert wurde. Projektleiter Prof. DDr. Manfred Welan berichtete von seinen Erfahrungen aus der Politik. In einer Ausgabe der ORF 1-Reihe „Dimensionen“ wurden die an der Tagung beteiligten Projektteams vorgestellt.

Im Mai 2009 war das Demokratiezentrum Wien außerdem dazu eingeladen, auf einer Konferenz in Ankara das laufende Projekt vorzustellen. Die von der Bilkent Universität Ankara und der türkischen Regierung organisierte und veranstaltete Konferenz sollte einen Rückblick auf das Thema „Türken im Ausland. 50 Jahre Migration und Integration“ geben. Hierzu waren WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen eingeladen, um sich über ihre Erfahrungen aus Praxis und For-

schung auszutauschen. Die Vorträge der Konferenz werden in einem dreisprachigen Sammelband publiziert, darunter ein Beitrag von Projektmitarbeiterin Dr.in Elisabeth Röhrlich (Manuskript s. Anhang). Zeitgleich nahm Projektmitarbeiterin Mag.a Stefanie Mayer an einer ebenfalls in Ankara stattfindenden internationalen Konferenz zum Thema „Migration to, from, and in Southeastern Europe: Intercultural Communication, Social Change and Transnational Ties“ (5th InASEA Conference) teil.

Da das Projekt einen seiner Schwerpunkte auf die Analyse visueller Strategien gelegt hat, werden seine Ergebnisse auch in diesem Forschungszweig kommuniziert. In einer von Prof. Dr. Claus Leggewie und Dr. Benjamin Drechsel (beide: Kulturwissenschaftliches Institut Essen) herausgegebenen Publikation über „Europabilder“ erscheint ein Aufsatz von Projektmitarbeiterin Dr. Elisabeth Röhrlich, der sich mit der Frage beschäftigt, wie anhand visueller Darstellungen der Türkei Europa in Abgrenzung von der als „anders“ dargestellten Türkei konstruiert wird (Manuskript s. Anhang).

Das Demokratiezentrum Wien verbindet in seiner Arbeit wissenschaftliche Forschung und Vermittlung. Dabei richtet es sich an eine breite Öffentlichkeit und spricht neben dem Fachpublikum auch eine größere Zielgruppe an. Ein Schwerpunkt liegt im Bereich der Bildung – so werden etwa Lehrmaterialien für die Politische Bildung entwickelt. Aufgrund der aktuellen Relevanz des im Projekt behandelten Themas, die etwa darin liegt, dass die Integration von MuslimInnen in Europa „mit und ohne Türkei“ notwendig ist²³³ - werden die Ergebnisse des Projektes auch in die weitere Arbeit des Demokratiezentrums entscheidend einfließen.

²³³ Maria Vassilakou, Es ist nicht die III. Türkenbelagerung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2005, S. 337-344.

VI. Literaturverzeichnis

Anastasakis, Othon, Großbritannien, ein Verbündeter der Türkei in Europa?, in: Angelos Giannakopoulos/Konstadinos Maras, Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich, Wiesbaden 2005, S. 149-157.

Angerer, Thomas, „Österreich ist Europa“. Identifikationen mit Europa seit dem 18. Jahrhundert, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 1 (1/2001), S. 55-72.

Arato, Francesco, Die Diskussion über einen EU-Beitritt der Türkei in der italienischen Öffentlichkeit und Politik, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 63-75.

Assmann, Aleida, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 1999.

Assmann, Aleida, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006.

Ataç, Ilker/Bülent Küçük/Ulaş Şener (Hrsg.), Perspektiven auf die Türkei – Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung, Münster 2008.

Arbeitskreis für ökonomische und soziologische Studien, Gastarbeiter. Wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, Wien 1973.

Bauböck, Rainer/Perchinig, Bernhard, Migrations- und Integrationspolitik, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Mainz/Wien 2006, S. 726-742.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte, Wien 1976.

Biegelbauer, Peter/Erich Griessler, Politische Praktiken von MinisterialbeamtInnen im österreichischen Gesetzgebungsprozess, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38 (1/2009), S. 61-78.

Bischof, Karin/Florian Oberhuber/Karin Stögner, Säkularisierung und geschlechtsspezifische Konstruktion der „anderen“ Religion. Endbericht des IKF, Wien 2008.

Bratić, Lubomir, Selbstorganisation und Widerstand, in: Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Matzl (Hrsg.), Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004, S. 140-142.

Bührmann, Andrea D./Werner Schneider, Mehr als nur diskursive Praxis? – Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse, Volume 8,

No. 2, Art. 28. Mai 2008. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/237/526> (08.06.2009).

Burckhardt, Benjamin, Die Macht der Bilder als Ohnmacht der Politikwissenschaft: Ein Plädoyer für die transdisziplinäre Erforschung visueller politischer Kommunikation“, in: Image 2: Kunstgeschichtliche Interpretation und bildwissenschaftliche Systematik (Online-Publikation unter: www.image-online.info).

Butschek, Felix/Ewald Walterskirchen, Aspekte der Ausländerbeschäftigung, in: WIFO-Monatsberichte 47(4/1974), S. 214-224.

Dallinger, Silvia/Johanna Witzeling, Die „Helden von 1683“ – Türkengedenken im 19. und 20. Jahrhundert. Die Maske. Zeitschrift für Kultur- und Sozialanthropologie. Wien 2008, S. 15-17.

Davy, Ulrike/August Gächter, Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik in Österreich, in: Journal für Rechtspolitik (1/1993), S.155-174 und S. 257-281.

Demesmay, Claire/Eddy Fougier, Die französische Malaise im Spiegel der Türkei-Debatte, in: Giannakopoulos/ Maras (Hrsg.), Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 49-62.

„Der unbekannte Türke und eine künftige Volksabstimmung. Anatomie einer österreichischen Debatte, Studie der European Stability Initiative (ESI), Berlin/Istanbul 2008.

Dieringer, Jürgen/Kai-Sebastian Melzer/Micha Wirtz, Die Europäische Union nach der Osterweiterung: zur politisch-kulturellen und institutionellen Entwicklung, in: Ellen Bos/Jürgen Dieringer (Hrsg.), Die Geschichte einer Union der 27. Die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden 2008, S. 37-54.

Dömötörfi, Tibor, „Brücke zwischen Ost und West“? Die Ungarn und der EU-Beitritt der Türkei, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 187-196.

Elliot, Jane, Using Narrative in Social Research. Qualitative and Quantitative Approaches, London 2005.

Espositio, John L./Dalia Mogahed, Who Speaks for Islam? What a Billion Muslims Really Think, Gallup Press 2008.

Fassmann, Heinz/Rainer Münz, Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen, Wien 1995.

Fidler, Harald, Österreichs Medienwelt von A bis Z. Das komplette Lexikon mit 1000 Stichworten von „Abzockfernsehen“ bis „Zeitungssterben“, Wien 2008.

Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main 1981.

Fritz, Maria, Die Migrationspolitik im Kontext der gesamteuropäischen Bestrebungen seit 1945 unter besonderer Berücksichtigung Österreichs, Diss. Universität Wien 2003.

Gächter, August/Recherchegruppe, Von Inlandarbeiterschutzgesetz bis EURODAC-Abkommen. Eine Chronologie der Gesetze, Ereignisse und Statistiken bezüglich der Migration nach Österreich 1925-2004, in: Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Matzl (Hrsg.), Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004, S. 31-45.

Geideck, Susan/Wolf-Andreas (Hrsg.), Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern, Berlin/New York 2003.

Gerhards, Jürgen (unter Mitarbeit von Michael Hölscher), Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, März 2005.

Giannakopoulos, Angelos/Konstadinos Maras, Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich, Wiesbaden 2005, S. 149-157.

Graber, Doris, Say it with Pictures, in: The Annals of The American Academy of Political and Social Science, 8/1996, S. 85-96.

Große Hüttmann, Martin, „Die Türkei ist anders als Europa“: Die öffentliche Debatte um einen EU-Beitritt der Türkei in Deutschland, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 35-47.

Günay, Cengiz, Flags Against Fears and Uncertainties, in: Turkish Policy Quarterly (4/2006), S. 19-30.

Günay, Cengiz, Austrian Stakeholders in the EU-Turkey Debate, in: Nathalie Tocci (Hrsg.), Talking Turkey in Europe: Towards a Differentiated Communication Strategy, Rom 2008, S. 59-84.

Heine, Susanne (Hrsg.), Islam zwischen Selbstbild und Klischee – eine Religion im österreichischen Schulbuch, Wien/Köln 1995.

Heiss, Johann/Johannes Feichtinger, Wiener „Türkengedächtnis“ im Wandel. Historische und anthropologische Perspektiven, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38 (2/2009), S. 249-263.

Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.), Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf, Wiesbaden 2005.

Holzinger, Walter, Österreich als Einwanderungsland? Migration und Migrationspolitik in Geschichte und Gegenwart, Diplomarbeit, Universität Wien 1997.

Jäger, Siegfried, Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse., 2000. Online: http://diss-duisburg.info/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm (10.06.09).

Jäger, Siegfried, Kritische Diskursanalyse, Duisburg/Münster, 3. Aufl. 2001.

Jonker, Gerdien/Pierre Hecker/Cornelia Schnoy (Hrsg.), Muslimische Gesellschaften in der Moderne. Ideen – Geschichten – Materialien, Innsbruck, Wien, Bozen 2007 (Konzepte und Kontroversen. Materialien für Unterricht und Wissenschaft in Geschichte – Geographie – Politische Bildung; 5).

Karakayali, Serhat, Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2008.

Karlhofer, Ferdinand/Emmerich Tálos (Hrsg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und europäische Perspektiven, Berlin u.a. 2005.

Keller, Reiner, Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 3., aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2007.

Koç, Güneş, Turks in Austria and Germany: Stereotypes and Xenophobia, in: Turks in Europe. Culture, Identity, Integration, hrsg. v. Talip Küçükcan und Veyis Güngör, S. 103-128.

König, Helmut/Manfred Sicking (Hrsg.), Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005.

Korun, Alev, Frauen in der Migration, in: Gastarbeiteri. 40 Jahre Arbeitsmigration, hrsg. v. Hakan Gürses, Cornelia Kogoj und Sylvia Mattl, Wien 2004. S. 69-78 (69).

Kritzinger, Sylvia/Franz Steinbauer, Österreich und die Türkei. Im Minenfeld zwischen rationalen Argumenten und historisch-kulturellen Vorbehalten, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 107-122.

Küçük, Bülent, Die Türkei und das andere Europa. Phantasmen der Identität im Beitrittsdiskurs, Bielefeld 2008.

Langdal, Frederik, Die schwedische Debatte über einen EU-Beitritt der Türkei: Im Kern eine Frage der Konditionalität, in: Giannakopoulos/Maras, Die Türkei-Debatte in Europa, 2005, S. 123-135.

Leggewie, Claus, Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt a. M. 2004.

Liebhart, Karin/Elisabeth Menasse/Heinz Steinert (Hrsg.), Fremdbilder – Feindbilder – Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden, Klagenfurt 2002.

Lüsebrink, Hans-Jürgen, Interkulturelle Kommunikation. Interaktion, Fremdwahrnehmung, Kulturtransfer, Stuttgart u.a. 2005.

Maar, Christa/Hubert Burda (Hrsg.), Iconic Turn. Die neue Macht der Bilder, Köln 2004.

Madeker, Ellen, Türkei und europäische Identität. Eine wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt, Wiesbaden 2008.

Markom, Christa/Heidi Weinhäupl, Die Anderen im Schulbuch. Rassismen, Exotismen, Sexismen und Antisemitismus in österreichischen Schulbüchern, Wien 2007.

Matuschek, Helga, Ausländerpolitik in Österreich 1962-1985. Der Kampf um und gegen ausländische Arbeitskraft, in: Journal für Sozialforschung 25 (2/1985), S. 159-198.

Mitterauer, Michael, Politischer Katholizismus. Österreichbewußtsein und Türkenfeindbild. Zur Aktualisierung von Geschichte bei Jubiläen, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 12 (4/1982), S. 111-120.

Müller, Marion G., Grundlagen der visuellen Kommunikation. Theorieansätze und Analysemethoden, Konstanz 2003.

Neurath, Erich/Günther Steinbach, Ausländerbeschäftigungsgesetz AuslBG. Gesetze und Kommentare Nr. 125, Wien 1991.

Nora, Pierre (Hrsg.), Les lieux de mémoire, Paris 1984ff.

Österreichisches Komitee für Sozialarbeit, Gastarbeiter in Österreich. Referate und Berichte der 3. Österreichischen Konferenz für Sozialarbeit, 16.-18. November Wien, Wien/München 1971.

Parnreiter, Christof, ...alle Arbeitskräfte des Erdrunds. Über den Import ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich und ihren Nutzen für die Wirtschaft, in: Thomas Prader (Hrsg.), Moderne Sklaven, Wien 1992, S. 70-91.

Patterson, Ruairi, Rising Nationalism and the EU Accession Process, in: Turkish Policy Quarterly (1/2008), S. 131-138.

Paul, Gerhard, Von der Historischen Bildkunde zur Visual History. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Visual History. Ein Studienbuch, Göttingen 2006, S. 7-36.

Pelinka, Anton, Feindbilder – Einführung in das Thema, in: Feindbilder in Europa. Analysen und Perspektiven, hrsg. v. Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.), Wien 2008 (Studienreihe Konfliktforschung; 23), S. 1-11.

Rom, Daniela, Arbeitsmigration aus Jugoslawien nach Österreich von 1966 bis in die 1980er Jahre. Wirtschaftspolitische Voraussetzungen und deren Einfluss auf die weibliche Migration, Diplomarbeit, Universität Wien 2004.

Rosenberger, Sieglinde/Birgit Bauer, Islam im öffentlichen Raum. Debatten und Regulationen in Europa. Eine Einführung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4/2008, S. 387-399.

Sauer, Birgit/Sabine Strasser (Hrsg.), Zwangsfreiheiten. Multikulturalität und Feminismus, Wien 2008.

Scheibelhofer, Paul, Die Lokalisierung des Globalen Patriarchen: Zur diskursiven Produktion des „türkisch-muslimischen Mannes“ in Deutschland, in: Lydia Potts/Jan Kühnemund (Hrsg.), Mann wird man. Geschlechtliche Identitäten im Spannungsfeld von Migration und Islam. Bielefeld, 2008, S. 39-52.

Schoens, Harald, Die Deutschen und die Türkeifrage: eine Analyse der Einstellungen zum Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, in: Politische Vierteljahresschrift 49 (2008), S. 68-91.

Schmidinger, Thomas/Dunja Larise (Hrsg.), Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam, Wien 2008.

Schorb, Bernd/Katrin Echtermeyer/Achim Lauber/Susanne Egert, Was guckst du, was denkst du? Der Einfluss des Fernsehens auf das Ausländerbild von Kindern und Jugendlichen, hrsg. v. der unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR), Kiel 2003.

Şen, Faruk, Die Türkei ist schon längst ein Teil Europas, in: Die Türkei in Europa. Der Bürger im Staat (3/2005), S. 142-143.

Şen, Faruk, Der EU-beitritt der Türkei als Vollendung eines Europa der kulturellen Vielfalt, in: Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.), Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005, S. 29-46.

Stråth, Bo (Hrsg.), Europe and the Other and Europe as the Other, Brüssel u.a. 2000 (Series Multiple Europes; 10).

Tálos, Emmerich, Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Herbert Dachs, u.a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 425-442.

Tenscher, Jens (Hrsg.), Wahl-Kampf um Europa. Analyse aus Anlass der Wahlen der zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden 2005.

Tibi, Bassam, Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, 2. Aufl. Darmstadt 2007.

Tomenendal, Kerstin, Das türkische Gesicht Wiens. Auf den Spuren der Türken in Wien, Wien/Köln/Weimar 2000.

Uhl, Heidemarie, Zwischen Pathosformel und Baustelle. Kultur und europäische Identität, in: Moritz Csáky/Monika Sommer (Hrsg.), Kulturerbe als soziokulturelle Praxis, Innsbruck/Wien/Bozen 2005 (Gedächtnis, Erinnerung, Identität; 6), S. 129-145.

van Dijk, Teun A, Parliamentary Debates, in: Ruth Wodak/Teun A. van Dijk (Hrsg.), Racism at the Top. Parliamentary Discourse on Ethnic Issues in Six European States, Klagenfurt/Celovec 2000, S. 45-78.

van Dijk, Teun A., Theoretical Background, in: Ruth Wodak/Teun A. van Dijk (Hrsg.), Racism at the Top. Parliamentary Discourse on Ethnic Issues in Six European States, Klagenfurt/Celovec 2000, S. 13-30.

Vassilakou, Maria, Es ist nicht die III. Türkenbelagerung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2005, S. 337-344.

Wagenaar, Hendrik, „Knowing” the Rules: Administrative Work as Practice, in: Public Administration Review, Vol. 64 (6/2004), S. 643-656.

Waissenberger, Robert (Hrsg.), Die Türken vor Wien. Europa und die Entscheidung an der Donau 1683, Wien 1983.

Walter, Jochen, Die Türkei – „Das Ding auf der Schwelle“. (De-)Konstruktionen der Grenzen Europas, Wiesbaden 2008.

Wehler, Hans-Ulrich, Das Türkenproblem, in: Die Zeit 38/2002, wiederabgedruckt als: Ders., Die Selbstzerstörung der EU durch den Beitritt der Türkei, in: Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Essays, München 2003, S. 41-51.

Wehler, Hans-Ulrich, Verblendetes Harakiri. Der Türkei-Beitritt zerstört die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (33-34/2004), S. 6-8.

Weigl, Andreas, Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte, Innsbruck/Wien/Bozen 2009.

Wengeler, Martin, Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationstheoretischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985), Tübingen 2003.

Wengeler, Martin, Argumentationstopos als sprachwissenschaftlicher Gegenstand. Für eine Erweiterung linguistischer Methoden bei der Analyse öffentlicher Diskurse,

in: Susan Geideck/Wolf-Andreas Liebert (Hrsg.), Sinnformeln, Berlin/New York 2003, S. 59-82.

WIFO 1962. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, in: WIFO-Monatsberichte 35(5), Mai 1962, S. 232-236.

WIFO 1963. Das Fremdarbeiter-Kontingent in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 36 (11), November 1963, S. 411-415.

Wischermann, Ulla/Tanja Thomas, Medien – Diversität – Ungleichheit: Ausgangspunkte, in: Ulla Wischermann (Hrsg.), Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Diversität, Wiesbaden 2008, S. 7-20.

Wodak, Ruth/Rudolf de Cillia/Martin Reisigl u.a., Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main 1998.

Wodak, Ruth/Gilbert Weiss, Möglichkeiten und Grenzen der Diskursanalyse. Konstruktionen europäischer Identität, in: Ruth Wodak/Oswald Panagl (Hrsg.), Text und Kontext, Würzburg 2004, S. 67-85.

Wollner, Eveline, Auf dem Weg zur sozialpartnerschaftlich regulierten Ausländerbeschäftigung in Österreich: die Reform der Ausländerbeschäftigung und der Anwerbung bis Ende der 1960er Jahre, Diplomarbeit, Universität Wien 1996.

Wollner, Eveline, Die Reform der Beschäftigung und Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte Anfang der 1960er Jahre in Österreich, in: Zeitgeschichte 34 (4/2007), S. 213-225.

Eurobarometer-Umfragen

Special Eurobarometer 255: Attitudes Towards European Union Enlargement, 07/2006.

Eurobarometer 62: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2004).

Eurobarometer 64: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2005).

Eurobarometer 66: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2006).

Eurobarometer 70: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2007).

Ausgewertete Printmedien

Für das Projekt wurden die *Kronen Zeitung* (Wiener Ausgabe), das Nachrichtenmagazin *NEWS* und die *Kleine Zeitung* (Kärntner Ausgabe) in den folgenden Zeiträumen ausgewertet:

Mai-Juni 2004

Oktober 2005

September-Dezember 2006

Juli-September 2008

Parlamentsmaterialien

306/M, XI. GP, 9. Nov. 1966, Mündliche Anfrage der FPÖ an BMfsV
Stenographisches Protokoll NR 51, XI. GP, 12. April 1967
815/M, XI. GP, 7. Juni 1967, Mündliche Anfrage der ÖVP an BMfsV
306/M, XI. GP, 9. Nov. 1966, Mündliche Anfrage der FPÖ an BMfsV
1099/J, XIII. GP, 15. Feb. 1972, Anfrage der ÖVP an BMF
Stenographisches Protokoll NR 140, XIII. GP, 20. März 1975
Stenographisches Protokoll BR 340, 4. April 1975
163/A XIII. GP, 10. Juni 1975, Entschließungsantrag der ÖVP
2153/J, XIII. GP, 11. Juni 1975, Anfrage der SPÖ an BMF
Stenographisches Protokoll NR 55, XXII. GP, 24. März 2004

Materialien der Sozialpartner

ÖGB-Jahresberichte für die Jahre 1960-1975 (1961-1976).
ÖGB (1973a). ÖGB-Rednerdienst: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich.
Oktober 1973, Wien.
Tätigkeitsberichte der Wirtschaftskammer für die Jahre 1960-1975 (1961-1976).

Gesetzestexte

RGBI 5/1933, Verordnung über ausländische Arbeitskräfte
BGBl 6/1945, Rechtsüberleitungsgesetz
BGBl 75/1954, Fremdenpolizeigesetz
BGBl 193/1962, Anwerbeabkommen Österreich – Spanien
BGBl 164/1964, Anwerbeabkommen Österreich – Türkei
BGBl 42/1966, Anwerbeabkommen Österreich – Jugoslawien
BGBl 218/1975, Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG)

Internet

Statistik Austria, www.statistik.at